

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Platzbenennung – Platz vor dem Uhrturm in “Platz der Ehrenamtlichen”

GR. **Hohensinner** stellt namens der ÖVP, SPÖ und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Frau Vizebürgermeisterin! Mein Antrag ist ein gemeinsamer Antrag von den Fraktionen ÖVP, KPÖ, FPÖ und der SPÖ. Laut Bundesministerium für Soziales ist nahezu jeder zweite Grazer Bürger ab dem 15. Lebensjahr ehrenamtlich tätig. Dieses Engagement hat in Österreich, Gott sei Dank, einen großen Stellenwert, ist unverzichtbar für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft und für unsere Lebensqualität.

Ob in der freiwilligen Feuerwehr, beim Roten Kreuz, bei den Maltesern, bei der Volkshilfe, bei der Lebenshilfe, in der Nachbarschaftshilfe oder bei einem Besuchsdienst – es gibt in Graz hunderte gemeinnützige Organisationen, in welchen extrem engagierte Ehrenamtliche Teile ihrer Freizeit spenden, um Menschen zu helfen. Ich möchte das ein bisschen genauer verfassen und zwar, ich habe bei der Vereinspolizei angerufen, habe mich erkundigt, wie viele gemeinnützige Vereine es in Graz gibt, und es sind sage und schreibe 3.652 Vereine. Stellvertretend für die vielen Vereine möchte ich einige besonders hervorstreichen. Das Rote Kreuz hat 1.000 Freiwillige, die Caritas 500, da sind die ganzen Kirchen und die Ehrenamtlichen in den Kirchen noch nicht dabei, die Vinzenzgemeinschaft hat über 300 Freiwillige, die Volkshilfe zirka 40, die Lebenshilfe zirka 40, die Hospizbewegung in Graz 62 und die Malteser 150.

Dieser Einsatz ist für unsere Stadt eine nicht bezahlbare Wertschöpfung, man muss sich einmal vorstellen, wenn diese ganzen Menschen nicht wären, was das die Stadt kosten würde. Diese ehrenamtlichen Einsätze gehören honoriert, indem die Stadt Graz die Rahmenbedingungen verbessert und auch eine klare Haltung gegenüber den Ehrenamtlichen einnimmt.

Oftmals treten ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger nur bei Katastrophen in den Vordergrund und ich denke, man sollte diese Menschen auch unterm Jahr vor den Vorhang holen.

Am 5. Dezember findet der alljährliche „Tag des Ehrenamtes“ statt, das wissen leider nicht viele, darüber wird leider viel zu wenig berichtet. Hier würde ein symbolisches Dankeschön an alle Freiwilligen unserer Stadt sich anbieten, indem der Grazer Gemeinderat den Platz vor dem Uhrturm - dieser Platz hat momentan keinen offiziellen Namen – in den „Platz der Ehrenamtlichen“ umbenennt. Ich habe mir nämlich alle Plätze einmal angeschaut auf der wunderschönen Homepage der Stadt Graz und bin draufgekommen, dass 50 Prozent der Plätze zirka nach Kriegshelden benannt sind, das ist gut so, aber meine Helden des Alltags sind die Freiwilligen, die vielen Ehrenamtlichen und ich denke, dass man da das heutige Anliegen doppelt unterstreichen sollte.

Namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP, KPÖ, FPÖ und der SPÖ stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

Der zuständige Unter-Ausschuss ist zu befassen, um die Möglichkeiten einer Benennung des Platzes vor dem Uhrturm in „Platz der Ehrenamtlichen“ - beziehungsweise die Umsetzung bis zum 5. Dezember „Tag des Ehrenamtes“ - in Erfahrung zu bringen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Jahn** zur Dringlichkeit: Wir werden die Dringlichkeit dieses Antrages nicht unterstützen, aus dem Grund, dass wir einen Unterausschuss haben, der eigentlich nur einzuberufen ist, wo Mitglieder aus dem gemeinderätlichen Kulturausschuss und auch Mitglieder aus dem Planungs- und Verkehrsausschuss nominiert werden, wo dann zu dieser Thematik diskutiert wird. Wir erachten in diesem Fall das Mittel des

dringlichen Antrages für nicht notwendig und angebracht. Deswegen lehnen wir auch die Dringlichkeit ab. Ich denke mir, es gibt genug Zeit, dass dieser Ausschuss noch tagt und dass die entsprechende Materie dann dort in aller Ausführlichkeit diskutiert und behandelt wird, wie das auch für andere Platzbenennungen der Fall sein wird. Zum Inhalt ist es so, dass wir dem Inhalt zustimmen und auch dementsprechend abstimmen werden.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Sippel** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte ganz herzlich dem Antragsteller danken. Ich halte das für ein erstes wichtiges Symbol auch seitens der Stadt Graz gegenüber den tausenden ehrenamtlichen Mitarbeitern in Graz. Zur Dringlichkeit kann ich jetzt nichts mehr sagen, es ist natürlich klar, am 5. Dezember ist der Tag des Ehrenamtes und bis dorthin wäre es schön, wenn das zum Laufen gebracht wird und wir am 5. Dezember oben beim Uhrturm stehen und diesen Platz auch gebührend einweihen. Was den Namen betrifft, ich denke, da kann sich oder sollte sich der Unterausschuss oder der Ausschuss noch damit befassen. Platz der Ehrenamtlichen klingt ein bisschen holprig, das muss man ganz ehrlich auch sagen. Mir wäre lieber Platz der freiwilligen Helfer, mir ist bewusst, das ist nicht gegendert, Platz der freiwilligen Helfer und Helferinnen, das wird dann zu lange, das passt nicht mehr auf das Schild hinauf. Tatsache ist, die Helden des Alltags in Graz gehören gebührend geehrt, ich denke, das muss der erste Schritt sein, wo in weiterer Folge noch die eine oder andere Maßnahme getroffen werden muss, es ist da auch ein Paket in Ausarbeitung, das ich hier auch ankündigen möchte, in der nächsten Gemeinderatssitzung, ich glaube, da hat die Stadt Graz wirklich auch Bedarf, hier diesen vielen tausenden Menschen in Graz auch die gebührende Anerkennung zu zollen. In diesem Sinne noch einmal danke, und wir werden den Antrag selbstverständlich klarerweise unterstützen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte daran erinnern, dass jedes Jahr kurz vor der Adventzeit die freiwilligen Organisationen gemeinsam antreten am Hauptplatz vor dem Grazer Rathaus und es sind auch alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wieder herzlich eingeladen, auch heuer wieder dabei zu sein, das ist ein großer Festakt, wo wir von den Hundebriquadestaffeln bis zu den freiwilligen Feuerwehren, also alle Rot-Kreuz-Organisationen und, und, und sind alle da und da findet jedes Jahr zu Ehren der Freiwilligen auch ein solches Fest statt und im Anschluss daran gibt es auch eine Einladung, die der Herr Landeshauptmann ausspricht bei unserer Feuerwache am Lendplatz, also wer auch persönlich einmal den vielen Freiwilligen danke sagen möchte, kann das tun und ich denke mir, es wäre eine gute Gelegenheit, wenn auch Gemeinderätinnen und Gemeinderäte neben den Stadtregerern das auch in persönlichen Gesprächen so machen würden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtsenates! Wir unterstützen selbstverständlich diesen Antrag, wie wir auch den Antrag von Gemeinderat Kowald, also nicht den dringlichen, den normalen Antrag selbstverständlich unterstützt haben, aber uns in dieser Woche dazu entschlossen haben, keinerlei Initiativen im Grazer Gemeinderat einzubringen und auch die obligatorischen Wortmeldungen meinerseits werden heute endenwollend sein. Es gibt im Leben eine Zeit zu feiern, es gibt im Leben eine Zeit zu handeln und es gibt auch im Leben eine Zeit zu trauern. Ich möchte den Gemeinderat mit meiner Emotion nicht belasten, ich möchte nur bekannt geben, dass wir selbstverständlich mitstimmen werden. Da wir als BZÖ aber auch nur Menschen sind, doppelt unterstrichen, und wohl gemerkt und unsere Trauer über einen Verlust, den wir auch als Menschen zu beklagen haben, in dieser Art und Weise auch heute zum Ausdruck bringen wollen, das soll das Geschehen des Gemeinderates nicht beeinflussen, aber es ist unser Beitrag, dass wir heute am Tag oder in dieser Woche auch als Bündniszukunft Österreich als zwei Gemeinderäte angesichts unseres Verlustes des Dr. Jörg Haider ruhig sind und in uns gehen. Ich danke Ihnen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Persönlich habe ich es schon getan, aber ich will es auch hier gemeinsam mit allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und des Stadtsenates tun, einen Bundesparteibmann auf diese Art und Weise zu verlieren, ist mehr als stark in den Medien in den letzten Tagen diskutiert worden, es gab auch einen Gottesdienst in Graz und wir möchten allen Mitgliedern und Freunden auch eurer Fraktion das Beileid ausdrücken.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2008 - Änderungen

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grünen und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung! Dieser Antrag ist etwas länger und ich bitte um Vergebung, wenn ich ihn doch in der Einzelheit vorbringen muss, weil ja hier doch eine Petition an den Landesgesetzgeber ergehen sollte, wo die Stadt Graz auf Grund ihrer Größenordnung doch sich dringend in die Diskussionen bezüglich des Raumordnungsgesetzes einbringen möchte. Ich komme zum Punkt 1), das ist Auffüllungen im Freiland, die Paragraphen ersparen Sie mir, sie sind hoffentlich richtig, so nehme ich wohl an, hier formuliert. Die Raumplanung in der Steiermark wird auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt, das ist uns allen bekannt, und soll das Raumordnungsgesetz 2008 jenes aus dem Jahre 1974 ablösen. Unter anderem ist geplant, da komme ich schon zum ersten Punkt, dass „Auffüllungen im Freiland“ einem erleichterten Reglement unterworfen werden sollen.

Die geltende Regelung sieht im Wesentlichen vor, dass kleinräumig zusammenhängend bebaute Gebiete außerhalb des Baulandes als „Freiland Sondernutzung Auffüllungsgebiet“ festgelegt werden können, wenn die

Bauplatzeignung gegeben, die Fläche von mindestens vier Wohnhäusern umgeben ist und mit den künftigen Bauten eine optische Einheit bildet und durch die weitere Verbauung eine Verbesserung des Orts- und Landschaftsbildes erzielt werden kann. Diese Auffüllungsgebiete, und das ist auch sehr wesentlich bitte, sind vom Gemeinderat im Rahmen des Flächenwidmungsplanes mit 2/3-Mehrheit zu beschließen.

Nach der Regelung des Entwurfes zum Steiermärkischen Raumordnungsgesetz 2008 könnten im Wesentlichen Lücken im Freiland bebaut werden, also Auffüllungen, wenn mindesten drei vor dem 1.2.1995 errichtete Wohnbauten vorhanden sind und eine „weilerartige“ oder „zeilenförmige“ Bebauungsstruktur mit Lücken bis zu 3000 m² gebildet wird.

Gemäß dem zugehörigen Erläuterungsbericht, und das ist entscheidend, würde diese „Auffüllung“ keiner Festlegung im Flächenwidmungsplan bedürfen und wäre in die Verantwortung und Kompetenz der Baubehörde entlassen. Das bedeutet, einzelne Beamte, Ortsplaner, Bürgermeister entscheiden ohne Befassung des Gemeinderates darüber, ob eine Auffüllung möglich ist.

Damit gäbe es keine Rechtssicherheit mehr. Rechtssicherheit war bisher für Grundeigentümer und Nachbarn für mindestens zehn Jahre gegeben, nach der neuen Regelung kann aber laufend eine Auffüllung von der Baubehörde, Sie wissen, in den Landgemeinden ist es der Bürgermeister, genehmigt werden.

Es muss dahingestellt bleiben, ob die amtlichen oder zivilen Gutachter dem massiven Druck der Bewerberinnen und Bewerber standhalten werden können. Auch die zuständigen Politikerinnen und Politiker sind diesem Druck ausgesetzt. Im Extremfall könnten diese Personen bei Nichtgenehmigung einer Auffüllung dem Verdacht der Korruption beziehungsweise des Amtsmissbrauches ausgesetzt sein, wenn nicht die demokratische 2/3-Mehrheit des Gemeinderates hinter ihnen steht. Gutachten in Raumplanungsfragen werden, und darüber diskutieren wir sehr oft, ohne deren inhaltliche Qualität von Vornherein anzweifeln zu wollen, doch unter subjektiven Voraussetzungen erstellt.

Die neue Regelung Auffüllungen ist auch verfassungsrechtlich bedenklich, da sie eine Ungleichbehandlung im Vergleich zu herkömmlichen „kleinräumigen Ergänzungen“ des Baulandes darstellt, die ja auf der Basis des örtlichen Entwicklungskonzeptes vom Gemeinderat beschlossen werden müssen.

Außerdem wird eine „Möglichkeit“, die das Gesetz einräumt, sofort zu einem verfolgbaren „Rechtsanspruch“. Eine Flut von entsprechenden raumplanerischen „Gutachten“, die eine Auffüllung rechtfertigen, werden die Folge sein.

Nun sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was bedeutet das für die Stadt Graz und das ist bitte das Entscheidende in diesem Zusammenhang. Hier müssen wir damit rechnen, dass für den Grüngürtel der Landeshauptstadt Graz folgende Konsequenzen daraus sich ergeben würden:

- 82 potentielle Gebiete, wo das Vorhandensein von 3 Wohnhäusern eine „Auffüllung“ von je 3000 m² grundsätzlich ermöglichen würde.
- Der Großteil dieser „Auffüllungen“ läge in der Grünzone gemäß dem Regionalen Entwicklungsprogramm für Graz / Umgebung“ und würde diese Verordnung des Landes konterkarieren.
- Bis zu 246.000 m² „unkontrolliertes“, weil nicht im Flächenwidmungsplan festgelegtes Bauland.
- Bis zu 350 Einfamilienhäuser im Grüngürtel, die „am Gemeinderat vorbei“ genehmigt werden könnten.

Nun zu einem Punkt 2., ich will Sie nicht länger mit Paragraphen beschäftigen, aber das scheint mir auch besonders wichtig, weil da auch wieder eine Sonderregelung für die Stadt Graz im Raum steht.

Die aufsichtsbehördliche Prüffrist, und bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, das wäre auch wieder doch ein großer Nachteil für die Stadt Graz, von bis zu einem Jahr für Stadtentwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan, das kann aus unserer Sicht und aus der Sicht der Fraktionen, die hier diesen dringlichen Antrag unterstützen einfach nicht akzeptiert werden. Die Vorbereitung, Erarbeitung und Beschlussfassung über STEK und Flächenwidmungsplan nehmen in Graz ziemlich genau, aus der Erfahrung wissend, fünf Jahre, nämlich praktisch eine gesamte Gemeinderatsperiode in Anspruch. Mit einer Verlängerung der Prüffrist würde der Rahmen der Gemeinderatsperiode für eine Revision gesprengt, eine

Letztbeschlussfassung äußerst schwierig, da sich zu diesem Zeitpunkt die Zusammensetzung des Gemeinderates wieder geändert haben könnte.

Das Stadtentwicklungskonzept muss ohnehin seit der Raumordnungsgesetz-Novelle 2005 über acht Wochen öffentlich aufgelegt werden, das war jetzt im letzten Stadtentwicklungskonzept noch nicht der Fall; es ist auch mit massiveren Einwendungen als bisher zurechnen. Dazu kommt erschwerend, dass eventuell eine strategische Umweltprüfung erforderlich sein könnte.

Ohne ein vom Land, und das ist entscheidend, wertere Damen und Herren, ohne ein vom Land genehmigtes Stadtentwicklungskonzept ist keine ernsthafte, fachliche und politische Beratung über den 4.0 Flächenwidmungsplan, der ja uns jetzt zur Bearbeitung ins Haus steht, möglich.

Die Prüffrist von einem Jahr wäre eine verfassungsmäßig bedenkliche Ungleichbehandlung der Landeshauptstadt gegenüber den andere Städten und Gemeinden der Steiermark, wo eine Prüffrist nur von sechs Monaten da vorhanden ist.

3.) Zubauten in bebauungsplanpflichtigen Gebieten, Da bin ich mir schon im Klaren, dass es hier eine Diskussion möglicherweise geben wird. Ich erinnere an den Fall „Palais Lazzarini“. Bisher sind solche gemäß § 27 Abs. 6 Steiermärkisches ROG möglich. Diese Ausnahme ist im neuen Raumordnungsgesetz überhaupt nicht mehr vorgesehen und würde bei einer Vielzahl von kleineren Baumaßnahmen einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern.

Und zum Punkt 4., das erscheint mir ganz besonders wichtig, sehr geehrte Damen und Herren, hier geht es mir besonders oder uns besonders um die Vertretung der Stadt Graz im Landtagsunterausschuss, der sich eben mit dem Raumordnungsgesetz auseinandersetzt.

Auf Grund der Größenordnung der Stadt Graz, räumliche Ausdehnung, Infrastruktur, Einwohner, Arbeitsplätze, ein Drittel bis ein Viertel der Gesamtbevölkerung der Steiermark ist es dringend erforderlich, dass ein direkter, ständiger Vertreter der Stadt Graz in den Landtagsunterschuss, der sich mit dem Raumordnungsgesetz befasst, mit Stimmberechtigung oder zumindest in beratender Funktion entsandt

wird. Eine Wahrnehmung von Interessen der Stadt Graz durch den Vertreter des Städtebundes ist als nicht ausreichend aus unserer Sicht zu bezeichnen.

Namens der ÖVP, SPÖ, GRÜNE und FPÖ-Fraktionen stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Land Steiermark in einer Petition aufgefordert wird, und das ist deshalb dringlich, weil ja derzeit die Verhandlungen in den Fraktionen geführt werden,

1. die Neufassung des oben dargestellten Regelungsbereiches zu überarbeiten, sodass „Auffüllungsgebiete“ - wie bisher - nach strengen Kriterien und im Sinne einer demokratischen Abstimmung vom Gemeinderat zu beschließen und im Flächenwidmungsplan festzulegen sind,
2. die bisherige Prüffrist, und die ist ja ohnedies im Raumordnungsgesetz derzeit enthalten, von sechs Monaten für Stadtentwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan unbedingt beizubehalten sind,
3. die bisherige Regelung für Zubauten in bebauungsplanpflichtigen Gebieten beizubehalten, allenfalls, und das ist vielleicht auch wichtig, eine Beschränkung der zulässigen Zubaufflächen auf ein noch näher zu bestimmendes Ausmaß ich habe hier zum Beispiel maximal Verdopplung der Bruttogeschossfläche bis zu einer Obergrenze von 1000 m² mal vorgeschlagen zu verankern,
4. einen Vertreter der Stadt Graz in den mit dem Raumordnungsgesetz befassten Landtagsunterausschuss als Mitglied aufzunehmen.

Ich ersuche um Annahme dieses dringlichen Antrages. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Hagenauer** zum Antrag: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Stadtregierung! Die Grünen halten diesen Antrag für äußerst wichtig und für eine äußerst ernste Sache. Die Stadt Graz ist nämlich nicht nur, wie vom Herrn Kollegen Topf treffend geschildert, in ihrem Grüngürtel negativ betroffen und bedroht, sie ist es auf einer anderen Ebene ebenfalls und dramatisch, nämlich dann, wenn im ganzen Land durch diese Maßnahme die Zersiedelung deutlich gefördert wird, sämtliche Dämme, sage ich einmal, der Raumordnung hier zu brechen drohen beziehungsweise brechen werden und die Auswirkungen der Pendlerströme genau aus jenen Siedlungsbereichen, die hier geschaffen werden, nämlich besser gesagt Zersiedlungsbereichen, die hier geschaffen werden, kann man sich ausrechnen, das sind dann natürlich nicht überwiegend Menschen, die dazu tendieren, den öffentlichen Verkehr zu benutzen, sondern die werden, die müssen zuerst einmal sich ins Auto setzen und die Wahrscheinlichkeit, dass Sie dann im Auto sitzen bleiben, ist, wie wir wissen, relativ groß. Das heißt, die Rechnung für diese Maßnahme zahlen wir und wir können dann uns erstens in die Haare geraten, wie man dieser Sache Herr werden und zweitens können wir auch in die Kasse greifen, um hier Maßnahmen anzubieten, um das Problem nur einigermaßen einzudämmen, wer zahlt uns das? Kurz gefasst, wenn Sie mir gestatten als ehemaliger Landtagsabgeordneter, es ist eine Katastrophe, wenn im Land die Dorfbürgermeister die Macht übernehmen, wo sind denn die Politikerpersönlichkeiten wie Schaller oder Klauser geblieben, die vor Jahrzehnten noch den Mumm und die Weitsicht und die Qualifikation gehabt haben, das Thema Raumordnung politisch zu behandeln, wo sind die? Schauen wir uns an die Gemeinden Bayrisch-Kölldorf und Krottendorf-Ligist, wie die ausschauen und dann wissen wir, was hier im Busch ist. Ich halte das für eine äußerst ernste Geschichte, die eben leider Gottes über unseren Grüngürtel noch einmal hinausgeht bis eben an die Grenzen des Landes. Und die uns, wenn wir uns jetzt wieder anschauen, wo wir schon am Rande des Abgrundes stehen, sei es die Feinstaubgrenzwerte, sei es auch die finanzielle Herausforderung etwa für den Ausbau von Straßenbahnen, wenn ich mir das anschau, ist das nicht akzeptabel. Es ist ein Skandal, es ist ein absoluter Skandal und eine völlig Bankrotterklärung der Landespolitik auf einem Feld, das nicht Raumordnung ist alleine, weil man könnte sagen, ja was ist das, sondern hier handelt es sich eben um Körperverletzung, letztlich mit Todesfolge, begangen in Graz in hunderten Fällen jedes Jahr, um das geht es. Hier geht es um riesige Summen,

die wir woanders nicht investieren können, aber woanders brauchen würden dringend und hier geht es, und das ist die Sache des Landes kann man sagen, dass sie sich natürlich auch selber in einer Art und Weise finanziell gefährden, indem sie die Zersiedelung fördern, wo wir, wenn wir richtig informiert sind, ja nicht annehmen dürfen, dass das Land Steiermark im Geld schwimmt, wie wir wissen. Zum Abschluss noch ein Hinweis, schauen wir uns an die Zeitungsmeldungen von gestern, wohin geht die Siedlungstätigkeit, wohin gehen die Bedürfnisse der Menschen? Das konzentriert sich von Jahr zu Jahr mehr, von Monat zu Monat mehr auf Graz, warum denn? Das ist hier schon mehrfach behandelt worden, wir schneiden das Thema immer an, das hat damit zu tun, dass einfach nicht nur jetzt wegen der Entwicklung am Arbeitsmarkt, sondern wegen ganz anderer Trends, die sehr ernst zu nehmen sind und langfristig gelagert sind, zum Beispiel im Bereich der Demographie, dass immer mehr ältere Menschen in einem großen Ausmaß wieder zurückgehen in die Stadt, weil sie eben in Bereichen der Zersiedelung auf ihre alten Tage, wenn ich das so formulieren darf, wenn sie immobil werden vereinsamen beziehungsweise Kosten auch zu vergegenwärtigen haben und andere negative Folgen, die sie halt nicht in Kauf nehmen wollen, das ist nur ein Aspekt. Dann gibt es andere demographische Trends auch, junge Leute, gebildete Leute usw. und nicht zuletzt die Energiekosten und Treibstoffkosten. Das sind alles Trends, die nicht über Nacht gekommen sind, die nicht über Nacht vergeben werden, das sind keine Modesachen, damit muss die Stadt Graz umgehen, damit muss die Stadt fertig werden, das ist auch ihre große Chance und es kann jetzt nicht sein, dass Gemeinden dieser Entwicklung, die ja zur Kenntnis zu nehmen ist, ich kann ja nicht hergehen und den Menschen vorschreiben, du musst dort und dort wohnen, deine Interessen interessieren mich überhaupt nicht, das kann ich ja nicht, ich muss also den Menschen ein Angebot machen und ihnen ihren Interessen entgegenkommen, verdammt noch einmal und was machen die, die gehen her und versuchen auf eine unverantwortliche Art und Weise und meiner Meinung nach auch nicht zielführende und dilettantische Art und Weise gegenzusteuern, indem sie sagen, na machen wir einfach die Raumordnungsschleusen auf, der Baugrund kostet dann irgendwo in Gritzpatzen nur 10 % von jenem in Graz oder weniger und dann kommen sie zu uns und bauen und ich als Bürgermeister bin dann irgendwie aus dem Schneider, glaubt er, dass er sich damit erst recht ins Knie schießt, das ist inzwischen schon längst erwiesen, wenn er irgendwann einmal in die Verlegenheit kommt, dann auch die ganzen

Folgekosten der Infrastruktur zu bezahlen. Insofern ist es ein Bereich und eine richtige Maßnahme auch, dass die Stadt Graz hier in dem zitierten Unterausschuss vertreten ist, ihre Stimme erhebt, aber ich möchte auch nur im Namen der Grünen hier anmerken, das ist eine ernste Geschichte und hier wird unter Umständen noch Klartext geredet werden müssen mit den Verantwortlichen, solange es noch irgendwie geht im Guten und wenn das nicht geht, wird man sich überlegen müssen von Seiten der Stadt Graz, welche Töne wir dann anschlagen. Hier geht es um unsere Existenz. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch**: Wir bedanken uns beim Kollegen Topf für diesen wichtigen Antrag. Wir werden von den vier Punkten, die es jetzt im Text selbst dann abzustimmen gibt, dem ersten, dem zweiten und dem vierten Punkt zustimmen, dem dritten nicht.

Der Antrag wurde in den Punkten 1), 2) und 4) einstimmig angenommen, der Punkt 3) des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Starke Verschmutzung öffentlicher Müllsammelstellen

GR. **Kraxner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Kraxner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein dringlicher Antrag hat die starke Verschmutzung öffentlicher Müllsammelstellen zum Inhalt. Die Problematik der Verschmutzung der öffentlichen Müllsammelstellen im Großraum Graz erweckt vermehrt den Unmut der Bevölkerung und ist ein untragbarer Zustand. AnrainerInnenbeschwerden rund um die Einfahrtsstraßen und durchgeführte Lokalaugenscheine bezeugen diese Situation. Schon als zuständiger

Bezirksvorsteher des Bezirks Jakomini, der auch von Einfahrtsstraßen hauptsächlich betroffen ist, habe ich gemeinsam mit der AEVG immer wieder versucht, diese Probleme lokal und unbürokratisch zu lösen. Leider Gottes war es nicht lange von Erfolg gekrönt, da die Verschmutzung gleich wieder eintrat.

Es ist daher unbedingt erforderlich, hier aktiv zu werden und die städtischen Sammelstellen von Sperrmüll aller Art langfristig zu befreien. Als einzig gangbarer Weg erscheint mir daher

1. eine vor allem strukturell engere Zusammenarbeit von AEVG und Wirtschaftsbetrieben zu forcieren, um Synergien auch hier besser nutzen zu können,
2. eine Evaluierung der bestehenden Sammelstellen in Bezug auf die Verschmutzung durchführen zu lassen sowie
3. eine Überprüfung verschiedener Überwachungssysteme, wie zum Beispiel Überwachungskameras, Bewegungsmelder oder Einhausungen. Die effizienteste beziehungsweise brauchbarste sollte danach einer Verwirklichung zugeführt werden.

Der Kostenentfall der im Moment sehr häufig notwendigen Säuberung der Grazer Sammelplätze könnte ein Teil einer Gegenfinanzierung der anfallenden Errichtungskosten sein. Weiters wäre eine engere Zusammenarbeit mit den Bezirksräten vernünftig, die die vor Ort die am meisten betroffenen Sammelstellen kennen. Auch hier könnte ein Teil der Kosten mitfinanziert werden, da es ja im direkten Interesse der vor Ort lebenden Bevölkerung steht.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen,

die zuständigen Fachabteilungen zu beauftragen, die bestehenden Möglichkeiten zur Anbringung von Kameras, Bewegungsmeldern und Einhausungen zu evaluieren und in weiterer Folge gemeinsam mit der AEVG und den Wirtschaftsbetrieben die angeführten Punkte umzusetzen sowie die rechtlichen Grundlagen dafür zu prüfen.

Weiters sollen Erfahrungswerte anderer vergleichbarer Kommunen eingeholt werden, die bei der Lösung als Entscheidungsgrundlage dienen könnten. Bei dieser Gelegenheit sollte die „behindertengerechte Müllsammelstelle der Zukunft“ mitberücksichtigt werden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates und des Gemeinderates! Auch meine Fraktion ist natürlich, na net, wie sicher auch alle anderen in diesem Hause daran interessiert, dass wir eine saubere Stadt haben und ich glaube, jeder kennt die Problematik, die Kollege Bernhard Kraxner hier angeschnitten hat und jeder ärgert sich fast tagtäglich über diese Verschmutzungen rund um diese Müllsammelstellen. Wir als SPÖ-Fraktion helfen der ÖVP natürlich liebend gerne, wenn es darum geht, dass die ÖVP-Fraktion der zuständigen grünen Stadtsenatsreferentin wesentlich Hinweise, wesentlich Tipps gibt, wie könnte dieses Problem der wenig sauberen Müllsammelstellen verbessert werden, wie könnten hier Maßnahmen unter Umständen greifen, die, wie gesagt, diesen Missstand abstellen. Deshalb werden wir selbstverständlich der Dringlichkeit wie auch natürlich dem Inhalt zustimmen. Frage mich natürlich nur in diesem Zusammenhang schon, ich kann mich hier an Initiativen des Kollegen Schönegger, glaube ich, war es, kurz vor der Wahl erinnern, der hier sehr publikumswirksam hier dieses Thema bereits angesprochen hat in diesem Haus und von gewissen Müllnotrufdiensten gesprochen hat und die angekündigt wurden, wo eben Bürger, die sich über die verschmutzten Müllsammelinseln ärgern, dort anrufen können und es wird sofort Abhilfe geschaffen. Anscheinend ist aus diesem Müllnotruftelefon nichts geworden oder hat es nicht in dieser Form gefruchtet, ansonsten wäre dieser Antrag in dieser Form nicht notwendig. Wie gesagt noch einmal, Inhalt ist ok, freuen uns, dass hier wie gesagt Akzente gesetzt werden und wenn es, wie gesagt, auf dieser Basis des persönlichen Gespräches zwischen den zwei Fraktionen nicht geht und es einfach des Druckes bedarf, den so ein dringlicher Antrag natürlich in sich hat, dann helfen wir gerne. In dem Zusammenhang abschließend nur noch die Bitte, nachdem hier von einer Evaluierung gesprochen ist, wäre es nicht uninteressant, und da die Bitte an die zuständige Stadtsenatsreferentin, auch diesen Evaluierungsbericht hier vielleicht dem

Gemeinderat oder zumindest dem zuständigen Ausschuss auch zur Kenntnis zu bringen, damit man den dort unter Umständen auch diskutieren kann. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Ich danke auch für diesen Antrag, weil wirklich besonders Bezirke, die im Einzugsbereich, also der Einfahrtsschneisen nach Graz besonders stark betroffen sind und es zeigt sich hier wie in vielen anderen Bereichen, dass jene Plätze oder jene Situationen, Lebenssituationen, die einfach allgemein offen sind, wo es keine Kontrolle gibt, wo es keine klare Zuständigkeit gibt, wer dort wirklich seinen Müll abliefern kann oder abgeben kann, dass die einer Verschmutzung einer Situation, wo einfach kein geregelter Ablauf ist, einfach besonders gefährdet sind. Natürlich ist die Stadt Graz nicht ganz unschuldig. Also wir sollen nicht so tun, dass jetzt alle, die von auswärts kommen sozusagen, die Menschen sind, die den Unrat da in die Stadt tragen und die Grazer sind nicht davon betroffen. Ganz im Gegenteil, ich möchte da sagen, die Politik hat das ihre zu den unrühmlichen Zuständen durchaus beigetragen auch in den letzten Jahren. Ich denke an die Situation, wo die gelben Tonnen, die in örtlicher Nähe von den Wohngebieten sehr nah erreichbar waren, zu Fuß erreichbar waren, weggefallen sind, wo das mit dem gelben Sack gekommen ist, ich das schon mehrfach kritisiert habe, das aber immer eigentlich dieses System beschönigt wird. Ich denke daran, dass zahlreiche Container, auch die örtlich gelagert waren für Altpapier, für Glas, für Metall weggekommen sind, eben in diese zentralen Sammelstellen reingegeben worden sind, die dann weiter entfernt waren, wo die Leute das Auto nehmen müssen, hinfahren müssen, wo man oft dann hinkommt zu den Sammelstellen und der Altglascontainer oder besonders für die Dosen und Metallteile ist einfach überfüllt und man ist sehr leicht geneigt, etwas daneben hinzustellen. Und so entstehen diese Zustände, die wir auch nicht wollen und wir sagen daher sicherlich auch im Sinne eines sauberen und lebenswerten Graz diesem Antrag unsere Zustimmung zu und möchten aber auch wirklich alle aufrufen, jeder für sich und in ihrem Bereich etwas dazu beizutragen, um diese Situation von innen heraus zu verbessern, weil Kontrolle kann sicher nicht alles sein. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker** zum Antrag: Ich möchte gleich anschließen an das, was der Herr Gemeinderat Mariacher zuletzt gesagt hat, ich freue mich erstens einmal, wenn von der FPÖ auch kommt, dass nicht immer die Auswärtigen sind, die für Probleme in der Stadt sorgen, sondern durchaus wir selbst auch, das gefällt mir einmal vom Zugang, aber die zweite Geschichte ernster gemeint ist, dass ich auch ganz wichtig empfinde den Hinweis darauf, dass die Trennungsmoral und die Müllentsorgungsmoral bei den Menschen selbst ganz stark unterstützt werden muss in die richtige Richtung. Ich konnte gerade vor zwei Wochen mit den Hausverwaltungen der verschiedenen Hausgenossenschaften, Firmen eine Veranstaltung abhalten, wo wir jetzt wieder vom Umweltamt eine sehr gut aufgesetzte Aktion zum Thema Mülltrennung an die Siedlungen herantragen und Unterstützung geben, wie man auch als Hausverwaltung auf die Bevölkerung einwirken kann. Die Frage der Müllsammelstellen in der Stadt ist auch eine alte Frage, wie Sie schon gesagt haben. Der Vorschlag, Kameras anzubringen, Bewegungsmelder oder Einhausungen vorzunehmen, ich werde versuchen ein paar Daten dazu hier darzustellen und gleichzeitig auch ein paar Beschränkungen. Zuerst zum Thema Kameraüberwachung. Es gab ja, weil dieses Thema hier schon öfter aufgebracht wurde, eine Stellungnahme vom Herrn Dr. Nauta aus dem Präsidialamt vom 18. Februar 2008, der zum Thema Videoüberwachung Folgendes feststellt: Eine behördliche Videoüberwachung bedarf einer gesonderten gesetzlichen Grundlage, die bezüglich Abfallsammelstellen nicht vorliegt. Somit kommen weder die Magistratsabteilung 23, das Umweltamt, noch die Magistratsabteilung 17, das Bau- und Anlagenamt, also die Bau- und Anlagenbehörde, als Auftraggeber für so eine Videoüberwachung in Betracht. Zweitens, als nichtbehördliche Videoüberwachung könnte eine solche Datenanwendung bei der Datenschutzkommission angemeldet werden, der Betrieb dürfte aber erst aufgenommen werden, nachdem ein positiver Bescheid der Datenschutzkommission vorliegt. Die Meldung an die Datenschutzkommission müsste vom Betreiber der Abfallsammelstellen erstattet werden. Wie wir wissen, sind wir nicht als Stadt der Betreiber der Abfallsammelstellen, es gibt, und das gehört auch zum Antrag dazu, weil im Antrag

vorgeschlagen wird, auch andere Kommunen zu vergleichen, es gibt bisher keine Judikatur und keinerlei Erfahrungen, wie mit so einem Antrag umgegangen wird, wir haben nur in anderen Bereichen derzeit sehr viel negative Erfahrungen mit der Datenschutzkommission, ich sage nur, Überwachung ruhender Verkehr, Überwachung von 30-km/h-Überschreitungen, hier kommen eigentlich lauter Rückmeldungen, die uns nicht wirklich in die Hand spielen. Aber wie gesagt, das wäre die Aufgabe des Betreibers. Als Zweck der nichtbehördlichen Videoüberwachung könnte Eigenschutz und Verantwortungsschutz angeführt werden, also es wäre natürlich einmal ein Exempel wert, wenn überhaupt einmal ein so ein Antrag gestellt wird, auch wenn wir von den Wirtschaftsbetrieben her so die Rückmeldung haben, es wird schwer nachweisbar sein, über Videoüberwachung wird dann vielleicht dokumentiert, dass etwas missbräuchlich stattgefunden hat, ein Fehlwurf etc. aber dem nachzugehen, dem nachzufolgen, bräuchte man wieder mobile Einsatzkommandos im weiteren Sinne. Das heißt, es hat irgendwie eine Begrenzung, wieweit man mit Videoüberwachung herankommt. Wir haben derzeit 3000 solcher Abfallsammelstellen in Graz, ich sage nur eine Vergleichszahl, in Linz sind es 400, das zeigt, wie groß der Aufwand ist, diese sauber zu halten. Es gibt eine Gegenverrechnung mit der ARA, die eigentlich zuständig ist, weil ja die getrennte Müllsammlung, vor allem auch diese Verpackungsmüllverordnung dorthin gelagert ist, dass wir nur 50 % der Kosten, die durch unsere Aufräumarbeiten durch die Wirtschaftsbetriebe entstehen, über diese ARA-Rückerstattung überhaupt abdecken, das heißt, momentan kostet die Reinigung der Müllablagerungsstellen eine Million Euro. Eine Erhöhung der Reinigungsfrequenzen durch die Wirtschaftsbetriebe würde ausschließlich zu erhöhten Kosten führen, die Situation aber leider nicht verbessern und es ist letztlich die klassische Lösung am Ende der Strecke, es geht eigentlich eben, wie auch im Antrag richtig formuliert wird, um nachhaltigere Lösungen. Ein Zugang ist natürlich das Thema Einhausungen. Ist allerdings sehr kostenintensiv. Wir werden es nicht in allen Bereichen schaffen, ist einfach finanziell nicht drinnen. Ein zweiter Zugang ist der, dass sich einiges tut im Bereich der Abfallbehandlung und hier sehe ich auch eine zukünftige Chance, zu weniger Verkübelung in der Stadt zu kommen. Die Technik der Abfallbehandlung hat sich seit dem Jahr 2004 gravierend verändert. Es gibt inzwischen eigentlich den Ausblick (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass derartig ausgeprägte Sammelstellen in Zukunft in diesem Ausmaß auch nicht mehr erforderlich sein könnten. Wir schauen uns diese

Systeme gerade an, es wird auch an einer Abfallverordnung neu gearbeitet auf Bundesebene, wo die Gemeinden sehr stark ihre Position in diese Richtung vertreten, da Abfallstoffe mit technischen Mitteln aus den Abfallströmen inzwischen herausgetrennt werden müssen. Das heißt, teilweise gibt es die Möglichkeit, das auch technisch schon zu lösen. Dies bietet die Chance, das zitierte Problem der Sammelstellen-Verschmutzung an der Wurzel zu packen und das sollte dem Stadtbild sehr zuträglich sein und eine Reduktion hervorrufen. Es ist auch die Frage zu stellen, inwieweit 3000 Abfallsammelstellen, auch wenn man die nahe Erreichbarkeit argumentieren kann, auf Dauer aufrecht erhaltbar sein werden. Wenn Linz mit 400 auskommt, würden wir vielleicht auch mit etwas weniger auskommen. Es gibt noch ein Problem, wenn die Wirtschaftsbetriebe aufräumen, dann gibt es auf Grund der Eigentumsverhältnisse zum Müll hin, es ist nämlich so, dass uns ja eigentlich der Rest- und der Biomüll gehört, dann gehört der AEVG, was der SERVUS gehört, was sozusagen das Aufräumen nicht so erfolgen darf, dass die Wirtschaftsbetriebe sozusagen den Müll von einer anderen Entsorgungseinheit wegräumen dürfen, weil es dann zu einem Eingriff ins Eigentum kommt. Es ist rechtlich enorm komplizierte Materie dahinter und auch hier gehört einmal dringend für Klarheit gesorgt, da gibt es natürlich auch schon länger Diskussionen dazu, die wird es auch weiterhin geben. Das heißt, es behindert eigentlich die Wirtschaftsbetriebe darin, konsequent dort aufräumen zu können, weil sie eigentlich nicht verdichten dürfen, sie dürfen nicht in den Müll der anderen hinein und damit haben wir auch das Problem, dass man nie nachhaltig das lösen kann. Man kann gerade aufschlichten und der Nächste der kommt, fällt das wieder herunter und niemand ist zuständig gewesen. Das heißt, die Effektivität derzeit ist sehr gering (*Applaus Grüne*).

GR. **Kraxner**: Ich darf mich bedanken bei dir, liebe Frau Vizebürgermeisterin, für die ausführlichen Informationen. Mir ist es hauptsächlich wichtig gewesen, dass dieses Thema wieder aufs Tapet kommt beziehungsweise dass hier etwas unternommen wird, weil man immer wieder von den BewohnerInnen hört, dass nichts getan wird von unserer Seite und dir, Klaus Eichberger, habe ich die Information gerade von Bernd Schönegger geholt, dass ihr es wart, also eure Fraktion, unter anderem wart,

die das Notruftelefon abgelehnt haben in der letzten Gemeinderatsperiode, habe ich gerade gehört. Ich nehme an, der Bernd wird die Wahrheit gesagt haben. Insofern darf ich mich sehr herzlich bedanken und danke für die Zustimmung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Forcierung von „Wohnstraßen“

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um einen forcierteren Ausbau, eine forciertere Installierung der sogenannten Wohnstraßen. Jeder, jede glaube ich hier, kennt an und für sich die Eckpfeiler, was ist eine Wohnstraße, aber ich darf trotzdem ein bisschen ausholen und auch begründen, warum wir hier einfach glauben, dass das eine sinnvolle Maßnahme für die Grazerinnen und Grazer wäre. Wohnstraßen sind eine Möglichkeit der Verkehrsberuhigung, von der schon relativ lange Gebrauch gemacht wird und ich glaube, sie ist entstanden in den 60er-Jahren, ausgehend von einem holländischen Modell und es gab auch eine Zeit, wo diese Wohnstraßen auch in Graz als recht gutes Mittel einer Art verkehrsberuhigte Zone mit sehr, sehr vielen Möglichkeiten für schwächere Verkehrsteilnehmer für die Anrainer gesehen wurden und es gab dann doch eine ganz stattliche Anzahl solcher Wohnstraßen in Graz, leider hat sich die Entwicklung aber so ausgerichtet, dass in letzter Zeit sogar bestehende Wohnstraßen wieder aufgelassen wurden. Zum Teil mit der Begründung, wir haben in ganz Graz sowieso mit Ausnahme der Hauptverkehrsstraßen eine 30-km/h-Begrenzung und es ist nicht mehr zeitgemäß, dass es hier Wohnstraßen gibt, wo man eben unter anderem nur mit Schritttempo fahren darf, wo also auch ein weiteres wesentliches Kriterium dieser Wohnstraße ist, dass es keinen Durchzugsverkehr gibt. Es gibt sehr wohl, wie gesagt, die Möglichkeit des Zufahrens und natürlich des Abfahrens, es gibt selbstverständlich die Möglichkeit für die

Radfahrer, für Ver- und Entsorgungsfahrzeuge und Einsatzfahrzeuge dort durchzufahren, es gibt auch den großen Vorteil, in diesen Straßen ohne großartige Kennzeichnungen zusätzlicher Natur hier auch gegen mögliche Einbahnen hier mit dem Rad durchzufahren. Und, was noch dazu kommt, es ist so, dass das Parken in diesen sogenannten Wohnstraßen nur in dafür gekennzeichneten Parkplätzen oder auf diesen eben erlaubt ist und das, und das ist schon ein wesentlicher Vorteil und ein Qualitätsschub, dass sich auch, ob jetzt ältere Personen, ob jetzt Kinder hier sich auf der Straße aufhalten dürfen, das heißt, das ist eine Form auch eines Lebensraumes, eines Aufenthaltsraumes, noch dazu wissend, dass diese Möglichkeiten der Freiflächen sowieso mehr schwinden, als dass sie zunehmen.

Dass die Installierung von Wohnstraßen die Wohn- und Lebensqualität der Anrainer steigert, glaube ich, muss man nicht unbedingt noch erwähnen, aber vielleicht für die eine oder andere, die dieser Forcierung und diesem dringlichen Antrag skeptisch gegenüberstehen könnte, wobei ich das ja nicht annehme und nicht erwarte, aber trotzdem auch aus einer Studie des VCÖ, ist ja nicht unbedingt eine Organisation, die jetzt der SPÖ möglicherweise sehr nahe steht, sondern eher, glaube ich, der Grünen Bewegung und ich darf hier doch auch hinweisen, wo eben drinnen steht unter anderem in so einer VCÖ-Studie, dass die Verbesserungsmöglichkeiten, wie etwa die Verordnung von Wohnstraßen, oftmals in den Gemeinden ungenützt bleiben, eben als sinnvolle Maßnahme auch in Bezug Reduzierung von Fußgängerunfällen etc. Dass der Erfolg und die Akzeptanz von Wohnstraßen natürlich wesentlich von der Auswahl der in Frage kommenden Straßenzüge und natürlich einer auch im Einklang damit stattfindenden Ausstattung und Möblierung dieser Wohnstraßen einhergehen muss, versteht sich von selbst. Es wird ja niemand in diesem Haus sagen, wir machen jetzt irgendwo aus Hauptdurchzugsstraßen Wohnstraßen, verlagern den Verkehr von einer Straße in die andere und lassen einfach halt diese Straßen so wie sie jetzt sind. Sondern hier ist einfach Ideenreichtum, Kreativität gefragt, was kann ich mit diesem neu gewonnenen Straßenraum, der da nicht mehr als Verkehrsfläche genutzt wird, anfangen. Wichtig ist natürlich, und das ist auch hier ganz, ganz klar in meinem dringlichen Antrag hineinformuliert worden, dass die Suche und Findung von möglichen geeigneten Wohnstraßen sehr, sehr stark mit den Bezirksräten, mit den Bezirksvorstehern akkordiert werden muss, weil natürlich sehr, sehr viele Wünsche aus der

Bezirksbevölkerung an die Bezirksräte in Bezug auf Installierung von Wohnstraßen herangetragen werden.

Ich stelle daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

dass die zuständigen Stellen des Magistrates Graz in enger Zusammenarbeit mit den Bezirksvertretungen mit der Ausarbeitung eines Wohnstraßenkonzeptes, heißt also im Klartext, dass man einmal einen Überblick bekommen könnte, wo macht es Sinn, wo bringt es der Bevölkerung was, weil eines ist uns auch bewusst, nur das Aufstellen als Alibimaßnahme von zusätzlichen Beschilderungen als Wohnstraßen bringt nichts, sondern wenn wir uns dazu bekennen, dass wir sagen, ok, wir sehen das, dass die Wohnstraßen eben schon einen Qualitätssprung hinsichtlich der Wohn- und Lebensqualität ausmachen, dann müssen sie auch Sinn machen, müssen gut überlegt, gut durchdacht werden, deshalb einmal nicht gleich die Forderung, es muss jetzt 10, 20, 30 Wohnstraßen mehr geben, sondern wir wollen einmal wissen, wird das verlangt von der Bezirksbevölkerung, wenn es verlangt wird, wo, deshalb dieses Konzept und dass wir eben dann dieses Konzept mit den möglichen Vor- und Nachteilen, mit möglichen Standorten für die Installierung auch hier in diesem Haus bis Ende dieses Jahres bekommen und dann im Gemeinderat und im zuständigen Ausschuss entsprechend auch diskutieren können. Ich hoffe im Sinne der Grazerinnen und Grazer und vor allem auch in Anbetracht der Verbesserung in Bezug auf Wohn –und Lebensqualität, Erhöhung der Verkehrssicherheit und Rückgewinnung von Lebensraum, nicht von Straßenraum, von Lebensraum für die Grazerinnen und Grazer auf eine halbwegs ordentliche Mehrheit, was diesen Antrag betrifft und bedanke mich schon im Voraus. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 15.45 Uhr den Vorsitz.

GR. **Mayr** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Klaus! Ja, du hast ja manchmal durchaus einen Zick-Zack-Kurs bei Verkehrsthemen, diesmal bist du eher wieder auf der verkehrsberuhigenden Seite, durchaus löblich. Aber Wohnstraßen sind, keine Frage, ein wesentliches, ein nicht unbedeutendes, ein sehr interessantes Instrument bei Verkehrsberuhigungen. Wohnstraßen haben aber, wie du es ja auch in deinem Antrag ausformulierst, natürlich auch ganz gewisse Voraussetzungen und einen ganz speziellen Rahmen, das heißt, Wohnstraßen sind als Instrument der Verkehrsberuhigung natürlich nicht überall einsetzbar, sondern die Straße, die Situation, die Wohnsituation dazu muss dafür geeignet sein. Insgesamt ist Verkehrsberuhigung für die beiden Koalitionspartner Schwarz und Grün ein ganz wesentliches Anliegen. Deswegen sehen wir Verkehrsberuhigung auch deutlich breiter. Verkehrsberuhigung gerade in Wohngebieten ist ein Schwerpunkt auch in unserem Arbeitsübereinkommen und die zuständige Stadträtin, die Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, ist auch dabei, einige Maßnahmen sind ja schon zum Beispiel in Rudersdorf im Laufen, hier wirklich Schwerpunkte zu setzen. Allerdings kann das nicht nur auf Wohnstraßen beschränken, Wohnstraßen können vielleicht da und dort ein geeignetes Mittel sein. Ich erinnere aber darüber hinaus, dass es das Mittel oder die Variante des Shared Space gibt, dass es andere wesentliche Möglichkeiten gibt und insgesamt Verkehrsberuhigung derzeit eben auch einen Schwerpunkt der Überlegungen der Verkehrsplanung sind. Aus unserer Sicht ist daher der Antrag nicht dringlich, ich könnte jetzt ganz populistisch sagen oder polemisch, du hast da aus unserem Arbeitsübereinkommen war herausgepickt und machst es halt auch noch als dringlichen Antrag. Wir sehen Verkehrsberuhigung als laufenden Auftrag in der Koalition, sehen dass allerdings deutlich breiter und zwar nicht nur Wohnstraßen, das ist im Laufen, daher lehnen wir die Dringlichkeit des Antrages ab.

GR. Mag. **Korschelt**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Ich möchte mich zur Geschäftsordnung melden. Laut Bundesverfassung ist die Amtssprache Deutsch, ich würde den Kollegen bitten, das zu erklären, was er gesagt hat, mir ist der Begriff nicht geläufig, vielleicht könnte er das erklären, weil noch ist die Amtssprache Deutsch (*Applaus FPÖ*).

GR. **Mayr:** Es ist der gemeinsam genutzte Raum, den alle Verkehrsteilnehmer nutzen, einen Verkehrsraum, gleichberechtigt und gemeinsam. Es gibt verschiedene Konzepte dazu, Shared Space ist im Speziellen dazu natürlich auch ein Modell, das von einem holländischen Verkehrsplaner besonders ausgebildet wurde, ist eine Variante, es gibt auch andere Modelle dazu und es gibt auch schon Modellbeispiele, wo man das in Graz umsetzen könnte. Es ist auch ein Modell zur Verkehrsberuhigung, das im Land Steiermark im Laufen ist, südlich von Graz gibt es zwei Gemeinden, in denen das jetzt derzeit umgesetzt wird und es gibt auch von Seiten des Landes Interesse, das an der einen oder anderen Stelle in Graz umzusetzen. Immer wieder genannt wird zum Beispiel der Kreisverkehr bei der Universität als möglicher Kandidat für einen Shared Space (*Applaus ÖVP*).

StRin. Mag.^a Fluch übernimmt um 15.55 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich freue mich, dass unser Antragsteller, der Verkehrssprecher der SPÖ, Gemeinderat Eichberger, mit zwei Seelen in seiner Brust momentan lebt, ist manchmal gar nicht so einfach, denke ich mir. Auf der einen Seite Beschleunigung des Individualverkehrs, ich möchte nur ganz kurz erinnern, dass auch an Hauptverkehrsrouten Menschen leben, und auf der anderen Seite Anregungen zum Thema Verkehrsberuhigung, wo wir uns natürlich wieder sehr gut treffen. Ich möchte jetzt zuerst sagen, als ich angetreten bin in dem Ressort und so feststellen musste, dass in den letzten Jahren vom Konzept der Wohnstraße sukzessive zurückgegangen wurde, ich natürlich nicht sehr erfreut war und bin dann vom Anfang an meinen Herren in der Runde zum Thema Straße, die wir eingerichtet haben, zwischen Straßenamt, Verkehrsplanung und Wirtschaftsbetrieben regelmäßigen auf die Nerven gegangen vom Anfang an, wie wir hier wieder in eine Richtung gehen, diesem Konzept wieder zu einem stärkeren Leben in dieser Stadt zu verhelfen. Jetzt ist natürlich die Voraussetzung, dass wir einerseits wenig Geld haben, eine sinnvoll umgesetzte Wohnstraße braucht natürlich auch entsprechende bauliche Maßnahmen, also brauchen wir auch Grundlagen, um einer

Prioritätensetzung in dem Bereich irgendwie weiterzukommen, damit man wenigstens ein paar Maßnahmen sehr konkret umsetzen können, auch wenn wir leider derzeit sagen müssen, in schneller Zeit das flächendeckend überall dort, wo es gewünscht wird, umzusetzen, wird einfach nicht ganz real sein. Jetzt gibt es zwei Zugänge, der eine Zugang ist, wie auch beschrieben wurde vom Kollegen Mayr, dass wir in bestimmten Stadtteilen, wir haben jetzt bei Rudersdorf begonnen, im Zuge von BürgerInnenbeteiligungsverfahren, ich möchte sagen, bei Rudersdorf haben sich doch ganz viele Menschen auch beteiligt am ersten Auftakt, es hat der erste Arbeitskreis mit reger Beteiligung begonnen. Dass wir dort versuchen, wirklich gesamt-räumlich zu denken und zu schauen, welche Maßnahmen der Verkehrsberuhigung, der Sicherstellung, dass Menschen dort wieder stärker auf der Straße zu Fuß und anders unterwegs sein können, kann man erreichen und das wird gerade erarbeitet. Ich denke, das ist ein Prozess, der modellhaft auch für andere Stadtgebiete in weiterer Zukunft angewendet werden kann. Und da wird es das eine Modell geben von der Wohnstraße bis dahin, dass wir eben schauen, wie wir auf Straßen, auf Hauptverkehrsrouten auch zu einer Sicherung der Verkehrsteilnehmer kommen, weil wir ja wissen, dass eine Rudersdorfer-Straße auch auf Grund von Geschwindigkeitsüberschreitungen enormen Ausmaßes zu einer sehr gefährlichen Straße der AnwohnerInnen geworden ist. Ein zweiter Zugang zur Wohnstraße, den ich gerade überprüfen lasse, indem ich hier eine Zusammenarbeit mit der Universität Graz gesucht habe und dort auch einen Auftrag vergeben habe an Diplomanden, ist die Frage, wie weit man die Wohnstraße oder den öffentlichen Raum Straße im Bereich der sozialen Stadtentwicklung durch verkehrspolitische Maßnahmen stärker in den Vordergrund rücken kann und ich überprüfe und ich möchte gerne Räume in der Stadt überprüfen lassen von der Universität Graz, wo wir definieren, gibt es Gegenden, in denen besonders hoher Bedarf an Raum für Kinder existiert, weil sie in sehr engen Wohnsiedlungen, in sehr eng und dicht verbauten Gebiet wohnen, wo innerhalb der Wohnsiedlungen sehr wenig Spiel- und Bewegungsraum ist, gibt es Gebiete mit hoher sozialer Dichte, wo sich eben innerhalb der Siedlungen vermehrt Konflikte abspielen, das heißt, ich schaue mir diese Gegenden zuerst an, um dort zu überlegen, ob nicht die Straße dort eine Erweiterung des Bewegungsraumes wäre und damit Wohnstraßen nicht dort prioritär umzusetzen sind. Ich glaube nicht, es gibt manche Wohngebiete aus denen auch Wohnstraßenanregungen kommen, dort sehe ich den Bedarf nicht so dringlich gegeben wie zuerst in diesen Gebieten, solche

Maßnahmen zu setzen, das wird gerade überprüft, und nach dem wird dann auch in einer Prioritätenreihung vorgegangen werden und in den nächsten Jahren hoffentlich auch die eine oder andere Wohnstraße mit einem sehr sinnvollen Konzept, das in den Raum passt, umgesetzt werden. Danke für den Antrag.

StRin. Mag.^a **Fluch**: Bevor ich den Vorsitz wieder übergebe, freue ich mich, einen früheren Klubobmann hier im Haus begrüßen zu dürfen, den Sepp Schmalhardt, oben auf der Galerie, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

GR. **Eichberger**: Es ist jetzt schon traurig, wenn man hier die Argumente der ÖVP und der ALG-Grünen vernimmt. Man glaubt in einem schlechten Film zu sein und man muss einfach zur Kenntnis nehmen, was anscheinend vor der Wahl gegolten hat, gilt jetzt unter diesen neuen Gesichtspunkten nach der Wahl nicht mehr und weil heute schon mein ehemaliger Kollege und Fast-Sitznachbar, Bezirksvorsteher außer Dienst und jetziger Gemeinderat Bernhard Kraxner hier heute auch vor kurzem an diesem Rednerpult gestanden ist, fällt er mir in diesem Zusammenhang mit diesen Wohnstraßen ein, weil ich kann mich erinnern, ich habe es mir sehr gut aufbehalten natürlich, weil es spannend ist, was passiert dann nach der Wahl. Mir flatterte vor der Wahl des Gemeinderatskandidaten, des ÖVP-Gemeinderatskandidaten Bernhard Kraxner zum Beispiel in die Hände sein Programm und was lese ich drinnen, Forcierung von Wohnstraßen, heute tritt sein Kollege, der zwei Plätze neben ihm sitzt hier an dieses Rednerpult, sagt dass das Ganze mehr oder weniger nichts bringt, ein Blödsinn ist, aus diesem Grund muss man sich berechtigterweise fragen und vielleicht einige in diesem Haus wissen es ja auch, dass die ÖVP und die SPÖ in Jakomini ein gemeinsames Arbeitspapier erarbeitet haben und man wundert sich, der Vorschlag der ÖVP-Bezirksratsfraktion Jakomini lautete unter anderem bei

Verkehrsfragen, Wohnstraßen müssen verstärkt in den Bezirk kommen und wenn ich heute hier auch ein Schreiben an die Bezirksvorsteherin der ÖVP Gröbelbauer in den Händen halte, wo 200 Bewohnerinnen und Bewohner aus Jakomini die Schaffung einer Wohnstraße hier fordern und die Kollegin diesen Antrag sicherlich in der nächsten Bezirksratssitzung einbringen will, dann denke ich mir, wie wird die ÖVP reagieren, reagiert sie so wie ihr Verkehrssprecher Peter Mayr und sagt nein, das brauchen wir nicht, das ist alles zu eng, da müssen wir weitersehen und, und, und... (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Und wenn ich heute die Frau Vizebürgermeisterin wieder höre, und schön langsam gewinnt man ja wirklich den Eindruck, wenn man zum Thema Verkehr etwas einbringt, dann ist das fast wie eine Art Majestätsbeleidigung, dann ist das fast ein Thema, wo es heißt, ich bin Verkehrsstadträtin und ich und manchmal auch der Herr Bürgermeister in wesentlichen Fragen, aber dann scheint der Verkehr, Verkehrsmaßnahmen, Radfahrverkehr und, und, und nur Thema der Grünen und der ÖVP zu sein, das kann es ja nicht sein, liebe Freunde. Und wenn die Frau Vizebürgermeisterin heute sagt, sie versteht nicht, zwei Seelen in meiner Brust, dann frage ich mich schon nach der Berechtigung einer Verkehrsstadträtin, wenn sie nicht unterscheiden kann, dass eine Wohnstraße nicht unbedingt ein Gegenargument ist für Maßnahmen, um den Stau zu reduzieren, warum soll man in dieser Stadt nicht für alle Verkehrsteilnehmer Maßnahmen setzen, sowohl für den Individualverkehr als auch für die Bewohnerinnen und Bewohner (*Applaus SPÖ*)? Und liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, ist keine Fotomontage, das ist euer Logo hier, die Grünen steht oben, ist nicht aus Graz leider, eure Kolleginnen und Kollegen in einem anderen Bezirk in Meidling sind anscheinend weiter als ihr. Weil ich lese hier im Grünen Newsletter Nummer 15, Wohnstraße Gierstergasse, wo immer die ist, wie immer die aussieht. Die Gierstergasse soll auf Antrag der Grünen zur Wohnstraße werden, seltsam, also warum sind die Grünen in Graz, nur weil hier eine Verkehrsstadträtin ist und die momentan den Radfahrverkehr forciert, wir begrüßen das, heißen das auch gut, aber es muss ja daneben auch andere Maßnahmen geben, um den Grazerinnen und Grazern zu sagen, wir nehmen ihre Sorgen, ihre Probleme ernst und wenn die Frau Vizebürgermeisterin Studien präsentiert und der Herr Kollege Hagenauer mit Kindern mit Transparenten auf die Straße geht und Maßnahmen hier vorschlägt und vorsieht, um eben Beiträge zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Kinder, für Jugendliche, für schwächere Teilnehmer in unserer Stadt hier zu finden und zu fordern, dann

wundere ich mich ja berechtigt, warum dieser dringliche Antrag, nur weil er von der SPÖ eingebracht wurde, eben niedergeschmettert wird, unverständlich, und ich hoffe nur, dass die Grazerinnen und Grazer dieses Ergebnis auch entsprechend bekannt bekommen, welche Einstellung ihr zu einer Lebens- und Wohnqualität habt und wie ihr damit umgeht, wenn wir nur fordern, und die Frau Vizebürgermeisterin hat es ja gesagt, sie ist ja schon emsig dabei, das eine oder andere. Nur sie vergönnt anscheinend einer anderen Fraktion nicht den Erfolg, dass man sagt, wir haben für die Grazerinnen und Grazer etwas weitergebracht und das ist eine Schande (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke, Herr Gemeinderat. Ich würde nur bitten, genau zuzuhören in Zukunft, dann können wir uns besser verständigen.

GR. **Hagenauer** zur Geschäftsordnung: In aller Kürze, Herr Kollege Eichberger, eine tatsächliche Berichtigung. Es ist unrichtig, dass die Grünen gegen Wohnstraßen sind, wahr ist viel mehr, wir sind selbstverständlich dafür, konnten nur Ihrem Antrag, wo Sie wortreich ausgeführt haben die enge Kooperation mit den Bezirken, völlig zu Recht, nicht folgen, wenn Sie sagen, das muss bis Weihnachten über die Bühne gehen. Das ist unseriös und Sie haben es zum Schluss selbst eindrucksvoll dargestellt, worum es Ihnen in Wirklichkeit geht, nämlich nicht um die Wohnstraßen, nicht um die Umwelt, sondern um den zitierten Erfolg. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Armut und Budget

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein dringlicher Antrag beschäftigt sich mit einem Thema, das, glaube ich, derzeit im doppelten Sinne hochaktuell ist, nämlich das Thema Armut in Verbindung mit Budget, die laufenden Budgetverhandlungen sind ja schon im Gange und was man so an Meldungen teilweise via Medien vernehmen kann, scheinen dadurch wesentliche Kürzungen auch im Sozialbereich irgendwo angestrebt zu werden und ich glaube, das Thema Armut selbst wird angesichts der Finanzkrise, die derzeit vorherrscht in einem Maße vielleicht noch zunehmen, wie wir jetzt gar nicht abschätzen können. Armut hat viele Gesichter. Armut grenzt aus, Armut macht krank, Armut bedeutet Kälte und Kälte, glaube ich, im doppelten Sinn des Wortes, wenn man heute auch noch über den Energiepreis usw. sprechen werden, nämlich Kälte von Innen und bald auch Kälte von Außen, Armut erzeugt Stress und Armut macht einsam. Nach den letzten Studien über Armut und die ist auch schon fast vier Jahre alt, fallen in Österreich bereits 13,2% der Gesamtbevölkerung unter die Armutsgefährdungsschwelle und ich bin überzeugt davon, dass es schon wesentlich mehr sind und noch wesentlich mehr werden, wenn es so weiter geht. Ein erhöhtes Armutsrisiko haben dabei Familien mit drei und mehr Kindern. Noch stärker betroffen sind AlleinerzieherInnen.

Von diesen Zahlen bleibt auch Graz nicht verschont und so gelten auch in Graz bereits rund 13% der Bevölkerung als armutsgefährdet. Und wenn man das auf die Bevölkerung umlegt, sind es ungefähr 35.000 bis 40.000. Gerade für Kinder und Jugendliche ist ein Leben in Armut verbunden mit der Rolle eines Außenseiters beziehungsweise einer Außenseiterin. Die materielle Benachteiligung lässt sie in vielen Bereichen nicht mehr dazugehören und hindert sie daran, mitreden zu können. Das „Anderssein“ führt zum Sinken ihrer Toleranzgrenze. Sie sind anfälliger für Stress, Rangeleien, für Scham- und Minderwertigkeitsgefühle. Ihre persönliche Entwicklung ist gehemmt und ihre Zukunftschancen reduzieren sich und sehr oft, das kann man auch sehr viel beobachten, versuchen die Eltern aus Scham es ihren Kindern zu ersparen, für ihre Kinder alles zu machen und dadurch verstärkt sich die Armut vielleicht noch mehr.

Armut und Armutsgefährdung prägen das soziale Bild der Kommunen stärker denn je und ihre Bekämpfung, davon bin ich felsenfest überzeugt, muss zu einem verpflichtenden Bestandteil verantwortungsvoller Kommunalpolitik werden. Umso befremdlicher ist es, wenn Leistungen im Jugend- und Sozialbereich jährlich dem Sparstift zum Opfer fallen und mittlerweile nicht einmal mehr das veranschlagte Jahresbudget ausreicht, um die Pflichtausgaben teilweise zu decken und um dem Bedarf der Bevölkerung gerecht zu werden.

Die Verhandlungen für das nächste Budget sind bereits angelaufen und die Sparziele schweben wie ein Damoklesschwert über den Jugend- und Sozialämtern, wir haben es heute zwar im Finanzausschuss gehört, dass jetzt die Eckwerte wieder als gesamtes gesehen werden, aber es ist auch schon medial einmal die Botschaft übergekommen, dass jeder seinen eigenen Eckwert einhalten muss und das würde für das Sozialamt sicher eine unlösbare Aufgabe bedeuten. Mit der Einhaltung der vorgegebenen Einsparungsziele wird das Sozialwesen in Graz empfindlich erschüttert werden.

In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen und im Zusammenhang mit den laufenden Budgetverhandlungen stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

die Stadtregerungsmitglieder mögen beauftragt werden, bei den vorberatenden Budgetverhandlungen für das kommende Budget klare politische und budgetäre Schwerpunkte zu setzen und in einem kommunalpolitischen Willensakt insbesondere die langfristige Sicherung der Mittel für Armutsbekämpfung und beschäftigungspolitische Maßnahmen anzustreben (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Herr Stadtart, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Herr Kollege, Sie sprechen da eine ganz, ganz wichtige Sache an, deshalb werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt unsere Zustimmung erteilen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Also wir werden auch der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Ich möchte nur Folgendes anmerken: Als wir den Antrag gelesen haben, ist uns der Text sehr, sehr bekannt vorgekommen und ich würde jetzt schon an die sozialdemokratische Fraktion den Appell richten, wenn ihr Anträge stellt, verwendet bitte nicht Motivenberichte, die andere schon geschrieben haben, dies ist ein Motivenbericht von einem dringlichen Antrag, den ich vor zwei Jahren eingebracht habe. Also diese Mühe müsst ihr euch schon machen, eure Motivenberichte selber zu schreiben (*Applaus Grüne*).

StRin. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke, eine bemerkenswerte Wortmeldung.

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als KPÖ-Gemeinderatsfraktion unterstützen wir natürlich voll und ganz diesen Antrag sowohl dringlich als auch inhaltlich. Also auch wir als KPÖ haben immer wieder das Thema aufgegriffen, auf Armut hingewiesen, mit Statistik nachgewiesen, dass Armut in unserer Stadt vorherrschend ist, dass es einfach notwendig ist, auch Strategien zu entwickeln und Lösungen dazu anzubieten. Ein bisschen verwunderlich stimmt mich, dass man Stadtregerungsmitglieder quasi beauftragen muss, sich also dazu, zu dem Thema was zu überlegen, weil ich als KPÖ-Gemeinderätin denke, dass genau dieser Blick auf die Menschen, denen es in unserer Stadt schlecht geht, ein geschärfter sein muss und soll und es ist auch so, dass ich Stadträtin Elke Kahr, wenn ich sie jetzt einfach einbeziehe und sage, sie als Stadtregerungsmitglied hat sehr wohl in ihrem Ressort armutsbekämpfende Strategien mit im Programm. Der sozialpolitische Schwerpunkt, der auch quasi im Regierungsabkommen in das hineinverhandelt worden ist und verankert worden ist zum Thema Wohnen sieht Strategien auch in diese Richtung auf dieser Ebene vor. Es gibt Anstrengungen in Bezug auf Wohnungsneubau, das sind Maßnahmen, die man umsetzen muss, das ist ein wesentlicher Punkt. Aber sie würden in einem besonderen Ausmaß auch zur Armutsbekämpfung beitragen. Insgesamt gesehen sehe ich das große Problem auch darin, dass immer wieder Sparmaßnahmen lineares Sparen in allen Bereichen auch

bedeutet haben und wir auch schon vor einiger Zeit gesagt haben, so kann das nicht praktiziert werden, weil im Prinzip genau dann bestimmte Ressorts, die Pflichtausgaben zu tätigen haben, wo anzunehmen ist, dass auf Grund der sozialen Situation in unserer Stadt also ein Ansteigen an Bedürfnissen von Menschen da ist, die Stadt auch irgendwie die Verpflichtung hat, die finanziellen Mitteln bereitzustellen, also das wird nicht möglich sein und deshalb ist für mich einfach die Diskussion damit wieder eröffnet, nämlich auch politisch zu überlegen, wo wird wie gespart, und was für mich aber ganz wesentlich ist, es wird immer nur ausgabenseitig, also dort eine Möglichkeit eröffnet und da eine Möglichkeit eröffnet, es ist für mich Stückwerk, für mich heißt es auch einnahmenseitig Maßnahmen zu tätigen, aber in diesem Sinne, dass man einerseits über den Finanzausgleich, also verstärkt, versucht auch zu finanziellen Mitteln zu kommen, um die Kommune darin zu stärken und dass man natürlich auch Maßnahmen wie zum Beispiel die Nahverkehrsabgabe, also Einnahmen in diese Richtung überlegt, um den Menschen, die in unserer Stadt, denen es immer schlechter geht, auch entsprechende Hilfestellungen zu geben und ich möchte eigentlich, dass es also nicht nur darum geht, weil wir überall sparen müssen, dass nur mehr gerade noch die Pflichtausgaben getätigt werden können, denn wirklich Armutsbekämpfung und Strategien dagegen heißt für mich mehr, ich muss Offensiven setzen, ich muss Schwerpunkte in diese Richtung setzen und es muss darüber hinausgehen und das würde ich mir wünschen. In diesem Sinne hoffe ich, dass natürlich alle Stadtregierungsmitglieder ganz offensiv nachdenken oder vielleicht das, was es schon im Programm gibt oder an Vorstellungen gibt, sinnvoll zusammenführen und wir wirklich spürbar Maßnahmen zur Verbesserung auch erleben werden. Da würden wir uns als KPÖ-Fraktion nur sehr darüber freuen, wenn das zielgerichtet passiert. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Ich möchte an die Kollegin Taberhofer anschließen. In einem Punkt hat sie mir durchaus aus der Seele gesprochen, dass es im Sozialbereich sicher einen roten oder blauen Faden geben sollte. Aufgereiht sind die Maßnahmen, die zur Verbesserung der sozialen Situation beitragen müssen, um der vorhandenen Armut und der latent wachsenden Armut zu begegnen, das ist ein ganz ein wesentlicher Punkt. Auf etwas muss man aufpassen, nämlich, dass man Armut nicht

verwaltet, das ist eines unserer Grundsätze, sodass man Armut bekämpft und diese Menschen, die zwischenzeitlich in die Armut getrieben oder gefallen sind, dass man die wieder herausführt, dass man die sozusagen befähigt, ermächtigt, dass sie wieder in die Selbständigkeit, in den Regelkreislauf eines freien und selbständigen Lebens wieder zurückfinden können. Das ist eigentlich das Ziel und nicht, irgendwelche Sozialtöpfe zu generieren oder zu füllen, um die Leute in ihrer Abhängigkeit zu halten, dass sie permanent oder über viele, viele Jahre von öffentlichen Geldern abhängig sind, das möchten wir als Freiheitliche mit Sicherheit nicht. Die zweite Sache, auf die man wahnsinnig aufpassen muss, ist, dass wir neben der Bekämpfung der Armut und der Konzentration auf jene Bevölkerungsgruppen, die sozusagen schon am Tropf des Staates hängen, ob das Bundes-, Landes- oder kommunale Mitteln sind, dass wir nicht auf jenen Bevölkerungsanteil vergessen, der sozusagen dieses ganze System füllt, der die Steuereinnahmen, die Beiträge erwirtschaftet und auch bereitstellt, um dieses Sozialsystem, wie man es heute vorfindet und wo wir uns alle bemühen, es nach Tunlichkeit noch zu verbessern und auszubauen, wo es notwendig ist, dass das funktionieren kann dieses System. Das wird immer schwieriger, wir sehen das an Daten auch aus Deutschland, wo die Mittelschicht zunehmend kleiner wird, wo die Angst zunehmend größer wird, Arbeitsplätze zu verlieren, damit die Familieneinkommen nicht gefährdet sind und hier die Kommune, soweit sie das eben kann, auch hier ist ja nur ein Teil des gesamten Systems, ihren Beitrag leisten muss, um dieser sozialen Mittelschicht das Aufkommen bereitstellen, damit das Gemeinwesen in Summe funktioniert, nicht zunehmend belastet wird und nicht zunehmend Teile der unteren Mittelschicht in diese Armut noch hineingedrängt werden. Auch darauf gilt es, Bezug zu nehmen und das muss man beim Gesamtsystem der Budgeterstellung und bei den politischen Maßnahmen bedenken. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Potzinger** zum Antrag: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Stadtrat, Herr Antragsteller! Selbstverständlich findet das Stück, das Anliegen unsere große Zustimmung, wirklich für uns als christlich soziale Partei eine Selbstverständlichkeit. Es ist allerdings befremdlich, dass der Antragsteller einen zwei Jahre alten Motivenbericht abschreibt und eine vier Jahre alte Studie bemüht, es gibt ganz aktuelle Zahlen. Ich beschäftige mich auch als Vorsitzende des Sozialausschusses sehr intensiv mit diesem Thema auch im Auftrag meiner Fraktion. Erst vor wenigen Wochen habe ich von Joanneum Research und dem Kummer-Institut die neuesten Zahlen bekommen, die wieder belegen, dass die Armutsgefährdung zum Beispiel zunimmt mit zunehmender Kinderzahl, bei drei Kindern bereits doppelt so hoch ist wie bei einem Kind, das heißt, wir wissen ganz genau, wo die Probleme liegen und zwar aktuell, aus aktuellsten Studien auch auf Landesebene, auf Bundesebene und europäischer Ebene beschäftigen wir uns mit dem Thema. Vor 14 Tagen hatten wir eine europäische Konferenz in Brüssel, wo wir sieben Stunden lang intensiv uns genau mit diesem Thema beschäftigt haben, es geht nicht nur um die finanzielle Absicherung, die selbstverständlich sein muss, die finanzielle Existenzsicherung, sondern auch Ressourcen wie Zeit füreinander, Zeit für die Beziehung, einfach das gute Leben, das ist unser Ziel als Volkspartei, dass alle Menschen ein gutes Leben haben, ohne Existenzangst unabhängig von der Lebensform und Familienform, die sie gewählt haben. Kollege Mariacher hat die kurative Seite angesprochen, was wir tun müssen, um Menschen, die schon in Armut leben, aus dieser Situation zu befreien und ihnen wieder den Weg zu ebnen in ein gut gesichertes Leben. Wohl mindestens genauso wichtig ist die Prävention, dass wir investieren in Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik, da ist die Volkspartei federführend unterwegs, proaktive Armutsbekämpfung, Entlastung der Familien, dass Kinderreichtum nicht zur Armutsfalle wird, dass auch Beziehungen gelingen, wir wissen ganz genau, in welchen schwierigen Situationen Alleinerzieherinnen sind, auch finanziell in besonders schwierigen Situationen. Dass wir hier nicht nur den Status quo verwalten, sondern auch ins Gelingen von Beziehungen investieren, da ist Graz federführend, übrigens von unserem Bürgermeister Nagl ins Leben gerufen vor zweieinhalb Jahren die Aktion „Wir trauen uns mit Recht“, Beziehungsguide und Rechtsinformation für Brautpaare, dass Beziehung besser gelingt, sein Pilotprojekt haben wir jetzt österreichweit bereits in acht Bundesländern. Wir beklagen nicht nur den Status quo, wir investieren ins Gelingen und auch bei den Budgetvorkehrungen wurde

selbstverständlich bei der Sozialstadträtin eine Ausnahme gemacht, sie bekommt zusätzliches Geld, zweieinhalb Millionen Euro wird sie zusätzlich zur Verfügung haben. Und nun ein kleines Wort zu den Fraueneinrichtungen, seit einem halben Jahr haben wir keine Frauenbeauftragte, heuer erspart sich die Stadträtin ein schönes Körpergeld, netto gute 20.000 Euro, die sie nächstes Jahr auch wieder den Vereinen geben kann. Es ist vorgesorgt, dass Frauen, Familien, alle Menschen in dieser Stadt ein gutes Leben haben, Armutsbekämpfung und Prävention, ein Dauerauftrag für uns, deshalb selbstverständlich Zustimmung, packen wir es weiter an (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kahr**: Ich wollte mich eigentlich da gar nicht mehr zu Wort melden, weil meine Kollegin, die Ulli, eigentlich schon ein paar wichtige Punkte angesprochen hat und dieser Dringlichkeitsantrag alleine ja sowieso nicht genügt, um wirklich wirksam da Maßnahmen zu setzen, aber er ist trotzdem wichtig. Zu Wort gemeldet habe ich mich eigentlich auf Grund deiner Wortmeldung, Sissi, und zwar weil du gesagt hast, es gibt neueste Daten auf europäischer Ebene und auf Bundes- und was weiß ich, und auch bei der Stadt. Ich habe oft das Gefühl, dass es gerade immer diese Studien und diese neuesten Datenerkenntnisse und hunderttausenden Arbeitskreise und Workshops, und was weiß ich alles, zur Armut sind und sich niemand eigentlich tatsächlich zu den Menschen bewegt, um die es wirklich geht, weil jeder, der sich wirklich mit dem Thema beschäftigt, der braucht keine Daten auf europäischer Ebene und wo auch immer, weil dass es ein ernstes Problem ist, dass es immer mehr Menschen gibt in unserer Stadt, denen es schlechter geht und auch Leute, die arbeiten, von dem was der Gemeinderat Mariacher gesprochen hat, den sogenannten Mittelstand, den es eh schon in der Form gar nicht mehr so wirklich gibt, Leute die wirklich ganztägig arbeiten und mit ihrem Geld nicht mehr das Auslangen finden, das ist wirklich nichts Unbekanntes und dass das mehr wird, braucht man wirklich nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Sozialamt fragen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im städtischen Wohnungsamt fragen, dann weiß man, was sich in unserer Stadt Graz wirklich abspielt. Die Anträge nur alleine bei den Gemeindewohnungen, die werden von Tag zu Tag mehr, das stapelt sich. Unsere Kollegen kommen nicht einmal zusammen mehr, täglich mit den Eingaben

nachzukommen, geschweige denn, dass wir diese vielen Anträge und diese Wohnungssuchenden wohnversorgen können. Und da befinden sich schon lange nicht nur mehr die Ärmsten der Ärmsten, sondern da befinden sich sehr viele Familien und Personen, auch ältere Menschen, die eben nicht mehr zu den Mindestpensionisten, sondern darüber liegen mit ihren Bezügen, aber bei Wohnungskosten und den Alltagskosten nicht mehr das Auslangen finden. Und deshalb, wenn man da wirklich etwas machen will, zum Beispiel nur in dem Bereich Wohnen, dann gibt es da nur eine Antwort, wir müssen mehr Sozialwohnungen, Gemeindewohnungen bauen, das ist die eine wirksame Bekämpfung, um letztendlich die Menschen nicht in eine Situation zu bringen, wo sie in Übergangswohnhäusern in Wohnungslosigkeit geraten, weil wir haben, und das sage ich noch einmal, in Graz eine große Anzahl an versteckter Wohnungslosigkeit, die in keinen Statistiken zu finden ist. Und schon lange nicht mehr in den Übergangwohnheimen der Stadt Graz aufzufangen sind, weil die Elke meldet sich eh zu Wort, sie wird das besser wissen auch, im städtischen Männerwohnheim ist schon seit Monaten ein Aufnahmestopp, weil die vielen wohnungslosen Männer dort schon lange nicht mehr aufgenommen werden können und auch die Einrichtungen der Caritas schon lange nicht mehr ausreichen. Das ist die Realität und da müssen wir handeln (*Applaus KPÖ*).

StRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Ulli Taberhofer hat gesagt, sie findet es befremdlich, warum wir überhaupt so einen dringlichen Antrag brauchen, weil sie geht davon aus, dass all jene, die in der Politik, warum man Stadtregierungsmitglieder quasi auffordern muss, hier Schwerpunkte zu setzen, um dich korrekt zu interpretieren, weil du davon ausgehst, dass es sowieso einen geschärften Blick dafür geben muss, wie es den Menschen geht und dass man vorwiegend auf jene Bürger/Bürgerinnen schaut, denen es schlecht geht. Offensichtlich ist es notwendig, leider ist es notwendig und weil sich Klubobfrau Sigi Binder gewundert hat, warum wir hier ihren Antrag, den sie selbst eingebracht hat 2005, 1 : 1 übernommen haben, dann muss ich auch sagen, es ist leider notwendig auf Grund der Erfahrungen der Diskussion in der letzten Woche, weil wir schon den Eindruck hatten, dass vor allem die Grünen, das was sie bis jetzt selbst eingebracht und eingefordert haben, schon ein bisschen vergessen haben. Vielleicht darf ich kurz

skizzieren, wie wir diesen Eindruck gewinnen konnten. Letzte Woche, am 7.10., war eine Stadtregierungssitzung, eineinhalb Tage zuvor hat die Regierungskoalition getagt und über das Budget beraten und hat uns dann dort vorgestellt, was die neuen Vorgaben sind. Das wurde uns auch am nächsten Tag, am 8. 10., dann auch schriftlich ausgemailt, also es steht Schwarz auf Weiß, ich weiß nicht, ob ihr es in euren Klubs auch verteilt habt, sonst können wir es sicher gerne auch weiterleiten, mit der Überschrift „Eckwerte werden auf dem Niveau von 2008 eingefroren“. Alles Schwarz auf Weiß hier festgelegt und zusätzlich auch festgehalten, wie die Sanktionsmaßnahmen für jene Stadtregierungsmitglieder ausschauen, die hier nicht kooperativ sind. Die haben dann nämlich im AOG-Budget, im Investitionsbereich, quasi null Mittel zur Verfügung, wenn man hier nicht kooperiert. In der Diskussion am 7.10. in der Stadtregierung haben Wolfgang Riedler und ich mehrfach nachgefragt, warum von der ursprünglichen Vorgabe, dass die Summe der Gesamteckwerte gleich bleiben soll, abgegangen wird, warum man nicht zuerst redet, wo sind die Schwerpunkte, wo setzt man Schwerpunkte, warum wird das wieder auf die Eckwertvorgabe pro Stadtregierungsmitglied heruntergebrochen? Als Antwort habe ich zum Beispiel von der Frau Vizebürgermeisterin bekommen, die Schwerpunkte sind vom jeweiligen Stadtsenatsreferenten/-referentin im Ressort zu setzen. Ich finde, dass ist möglich bis zu einem gewissen Grad, ein jedes Stadtregierungsmitglied kann im eigenen Ressort Schwerpunkte setzen bis zu einem gewissen Grad und auch das habe ich dort argumentiert, nur im Sozialressort ist es Tatsache, dass die Schwerpunkte, die man innerhalb des Ressorts setzen kann, in den letzten fünf Jahren de facto gesetzt wurden, nämlich bei den Fragen, wo kann man es noch halbwegs vertreten, dass man einspart, dass man dort ein bisschen weniger Geld hingibt etc. In meinen Augen sind wir, und das ist auch nicht das erste Mal, dass ich das sage und gesagt habe letzte Woche in der Stadtregierungssitzung, sind wir einfach auf einem minimalen Niveau angekommen, weil die Kollegin Potzinger angesprochen hat, dass das alles nicht stimmen würde, weil ich ja so viel Geld zusätzlich bekomme. Tatsache ist, es ist ja in der letzten Stadtregierungssitzung schon einiges auch an Diskussionen vorangegangen, nämlich hat die spitzenbeamtete Ebene sieben Stunden lang getagt und das gesamte Budget des Sozialressort durchforstet und dann war ich vorgeladen für drei Stunden vor dem Koalitionsausschuss und auch da haben wir drei Stunden lang dann noch einmal das alles durchdiskutiert und da ist von unserer Seite darauf hingewiesen

worden, dass einerseits wir momentan mit der Zentralküche, 1,7 Millionen andere Ämter quersubventionieren. Und im Sinne einer klaren Leistungsaufstellung und internen Leistungsverrechnung haben wir uns dann darauf geeinigt, dass das quasi nicht mehr in meinem Budget zu budgetieren ist. Das bringt in Wirklichkeit dem Budget der Stadt nur noch nichts, es ist halt nur woanders budgetiert. Der andere Aspekt, den wir besprochen haben, ist, dass die Senioren-/Seniorinnencard derweilen auch in meinem Budget budgetiert wird, die soll im Verkehrsdienst im Vertrag übernommen werden.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Und dir bleibt das Geld.

StRin. **Edlinger:** Sissi, warte ein bisschen, ich versuche es dir ja zu erklären, aber da muss man halt ein bisschen zuhören. Das einzige Problem ist, und du kennst den hohen Anteil der Pflichtleistungen, und auch das habe ich dem Finanzstadtrat, dem Bürgermeister und der Frau Vizebürgermeisterin per Mail sofort übermittelt, nachdem ich die Daten meines Amtes da hatte. Die Steigerungen im Pflichtleistungsbereich sind wesentlich höher im nächsten Jahr als diese 2,5 Millionen, das ist das zentrale Problem. Wir wissen, es gibt die Entscheidung der Schlichtungsstelle, was die Pflegeheimtagsätze anlangt, neun/zehn Prozent Erhöhung 2009. LEVO-Verhandlungen stehen kurz im BHG-Bereich vor dem Abschluss, da ist natürlich noch Stillschweigen vereinbart unter den Verhandlern, Kurt Hohensinner wird dir das sicher genau erklären. Tatsache ist, alle, die sich auskennen, sagen, es wird Steigerungen geben zehn, 15, 20 Prozent und dieser Gemeinderat hat einstimmig beschlossen nach Auflage des letzten LEVO-Entwurfs, dass dieser abzulehnen ist und neu zu verhandeln ist, das ist jetzt passiert, das wird massive Steigerungen mit sich bringen. Im SHG-Bereich, der Beschluss wurde schon längst gefasst, wissen wir, der Regress, Gott sei Dank, bei den Pflegeheimen und Pflegeheimzuzahlungen fällt, aber wir wissen auch, dass der Regress bei der Sozialhilfe fällt, das heißt, wir brauchen im Pflichtleistungsbereich ganz massiv viel mehr und das immer mit den 2,5 Millionen die du jetzt als große Geldspende oder als großes Entgegenkommen

der Regierungskoalition darlegst, da werden wir nicht weit hüpfen und das war notwendig, das aufzuzeigen, es war nämlich deswegen notwendig, weil jetzt offensichtlich der Kurs der Regierungskoalition wieder ein anderer ist als letzte Woche; am 7. Oktober hat es geheißen, Eckwert pro Regierungsmitglied plus bei mir halt 2,5 Millionen, diese Woche ist der Kurs auf Grund unseres Widerstands, weil wir das aufgezeigt haben und möglicherweise hat der oder die eine oder andere kalte Füße gekriegt, das weiß ich nicht, aber unsere Aufgabe ist, darauf hinzuweisen, was kann da passieren. Diese Woche ist der neue Kurs offensichtlich wieder Gesamteckwert, Summe der Gesamteckwerte muss gleich bleiben. Das bietet eine neue Basis, das ist ein erster Erfolg für uns in diesen Budgetverhandlungen und dass wir diese Schwerpunktsetzung mittels dringlichen Antrag brauchen, das ist für uns auch daraus entstanden, weil wir natürlich auch in den letzten Tagen die Schwerpunktsetzung der Regierungskoalition in den Medien entnehmen und nachlesen konnten. Ich lese Finanzstadtrat Rüschi in der Kleinen Zeitung, vor zwei oder drei Tagen sagt er, die Schwerpunkte im Budget seien mit Integration, Jugendsportförderung und Kultur bereits 2008 gesetzt worden, einen größeren Spielraum gebe es derzeit nicht, aus, Punkt freut mich, dass ihr euch da eines Besseren besonnen habt, wieder zwei Schritte zurückgegangen seid zur ursprünglichen Vorgabe und freut mich auch, wenn jetzt der Gemeinderat beschließt, dass ganz klar im Sozialbereich ein Schwerpunkt zu setzen ist (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Ist alles zu unterstreichen, aber Sprache ist verräterisch. Wie war das mit, da haben jetzt einige kalte Füße gekriegt, man kann es auch anders sehen. Man könnte es so sehen, dass man durch viele Diskussionen und durch Nachdenken seine Meinung auch ändern kann notwendigerweise und ich weiß nicht, liebe SPÖ, was wollt ihr? Wollt ihr andere irgendwie vorführen oder so und sagen, na schaut, wie dumm die doch sind und wir haben die Wahrheit gepachtet und jetzt haben sie kalte Füße gekriegt, weil ich bin in die Zeitungen gegangen und habe die Initiativen irgendwie aufgewiegelt etc. Also, ich würde meinen, es ist immer eingefordert worden, gerade von dir, liebe Elke Edlinger, Frau Stadträtin, von dir ist eingefordert worden ein Diskussionsprozess, diesem Diskussionsprozess stellen wir uns seit vielen Wochen. Der Diskussionsprozess hat jetzt ein mittelfristiges Ende gefunden

und so wie du halt schon einmal dich mit deiner Art, dich auszudrücken nicht, leicht getan hast, so ist auch das wieder verräterisch. Ich denke mir, ein Dialog ist wichtig, ein politischer, führen wir den gemeinsam und schauen wir, dass wir zu einer guten gemeinsamen Lösung kommen und nicht sagen, da hat jetzt irgendwer kalte Füße gekriegt (*Applaus ÖVP und Grüne*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ja, ganz offensichtlich ist nicht nur Sprache verräterisch, sondern auch das, was man hören will sagt sehr viel drüber aus, wie man zu den Dingen steht. Ich weiß, dass es den Grünen schwer fällt, wenn sie konfrontiert werden mit Vorsätzen, mit Vorschlägen, mit Grundsätzlichem, das sie vor ihrem Eintritt in die Koalition vertreten haben.

Zwischenruf GRin. Binder: Ganz im Gegenteil.

StR. Dr. **Riedler**: Ja, je mehr man es bestreitet, umso offensichtlicher wird es, liebe Sigi. Nur darüber hinausgehend, natürlich... Entschuldige, man sieht ja an deinem Ärger, wie unangenehm es dir ist, mit deinen Ideen von vor zwei Jahren konfrontiert zu werden.

Zwischenruf GRin. Binder: Mir ist der Inhalt nicht unangenehm.

StR. Dr. **Riedler**: Ärger dich doch nicht so. So wie du dich hier benimmst, vermittelst du halt diesen Eindruck, das ist der Eindruck, den alle von dir haben.

Zwischenruf GRin. Binder: Das hast du gerade notwendig.

StR. Dr. **Riedler**: Aber mal abgesehen davon, möchte ich doch Folgendes sagen: Wenn du jetzt gerade gesagt hast und offenbar auch für die ÖVP gleich mitsprechend, wir kommen zu einem mittelfristigen Ende der Diskussion, ich vermute das, weil ja auch sonst keine Wortmeldung gekommen ist mehr. Wir kommen zu einem mittelfristigen Ende der Diskussion, frage ich mich, ja was für eine Verstarrungspolitik habt ihr denn mit dieser Stadt eigentlich vor?

Zwischenruf GRin. Binder: Jetzt höre bitte auf, Wolfgang.

StR. Dr. **Riedler**: Willst du mir jetzt auch noch das Wort verbieten? Weil das ja verräterisch ist, wie du gerade gesagt hast. Du willst mir nicht das Wort verbieten, dann rede ich weiter. Ganz offensichtlich geht es darum, eine Erstarrungspolitik zu machen, man will die Finanzvorgaben des Jahres 2008, die im Großen und Ganzen noch dazu aus einem Budgetprovisorium des Jahres 2007 mit marginalen Veränderungen bestanden haben, zur Grundlage, und darüber werden wir heute ja noch zu diskutieren haben bei der mittelfristigen sogenannten Finanzplanung, von Finanzplanung ist da ja nicht viel zu sehen, festschreiben und das im Sozialbereich zu sehen ist nichts anderes als eine riesengroße Bedrohung für alle Menschen, die auf die Sozialleistungen und auf die sozialen Aufwendungen dieser Stadt angewiesen sind. Und es ist gar nicht einmal Oppositionspolitik, sondern es ist die Verantwortung der zuständigen Stadträtin, darauf hinzuweisen, dass das unmöglich gut gehen kann, das hat sie in hervorragender Art und Weise gemacht und dafür steht die sozialdemokratische Partei (*Applaus SPÖ*), wenn es euch noch so ärgert.

Zwischenruf GRin. Binder: Nein, das ärgert mich nicht.

StR. Dr. **Riedler**: Wenn es euch noch so ärgert, werden wir die Ärmsten nicht vergessen und einige andere in dem Gemeinderat auch nicht. Wenn ihr die Augen zumacht, ist es euer Problem (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger**: Herr Stadtrat Riedler, ich glaube, es kann nicht unwidersprochen bleiben, die Aussage, uns sei das völlig egal, wir würden die Augen verschließen und eine Erstarrungspolitik machen. Kein einziger Armer lässt uns kalt. Uns tut jeder leid, der arm ist und er tut uns nicht nur leid, sondern ich habe gesagt, wir machen eine proaktive Armutsprävention zur Armutsbekämpfungspolitik und zwar in allen Ressorts. Ob das jetzt in den Kindergärten, in den Schulen ist, dass wir eben mit den Gratiskindergärten alle Kinder hereinnehmen, das wir verstärkte Integration über Sprachausbildung, über Deutschkurse den Kindern helfen bitte sehr, die Sprache, die Bildung sind Schlüsselfaktoren in der Armutsbekämpfung, das verstehe ich auch unter proaktiver Armutsbekämpfung. Wir betreiben Sozialpolitik mit Herzblut, aber wir lassen uns nicht unterstellen da irgendeine soziale Kälte, aber jetzt wirklich ein Appell: Liebe Freunde in diesem Hause, es gibt weltwirtschaftlich eine angespannte Situation am Finanzmarkt, es gibt schwierige Verhandlungen auf Bundesebene, wo wir hoffen, dass wir eine gute neue Regierung bekommen, die Leute wollen keine kleinlichen Streitereien, sondern die Menschen wollen ein gutes Leben und die Gewissheit, dass die Politiker aller Couleurs sich gemeinsam bemühen, dass sie in Sicherheit und nicht in Armut leben und vor allem in dieser Stadt (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Ich glaube, dass es jetzt wieder an der Zeit ist, die Emotionen ein bisschen zu senken, weil ich glaube, das Thema ist wirklich ernst genug und die Kollegin Edlinger hat es eh schon erklärt, Kollegin Binder, warum wir diesen Antrag

so gestellt haben. Er war nicht vor zwei Jahren, sondern vor dreieinhalb Jahren, weil es eben auch keine Änderung gegeben hat. Wenn die Kollegin Potzinger wieder einmal ihre christlich-soziale Tradition bemüht der ÖVP und im gleichen Atemzug ausspricht, dass eh 2,5 Millionen Euro zusätzlich da sind und so unterschwellig die Botschaft mitschwingen lässt, das wird wohl reichen, da muss ich schon...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Haßler**: Ich habe es so verstanden und viele in diesem Raum wahrscheinlich auch, da muss ich schon klar sagen, christlich-soziale Tradition soll sich nicht auf Sonntagsreden beschränken, sondern es sollen den Worten auch Taten folgen, das ist meine Hoffnung (*Applaus SPÖ*). Das ist meine Hoffnung, die ich habe, angesichts der Diskussion, die hier geführt worden ist. Ich habe auch ein bisschen Bedenken, weil wenn ich die Zeitungsmeldungen so Revue passieren lasse, die in den letzten Wochen so gekommen sind von, man soll bei der mobilen Hauskrankenpflege senken und da soll man ein bisschen einsparen und ein bisschen was wird wohl möglich sein, dann muss ich schon mit aller Deutlichkeit sagen, wer selbst noch nie von Armut betroffen war, wer selbst noch nie die Situation gehabt hat, dass er jeden Cent praktisch umdrehen muss, ich glaube, wenn der davon spricht, das man eh ein bisschen irgendwo sparen kann, dann ist das irgendwo so eine Art, wie soll man sagen, eine Beleidigung für die Betroffenen und wenn wir in einer Situation sind, und ich glaube, viele von euch haben persönlich Kontakt mit Menschen, denen es nicht so gut geht. Ich habe als Bezirksvorsteher die Gelegenheit gehabt, sehr viele solche Kontakte zu haben und ich habe auch jetzt wieder zum Energiebereich ein Gespräch geführt und wenn man da hört, dass wir vor einer Situation stehen, wo Automaten für Heizung und für Strom wieder aktuell werden, wie man es eigentlich gedacht hat, dass es so etwas nicht mehr gibt, wo es immer mehr Menschen gibt, die im Tag ein paar Euro einwerfen, damit sie für einige Stunden vielleicht Wärme oder so etwas haben, ich glaube, da ist es höchst an der Zeit, dass wir da eine ehrliche Diskussion führen und dass man auch dann bei den Budgetverhandlungen auch diesen Worten, die wir heute hier gehört haben, Taten folgen lässt. Ich bin felsenfest davon

überzeugt, dass eine Rasenmäherpolitik für Budgetfragen sicherlich, das ist für mich unvorstellbar, dass man so etwas machen kann und dass es das Ziel der Budgetpolitik sein muss, Defizite, die vorhanden sind, irgendwo auszugleichen. Und ich wünsche mir, dass nach diesen grundsätzlichen Redebeiträgen jetzt der Antrag positiv abgestimmt wird und dass dann auch bei den Verhandlungen diese Worte, die wir hier heute gehört haben, mit Taten belegt werden. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz um 16.55 Uhr.

6) Integration an Schulen/Vorlage eines Konzeptes

GRin. **Meißlitzer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Integration an Schulen hat nach wie vor Aktualität: Dies nicht zuletzt deshalb, da es nach wie vor städtische Pflichtschulen gibt, in denen ein überproportionaler Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache unterrichtet wird: Speziell in den Bezirken Gries und Lend gibt es Klassen, in denen nur wenige Kinder Deutsch als Muttersprache haben. Entsprechend schwierig gestalten sich die Rahmenbedingungen für den Unterricht. Und seitens der Politik gibt es wenig bis keine Unterstützung für diese Schulen: Denn nur darauf hinzuweisen, dass dies eben Viertel mit einem äußerst hohen Anteil an aus dem Ausland zugewanderten MitbürgerInnen wären, dass hier die Wohnungspolitik „versagt“ hätte, ist aus meiner Sicht schlichtweg eine Bankrotterklärung. Weder die LehrerInnen noch die Kinder oder die Eltern können darauf warten, dass irgendwann einmal die Wohnungspolitik für eine andere „Verteilung“ von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache sorgt. Natürlich wäre dies wünschenswert – aber erstens braucht eine solche Entwicklung

sicher Jahre bis Jahrzehnte, und darüber hinaus wäre es auch naiv zu glauben, dass es auch in Zukunft nicht Stadtviertel mit höherem Anteil von aus dem Ausland stammenden MitbürgerInnen geben wird.

Umso mehr wäre in Hinblick auf eine Unterstützung für die Schulen die zuständige Schulstadträtin gefordert, und ebenso natürlich der für die Integration zuständige Bürgermeister – und zwar jetzt. Und Vorschläge, wie die Rahmenbedingungen an den betroffenen Schulen verbessert werden könnten, um einerseits die Unterrichtsmöglichkeiten auszuweiten und andererseits diese Schulstandorte schlussendlich damit auch für Grazer Eltern wieder attraktiver zu machen, gibt es ja.

Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Mehr Geld für Unterrichtsmaterialien und Projektunterricht – etwa durch Anhebung der autonomen Mittel für diese Schulen. Denn gerade an diesen Standorten gibt es üblicherweise auch keine finanzkräftigen Elternvereine, die anderswo diesen Bedarf abzudecken in der Lage sind.
- Flächendeckende Angebote für Nachmittagsbetreuung mit Lern- und zusätzlicher Sprachförderung.
- Mehr LehrerInnen, damit in möglichst kleinen Klassen und viel in Kleingruppen beziehungsweise mit individueller Förderung gearbeitet werden kann.
- Ziel muss sein, dass alle Kinder bei Schuleintritt bereits gut Deutsch sprechen können. Die Mittel für das Projekt „Spielerisch Deutsch lernen“ sind daher aufzustocken. Zusätzlich zu diesen Kursen, die derzeit vom Verein Danaida angeboten werden, wäre es sinnvoll, auch die vorschulische Arbeit in den Kindergärten diesbezüglich zu unterstützen. Danaida arbeitet derzeit unterstützend nur in wenigen Kindergärten, die Nachfrage ist viel größer als derzeit finanziert wird.
- Ein verpflichtendes Kindergartenjahr für alle Kinder vor Schuleintritt
- Das Projekt „Mama lernt Deutsch“: parallel im Kindergarten und in Schulen für Mütter angebotene Deutschkurse, ergänzt mit Elternbildungsinhalten.
- Projekte wie zum Beispiel das Programm „Hippy“ für bildungsferne Familien, wie dies in Israel vor Jahrzehnten entwickelt wurde und das über einen längeren Zeitraum hinweg ein mal pro Woche Einzelarbeit mit Müttern von Vorschulkindern vorsieht; oder die Ausweitung des Projektes „Familien lernen

im Grazer Westen“, das von ISOP angeboten wird und seinerzeit über Urban mit EU-Geldern gestartet wurde, das jedoch jetzt vor großen Finanzproblemen steht.

Das sind, wie gesagt, nur exemplarisch aufgezählt einige Möglichkeiten, die zur Verfügung stünden, die Integration an Schulen qualitativ zu verbessern. Dazu bedarf es aber dringend eines Gesamtkonzepts durch die zuständigen Ressortverantwortlichen - doch dieses Gesamtkonzept fehlt. Und angesichts der bevorstehenden Budgetverhandlungen wäre gerade jetzt ein solches Konzept dringlichst notwendig. Denn mit dem ständigen Querverweis auf die Wohnungspolitik ist niemandem geholfen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag,

die für das Schulressort verantwortliche Stadträtin Mag.^a Eva Maria Fluch und der für Integration ressortverantwortliche Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl mögen beauftragt werden, bis Anfang November gemäß Motivenbericht ein Konzept „Integration an den städtischen Pflichtschulen“ dem Integrationsausschuss und dem Bildungsausschuss in einer gemeinsamen Sitzung vorzulegen und nach den Beratungen in diesen Ausschüssen dieses dem Gemeinderat in seiner Sitzung am 13. November zur Beschlussfassung vorzulegen, damit sichergestellt werden kann, dass die erforderlichen Budgetmittel bereits im kommenden Schuljahr zur Verfügung stehen (*Applaus SPÖ*).

StRin. Mag.^a **Fluch**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mir erlauben, meine Ausführungen wirklich zweizuteilen. Einerseits in einen sehr sachlichen Teil, der, denke ich, notwendig ist, weil es um ein wichtiges Thema geht und andererseits in einen Teil, indem es mir sicher nicht gelingen wird, die Emotionen auch zu zügeln, weil ich zugebe, dass ich enorm empört und enorm

verärgert bin, aber auf das komme ich zurück. Zuerst einmal zum Inhaltlichen. Ganz klar, es gibt ein klares Bekenntnis der ÖVP zur Integration, aus einer ganz, ganz wichtigen Themenstellung in einer Stadt, in der fast 140 Nationalitäten zu Hause sind und ganz klar, als Schulstadträtin weiß ich um die Problematik. Wobei die Problematik nicht ist, dass es Kinder mit nicht deutscher Muttersprache gibt, da lege ich als gelernte Lehrerin auch Wert auf präzise Formulierung, die Problematik ist, wenn Kinder beim Schuleintritt nicht ausreichende Deutschkenntnisse haben, um dem Unterricht folgen zu können und dann ein hoher Anteil von Kindern, die zu diesem Zeitpunkt keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben, in einer Klasse sitzen und damit sozusagen der Unterricht nicht in der Form stattfinden kann, dass Kinder in den vier Jahren einer Volksschule eine solide Grundausbildung bekommen. Soweit der sachliche und insofern ist das klar, es geht um ein wichtiges Thema. Ich persönlich habe auch nachgeschaut, ich habe im Jahr 1999 einmal einen dringlichen Antrag gestellt und habe damals etwas eingefordert, das mittlerweile unter dem Herrn Bürgermeister verwirklicht ist. Ich habe damals Zielgespräche zum Thema Integration eingefordert, weil ich gesagt habe, es braucht ein Gesamtkonzept und hier steigt mir das erste Mal sozusagen auch schon der Zorn hoch, denn in den vielen Jahren, in denen SPÖ-Verantwortliche das Thema Integration sozusagen in ihrem Ressort hatten, war es nicht möglich, dass es zu einem Integrationspaket kam oder auch ein Integrationsreferat eingerichtet worden wäre. Der Herr Bürgermeister Stingl, den ich persönlich sehr schätze, war 18 Jahre lang Bürgermeister, er hat sehr bewegende Worte auch zum Thema Integration hier in diesem Haus gefunden und sich sehr eingesetzt, eine wirklich zielgerichtete gebündelte Form von Maßnahmen gab es damals nicht und das war, wie gesagt, unter SPÖ-Führung. Wenn wir heute hineinschauen in das Regierungsprogramm von Schwarz/Grün, da gibt es ein sehr klares Kapitel, ein klares Bekenntnis zur Integration. Ich werde es mir jetzt sparen, noch einmal zu zitieren. Wir haben im Bildungskapitel, in diesem schwarz/grünen Regierungsprogramm klare Maßnahmen genannt, wichtige Maßnahmen genannt und darüber hinaus geschieht natürlich auch schon einiges. Ich nenne nur exemplarisch das Projekt „Wir sind Graz“, das momentan evaluiert wird, weil wir wollen, dass die an sich positiv aufgenommenen Maßnahmen noch besser zielgerichtet eingesetzt werden. Aber es geht weit über den Schulbereich hinaus, wir wissen, wenn wir von Übertragungswohnbauten reden, inzwischen heute nicht mehr in nur wenigen Stadtvierteln diese Übertragungswohnbauten haben wollen, sondern, dass wir bei

der Wohnungspolitik mehr Breite brauchen, auch das steht in unserem Regierungsprogramm. Und jetzt sage ich ganz ehrlich, es überrascht mich nicht, dass es seitens der SPÖ Abschreibübungen gibt, dass ich in einem Motivenbericht Dinge wiederfinde, die in unserem Regierungsprogramm sind, das sind wir gewöhnt, das haben wir in den vergangenen Monaten mehrmals erlebt. Sigi Binder hat das heute so irgendwo auch einmal so nebenbei schon angemerkt, da wurde ja auch ein ganzer Motivenbericht sozusagen wiedergegeben und unter SPÖ-Titel noch einmal vorgebracht. Das nehme ich mit einer gewissen Gelassenheit und Gutmütigkeit zur Kenntnis, weil wir wollen ja durchaus auch der Opposition zugestehen, dass sie lernfähig ist und vielleicht manche Dinge von uns gerne übernimmt, das ist in Ordnung, da habe ich nichts dagegen. Das was heute mit diesem Motivenbericht passiert ist, ist für mich aber wirklich eine Ungeheuerlichkeit. Denn was tatsächlich dahintersteht, ist, dass es ein Papier gibt, das im Integrationsreferat aufliegt, das eine handvoll Leute kennt, ich werde dem sicher auch noch nachgehen, wie es möglich ist, dass so ein Text, der nur wenigen Personen in diesem Detail bekannt ist, dann seitens der SPÖ wieder auftaucht, ein internes Papier insofern, als es sich dabei um einen ersten Entwurf handelt für einen Bericht, der diesem Gemeinderat vorgelegt werden soll und der Termin dafür ist ebenfalls bereits festgestanden, das ist nämlich der nächste Gemeinderatssitzungstermin. Und, wie gesagt, das eine ist, wenn eine Fraktion eine Abschreibübung macht, das eine ist, wenn einer Fraktion eigene Ideen fehlen. Ich finde es nicht mehr lustig, wenn in einem Bericht, der für dieses Haus vorbereitet wird, der in aller Ernsthaftigkeit dem Gemeinderat vorgelegt werden soll, über den hier diskutiert werden soll, wenn dieser Bericht sozusagen dann hergenommen wird und weil man gerade lustig ist, dann in einen dringlichen Antrag verpackt wird und dann wird man halt die schwarz/grüne Koalition ein bisschen ärgern und schauen, dass man sie vor sich hertreibt, das hat nichts mehr zu tun mit Abschreibübungen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Wer mir das nicht glaubt, den lade ich ganz, ganz herzlich ein, gleich im Anschluss mit mir zur Frau Köksal zu gehen; die Frau Köksal hat diesen Bericht, die hat dieses Diskussionspapier, das sie für den Herrn Bürgermeister, für den Herrn Integrationsreferenten, in der Stadtregierung vorbereitet hat, auf ihrem Tisch, das ist 1 : 1 übernommen. Wer mir das nicht glaubt, der möge bitte da mitgehen, das hat jetzt nichts mehr zu tun mit lustigen Spielereien, das hat nichts mehr zu tun mit Oppositionspolitik, das ist keine Sternstunde des Parlamentarismus, das ist nicht mehr Tricksen und Täuschen und Tarnen, das ist

eine Geringschätzung des Gemeinderates und deswegen lehnen wir die Dringlichkeit und den Inhalt ab. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir werden diesem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt zustimmen. Ich muss dazu sagen, ich finde das jetzt schon etwas überheblich von der Frau Stadträtin, lassen Sie doch auch andere mitwirken...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Sippel**: Geh bitte, das ist genau diese Überheblichkeit die ganze Zeit und das erleben wir heute schon die ganze Zeit und beim Budget ist es ja auch nichts anderes. Zum Inhalt, ich glaube, wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen, es gibt Probleme, es ist angesprochen worden von der Antragstellerin in dem einen oder anderen Bezirk, aber das ist zurückzuführen auf eine, das möchte ich hier auch schon deutlich auch erwähnen, auf ein jahrelanges Versagen in der Zuwanderungspolitik, in der Wohnungspolitik, das hängt natürlich alles zusammen und jetzt stehen wir hier zwangsläufig vor teuren Integrationsmaßnahmen, die bleiben nicht aus, das ist zu machen. Aber ich möchte auch schon hier eine Warnung aussprechen und zwar eine Warnung vor übertriebenen und vor unnötig teuren Integrationsmaßnahmen, weil wenn ich lesen muss in einer Wochenzeitung, dass Sie sogar Streetworker einsetzen wollen, die die Leute daheim aufsuchen, um Deutsch zu lernen, also dann muss ich Ihnen schon ganz ehrlich sagen, dann geht es hier doch um einiges zu weit, denn, und das möchte ich hier auch mit Nachdruck erwähnen, Integration ist und bleibt auch eine Bringschuld und wer nicht bereit ist, sich bei uns zu integrieren, Deutsch zu lernen in erster Linie, und natürlich müssen Deutschkurse angeboten werden, aber das ist ja auch in diesem Konzept vorgesehen, wer nicht bereit ist dafür, der soll dann auch bitte wieder nach Hause

gehen, also so kann es ja wirklich nicht sein. Was man auch als Beitrag der Freiheitlichen hier erwähnen kann und was wir vielleicht auch in diesem Konzept gerne berücksichtigt wissen würden, wäre das hessische Modell, und zwar Sprachtest für vierjährige Kindergartenkinder. Die Sprachdefizite müssen so früh als möglich erkannt werden und wenn das der Fall ist, dann tritt auch der Leitspruch, den wir in dieser Frage haben in Kraft, nämlich zuerst Deutsch und dann Schule. Die Kinder mit Sprachdefiziten sind aus unserer Sicht oder nach Möglichkeit in ein verpflichtendes Vorschuljahr zu geben, das heißt, erst dann, wenn die deutsche Sprache gesprochen wird, ist ein Eintritt in den Regelunterricht möglich oder soll erst dann möglich sein und das gilt nicht, solange die deutsche Sprache nicht gesprochen wird, dann muss eben das Vorschuljahr eben verlängert werden und das gilt auch für Quereinsteiger. Ich glaube, da profitieren alle Seiten davon, das sollte unserer Meinung nach auch in dieses Konzept Eingang finden. Deutschsprachige Kinder werden im Unterrichtsvorgang nicht mehr blockiert und für Zuwandererkinder bedeutet das auch im Endeffekt große Vorteile. Danke (*Applaus FPÖ*).

StRin. **Edlinger**: Kollegin Eva-Maria Fluch ist jetzt nicht da, eventuell geflüchtet. Ich halte es nämlich, gelinde gesagt, für eine ziemliche Unterstellung vor allem möglicherweise betroffenen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der städtischen Verwaltung gegenüber, wenn es geheißt hat, es ist ein nicht veröffentlichter Bericht, den nur ganz wenige haben (*Applaus SPÖ*), da könnte jemand herauslesen, dass vielleicht den Magistratsbediensteten unterstellt wird, das uns was zugespielt wurde, erstens, also das ist meiner Meinung nach auf alle Fälle klarzustellen, auch von der Stadträtin, dass sie hier ja nicht den Verdacht damit erheben wollte, dass ein städtischer Bediensteter oder eine städtische Bedienstete Informationen weitergegeben hätte. Das Zweite, ich habe es der Eva-Maria Fluch schon gezeigt, die wesentlichen Passagen dieses Antragstextes entstammen aus einem Mail, das ich geschrieben habe am 1. 10. um 8.33 Uhr als Reaktion auf den damaligen Artikel, den Mario Lugger in der Grazer Woche veröffentlicht hat. Insofern verlange ich, dass hier diese Unterstellungen, wir würden aus einem internen Bericht, ich habe nicht einmal gewusst, dass ihr einen habt, abgeschrieben haben, zurückgenommen werden und grundsätzlich mit ein bisschen Hirnschmalz merkt man nämlich, man

muss nicht von einem Bericht abschreiben, weil das sind alles in allem Punkte, die wir seit Jahren diskutieren und das Projekt Hippy zum Beispiel, das zitiert wurde, wurde natürlich auch mir als Sozialstadträtin vorgestellt, also bitte um Rücknahme dieser möglicherweise damit auch getätigten Verdächtigungen gegenüber den Bediensteten und eine strikte Zurückweisung, die ja in Wirklichkeit ins Lächerliche geht, weil das sind ja keine neuen tollen Entwicklungen, sondern wir diskutieren das seit Jahren, diese Projekte (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Irgendwie hätte ich schon ganz gerne, dass wir wieder auf eine sachliche Ebene kommt, aber der Wolfgang Riedler und die Elke Edlinger haben schon Recht, jetzt ärgere ich mich. Weil diese Abwertungen nicht aufhören. Also wenn ihr Grünen und ihr Roten ein bisschen mehr Hirnschmalz gehabt hättet dann, also es wird ununterbrochen unterstellt auf einer nicht politischen Ebene, sondern auf einer persönlichen Ebene und das bitte soll nicht der Stil in diesem Parlament werden (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Binder**: Kommunales Parlament natürlich, vielleicht ist das Ihnen nicht so geläufig, aber es ist ein kommunales Parlament. Also jetzt zum dringlichen Antrag...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Geistiges Defizit, Frau Kollegin.

GRin. **Binder**: Ich sage das nicht, das weiß ich nicht. Heute ist er ganz versöhnlich, der Herr Grosz und sagt, tut nicht streiten, na gut, weil heute hat er sich Schweigen auferlegt. Zum Antrag selber, der Antrag hat Bedeutung, das ist unbestritten. Ich tue mir nur schwer mit einem Motivenbericht, der Dinge unterstellt, die zumindest von uns nie gesagt wurden. Zum Beispiel, dass die Wohnungspolitik versagt hätte. Welche Wohnungspolitik sollte den versagt haben, dass im Bezirk Gries, im Bezirk Lend, in Eggenberg immer mehr Menschen aus anderen Herkunftsländern leben, da hat nicht die städtische Wohnungspolitik oder die Elke Kahr irgendwie ein Versagen auf sich genommen, ich wüsste nicht warum, die Wohnungspreise sind so wie sie sind und die geben die Realität für diese Menschen vor. Also, ich verstehe diesen Vorwurf zum Beispiel überhaupt nicht, ich verstehe den Vorwurf nicht, dass du, Edeltraud, sagst, es ist wenig bis keine Unterstützung für die Schulen da, das stimmt so nicht. Einiges ist gesagt worden von der Frau Stadträtin, nicht noch gesagt worden ist, dass wir heuer eine große Initiative mit der Schulsozialarbeit gerade in diesen Bezirken gestartet haben und wir versprechen uns da sehr viel davon. Nie und nimmer hat irgendeine grüne Gemeinderätin oder ein grüner Gemeinderat auch nur ansatzweise vom Verteilen der Kinder gesprochen über die Stadt, steht aber irgendwie hier, für andere Verteilung von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache, ich weiß nicht, was du damit meinst, Schulen vor Ort sind für die Kinder vor Ort, aus und Punkt, da brauchen wir gar nicht drüber reden. Warum ich mir noch so schwer tu bei dem Antrag ist, dass er an sich nicht beschlussfähig aufbereitet ist. Zum Beispiel mehr Lehrerinnen, das ist nicht Sache der Stadt, aber wie du auch weißt und viele andere hier herinnen auch, wir haben uns vorgenommen, gerade diesbezüglich eine Initiative zu setzen, ist auch nachzulesen. Wenn es Klassen gibt, die mehr als 50 % Kinder mit nicht deutscher Muttersprache haben, dann soll jedes weitere Kind doppelt zählen, das heißt, das würde die Klassenschülerzahlen ziemlich runtersetzen. Was notwendig ist, sind Doppelbesetzung von Lehrer und Lehrerinnen, was notwendig ist im Grund genommen, ist keine Selektion im Mittelstufenbereich, das sehen wir anders als zum Beispiel die Frau Stadträtin. Wir sind für eine gemeinsame Schule der 6- bis 15-Jährigen, wenn es nach mir ginge, noch weiter hinausgehend. Also, es muss strukturell angesetzt werden, das geht über Petitionen, das geht über Parteienverhandlungen mit anderen Körperschaften, da sind uns die Hände gebunden. Wir haben jene Punkte, die hier angeführt sind im Motivenbericht, die unbedingt gefördert werden sollen, haben wir Schwarz auf Weiß,

wir haben sie festgehalten, wir haben die Dinge budgetär festgehalten und die Frau Stadträtin hat gesagt, am 13. November kommt dann dieser Bericht. Und ich glaube, dass mit der Errichtung oder mit der Installierung des Integrationsreferates ein enormer Schritt weitergegangen ist 2005, ein enormer Schritt, ein klares Bekenntnis unserer Stadt und der Politik zur Integration. Trotzdem unterstützen wir die Dringlichkeit dieses Antrages, er ist wichtig, allerdings inhaltlich ist fast alles fertig, Schwarz/Grün schafft das (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Meißlitzer:** Ich bedanke mich vorerst, dass die Dringlichkeit doch angenommen wurde. Sigi, bei dir möchte ich mich bedanken, dass du die Bedeutung des Antrages doch anerkannt hast. Ich habe in meinem Antrag aber weder der Elke noch der städtischen Wohnungspolitik einen Vorwurf gemacht, sondern generell die Wohnungspolitik angesprochen, die natürlich auch mit den Preisen zusammenhängt, keine Frage. Und wenn du sagst, Schulsozialarbeit ist jetzt initiiert worden, Schulsozialarbeit hat es und du wirst...

Zwischenruf GRin. Binder: Ihr habt es ja abgeschafft.

GRin. **Meißlitzer:** Und warum haben wir es abgeschafft?

Zwischenruf GRin. Binder: Weil das Geld nicht da war.

GRin. **Meißlitzer**: Eben, und weißt du was, Sigi Binder, weil es damals keine Mehrheiten dafür gegeben hat für solche Einrichtung...

Zwischenruf GRin. Binder: Aber natürlich, wir haben gegen die Schließung gestimmt, die KPÖ...

GRin. **Meißlitzer**: Und außerdem hast du gesagt, ich wäre für die Verteilung der Schulkinder, ich bin nicht für die Verteilung der Schulkinder ich bin schon lange genug drinnen und du weißt, wir haben genug diskutiert darüber, sondern ich bin dafür, dass man richtige Rahmenbedingungen setzt, um diesen Klassen die Unterstützung zu geben, die sie brauchen und zusätzliche Lehrkräfte auch dort hineinzugeben, da brauchen wir uns nicht auf den Bund hinausreden, sondern da gibt es auch Maßnahmen, die die Stadt setzen kann und ich freue mich einfach, dass du inhaltlich doch mit mir übereinstimmst und andererseits, wenn jemand sagt, so wie die Frau Stadträtin Fluch, dass diese Punkte, die da sind, ganz neue Forderungen sind und dass es da schon ein Papier gibt, also ich kann mit reinem Gewissen sagen, dass ich weder abgeschrieben habe, noch dass ich das Papier kenne, noch dass ich auch nur mit irgendeiner Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter aus diesen Ämtern gesprochen habe. Denn diese angeführten Punkte sind ja keine neuen Forderungen, die gibt es bereits teilweise und es geht in meinem Antrag darum, diese Punkte budgetär zu sichern, beibehalten und ausbauen und es geht hier um...

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

GRin. **Meißlitzer**: Weißt was, Sigi, es geht hier darum, dass es anscheinend nicht möglich ist, budgetäre Mittel so genau zu fixieren, dass sie dorthin kommen, wo sie gebraucht werden und ich finde, solche Unterstellungen im Gemeinderat zu tätigen, das ist eine Ebene, die der Gemeinderat nicht verdient (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit dem Herbst 2005 haben wir ein Integrationsreferat, seit dieser Zeit arbeitet auch die Frau Köksal wirklich fleißig und emsig daran, erstmals für den Grazer Gemeinderat eine Konzeption zu entwickeln. Wir haben immer schon gewusst, dass die Integrationsarbeit eine ist, die als Querschnittsmaterie alle betrifft. Es ist uns Gott sei Dank gelungen in den letzten Jahren auch, und das haben wir uns eh schwer herauschneiden müssen, Mittel zusätzlich aufzubringen und es gäbe genügend Arbeit auch für die anderen Ebenen, sei es der Bund oder auch von Landesseite und wir müssen in vielen Bereichen immer wieder einspringen. Ich sage schon dazu, es ist ein bisschen verwunderlich, dass hier gewusst wird de facto, oder wir haben es eh schon gesagt, nächstes Mal im Gemeinderat wird erstmals ein solcher Bericht gebracht, Passagen aus der Vorbereitung, wie auch immer, tauchen da jetzt wortident auf, das macht manches Fragezeichen. Mir ist es aber wichtig, dass wir, ...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ist in Ordnung, kann man auch tun, ich habe es jetzt auch so formuliert, wie es, glaube ich, formuliert werden soll. Faktum ist, es braucht niemand mehr mittels dringlichem Antrag ein paar Wochen vorher schnell im Gemeinderat etwas beantragen, was seit mittlerweile, nicht ein paar Wochen, sondern seit zwei Jahren konsequent erarbeitet wird und sobald ein Geld da war, auch mit Leben erfüllt worden ist und diese Geschichte gibt es im nächsten Gemeinderat. Das hat dann Premiere, dann beschließt nämlich der Grazer Gemeinderat zum ersten Mal ein

Integrationspaket und das soll fortgeführt werden, das soll evaluiert werden und ich kann nur alle anderen Stadtsenatsmitglieder einladen, die in der Querschnittsmaterie mit dabei sind, dass wir gemeinsam arbeiten, weil da wird uns noch ein ordentliches Stück Arbeit erwarten. Wenn ich in so manche Schulen schauen, in so manche Kindergärten, in so manche Wohnsiedlungen, und da bitte ich auch, weil das da gefallen ist heute von der FPÖ jetzt, so quasi wir schicken Streetworker, ich weiß nicht, wo das herkommt, bitte auch nicht alles, was irgendwo in einem Medium steht, übernehmen. Das was wir im Integrationsreferat vorbereiten und wo wir freiwillige Menschen gesucht haben ist, dass wir eine Art Siedlungsmediation schaffen. Sehr oft ist es nämlich so, dass gerade in einem Haus oder in einer Siedlung Missverständnisse und Probleme entstehen und immer größer werden, das du dann auch auf Grund der Sprachbarrieren gar nicht lösen kannst. Das heißt, die Leute reden nicht miteinander, der eine ärgert sich, dass es zu laut ist, der andere, dass er gerade was nicht wegräumt und die Kinder nicht folgen, es sind oft diese Kleinigkeiten, die das langsam, aber sicher aufwiegeln und da haben wir nach Menschen gesucht, und zwar jeweils zweisprachig, dass, wenn, ich sage jetzt eine Hausnummer, wenn jemand aus Afrika Probleme mit einem Österreicher oder umgekehrt, dass wir dann jemanden mit der Sprache aus Afrika und mit einer ÖsterreicherIn zwei Leute hinschicken, die sagen, jetzt nehmen wir einmal auf, wo sind die Probleme, dann sind wir auch als Dolmetsch da und als Mediatoren versuchen wir das zu lösen. Das ist ein Start, mit dem wir beginnen, wir werden vielleicht sogar einmal ausdehnen müssen, wir haben es jetzt einmal mit Freiwilligen versucht, die auch die jeweiligen Kurse bekommen. Eines Tages wird es wahrscheinlich auch hier notwendig sein, dass wir Profis anstellen, die diese Aufgabe übernehmen. Das ist das, woran gedacht worden ist und das andere kenne ich nicht, ich möchte das jetzt einmal mit einem Fragezeichen versehen. In diesem Sinne bitte ich jetzt, dass wir über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

8) Arbeitsplatz- und Wirtschaftsinitiative

GR. **Kolar** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt in den, und ich habe jetzt sehr aufmerksam zweieinhalb Stunden hier zugehört, ich denke mir, manches ist nicht würdig in dem Haus, was da so abgehalten wird, Unterstellungen und sonst was und ich glaube auch, dass das freie Mandat und das Mandat hier im Gemeinderat, glaube, schon, auch dazu ermächtigt, dass man allein fähig ist, Anträge zu formulieren und letztendlich darzulegen, aber das ist nur so mein Selbstverständnis dazu. Wir haben heute viel darüber gehört, wie geht es den Menschen, wie geht es den Menschen in Graz, unter welchen Belastungen und unter welcher Armutgefährdung leiden sie und mein Antrag, unser Antrag aus der sozialdemokratischen Fraktion, rührt genau aus dieser Ebene heraus. Viele haben mit uns in den letzten Tagen und Stunden Kontakt aufgenommen in meiner Fraktion und, ich nehme auch an, in den anderen Fraktionen, sind diese Menschen zu uns gekommen und haben gesagt, was machen wir jetzt eigentlich? Es ist hier in Graz ein großer Wirtschaftsraum, ein Ballungsraum, der viele Möglichkeiten der Beschäftigung bietet und letztendlich hier gibt es große Probleme. Das war der tiefere Hintergrund dieses Antrages und ich darf nun zum Motivenbericht kommen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Dass kurz nach der Kündigung von 900 MitarbeiterInnen nunmehr weitere 2600 Magna-Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt werden, ist für den Wirtschaftsstandort Graz ein äußerst ernstzunehmendes Signal – immerhin sind allein im Jahr 2007 über die Kommunalsteuer mehr als 91 Millionen Euro, und die sind heute ja auch schon im Finanzausschuss angesprochen worden, in die städtischen Kassen geflossen. Vor allem aber ist zu bedenken, welche menschlichen, das habe ich vorher kurz in der Einleitung angeführt, und existentiellen Schicksale hinter diesen Zahlen stehen. Zumal, geschätzte Damen und Herren, schon jetzt sichtbar ist, dass die Automobilkrise sich auf den gesamten Autocluster ausweitet - und in diesem Bereich sind steiermarkweit fast 40.000 Menschen in Beschäftigung und sehr viele davon im Bereich Graz und im Großraum Graz.

Umso mehr ist jetzt auch die Stadtpolitik gefordert, einerseits Unterstützung zur Bewältigung der aktuellen Krise zu bieten, vor allem aber andererseits auch, Wege zu finden, um den Wirtschaftsstandort Graz wieder und weiter zu stärken, um so in unserer Region Arbeitsplätze abzusichern beziehungsweise zu schaffen. Nicht zuletzt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Bankenkrise in den USA wie auch in Europa hat ja gezeigt, dass es in letzter Konsequenz offenkundig primär wieder die öffentliche Hand ist, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Garant dafür ist, dass hier der freie Fall der Wirtschaft letztendlich verhindert wird. So ist es geradezu symptomatisch, dass in den amerikanischen Bereichen, dem Mutterland der freien Wirtschaft und des Turbokapitalismus, nunmehr Banken von der staatlichen Obhut wieder aufgenommen werden müssen, dass letztendlich auch in England ähnliche Tendenzen vorherrschen, dass im gesamten westeuropäischen Bereich plötzlich die schützende staatliche Hand gefragt ist wie noch nie. Und ich sage das auch sehr bewusst, weil auch wir hier in diesem Hause sehr oft über die Privatisierung und private Dinge diskutieren und sie ansprechen.

Und auch im speziellen Fall Graz sehen wir die Notwendigkeit einer Hilfestellung durch die Politik, sprich durch die öffentliche Hand:

1. Um rasch Möglichkeiten auszuloten, kurzfristig Hilfen für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzubieten, wäre umgehend ein Job-Gipfel einzuberufen - bestehend aus den Mitgliedern der Stadtregierung, den Vertretern aus der Arbeitsmarktverwaltung, den Kammern, der Industriellenvereinigung und letztendlich auch der Arbeiternehmerinteressensvertretung.
2. Mittelfristiges Ziel muss natürlich sein, den Wirtschaftsraum Graz und Graz-Umgebung auf eine wesentlich breitere Basis zu stellen, meine Damen und Herren. Nicht umsonst haben viele Expertinnen und Experten bereits seit Jahren davor gewarnt, dass die Konzentration auf primär einen Cluster insofern gefährlich sei, als ja gerade die Automobilindustrie konjunkturellen Schwankungen extrem unterworfen ist. Deshalb sollte es Ziel sein, Alternativen zu suchen und neue Cluster anzudenken, etwa im Bereich der Gesundheit, Umwelt oder Biomedizin, es gibt auch noch andere Themen, die

ich hier nicht angeführt habe. Das wären Bereiche, für die unsere Region - als Universitäts- und Fachhochschulstadt - überaus gute Voraussetzungen hätte. Um Wege in diese Richtung zu finden, bedarf es natürlich der Einbindung vieler ExpertInnen sowohl aus der Wirtschaft als auch aus dem Bildungsbereich.

Nicht zuletzt steht und fällt ein Wirtschaftsstandort naturgemäß auch mit seiner Attraktivität für Unternehmen. Wobei die sogenannten „weichen“ Standortfaktoren gegenüber der direkten materiellen Unterstützung immer mehr den Vorzug erhalten. Zu diesen „weichen“ Standortfaktoren zählt eben auch die Art und Weise von Genehmigungsverfahren. In diesem Bereich hätte es die Stadt Graz durchaus - ohne Mehraufwand - selbst in der Hand, für eine deutliche Initiative zu sorgen, indem etwa ein serviceorientiertes Ansiedlungsmanagement entwickelt wird wie etwa in Brandenburg, und in Brandenburg ist mit diesem Modell eine 40%-ige Betriebsansiedlungssteigerung zustande gebracht worden, und in allen Bereichen dieser Betriebsansiedlung hier mit der involvierten Fachabteilung sich zusammensetzen und hier für eine neue Form dieser Möglichkeiten zu sorgen.

Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der Bürgermeister der Stadt Graz wird ersucht, gemäß Motivenbericht einen Job-Gipfel zu initiieren, bei dem unter Mitwirkung der Mitglieder der Stadtregierung mit VertreterInnen, wie vorher angeführt, der Arbeitsmarktverwaltung, der zuständigen Kammern, der Industriellenvereinigung, letztendlich des ÖGB Hilfeleistungen für die von der aktuellen Krise in der Automobilindustrie betroffenen Beschäftigten ausgelotet werden sollen.
2. Der Bürgermeister der Stadt Graz wird ersucht, einen Beschäftigungs- und Arbeitsmarkt-Ideenpool mit VertreterInnen des Landes, der Stadt Graz, der

Gemeinden des Bezirkes Graz-Umgebung, der Wirtschafts- und Arbeiterkammer und, wie eben gesagt, dieser Bildungseinrichtungen, Universitäten und Fachhochschulen zu initiieren, in dem neue Chancen und Möglichkeiten für den Wirtschaftsstandort Graz und für die Schaffung zusätzlicher Cluster entwickelt werden.

3. Die Magistratsdirektion wird beauftragt, das Modell eines serviceorientierten Betriebsansiedlungs- und Betriebserweiterungsmanagements zu entwickeln, das darauf abzielt, dass gemäß Motivenbericht ein „Wirtschaftstisch“ mit SpitzenrepräsentantInnen aller mit Standortfragen beziehungsweise Verfahren beteiligter Magistratsabteilungen unter Koordination der Magistratsdirektion und unter Beiziehung der GBG eingerichtet wird, um bei Betriebsansiedlungen beziehungsweise Erweiterungen raschest offene Fragen und Notwendigkeiten abzuklären und damit eine effiziente Bearbeitung der Verfahren zu gewährleisten.

Ich ersuche noch einmal, wie in meiner Einleitung begründet, die Sorgen und Ängste unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ernst zu nehmen und diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Geschätzte Damen und Herren, Herr Bürgermeister! Für unsere Fraktion darf ich sagen, dass wir der Dringlichkeit natürlich zustimmen, nachdem das Thema Arbeitsplätze und Wirtschaftsförderung und Wirtschaft natürlich ein dringliches ist. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung und liebe Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte! Ich gehe davon aus, dass die Dringlichkeit bei diesem Antrag zumindest aus zwei Gründen gegeben ist. Erstens, gerade angesichts der Weltfinanzkrise deren Ende, und vor allem auch deren weitere Entwicklung, ja nicht absehbar ist, ist die Dringlichkeit natürlich gegeben. Vor allem auch, weil es hier ja darum geht, dass diese Krise auf die sogenannte Realwirtschaft

überschwappen könnte. Darüber hinaus als zweiten Punkt ist es allerdings auch so, dass in den letzten knapp drei Jahren, also seit Beginn 2006, bereits über 3000 Arbeitsplätze bei Magna vernichtet wurden und von da her ist es in der Tatsache so, dass, wie es so schön heißt, die Politik ja bereits äußerst spät dran ist und gefordert ist, hier nach Vorschlägen, nach Lösungen zu suchen. Positiv in dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ist meines Erachtens sicherlich vor allem auch der Punkt, wo es darum geht, Alternativen zu suchen zum sogenannten Autocluster. Und es ist angesprochen worden, im Umweltbereich, im Gesundheitsbereich, in anderen Bereichen gibt es genügend zu tun. Wir müssen heute und können heute feststellen, der Kapitalismus in seiner neoliberalen Ausprägung ist dabei zu scheitern. Einer der Kernpunkte dieser neoliberalen Entwicklung war ja die Frage der Privatisierung, und hier müssen wir auch allerdings die Mitverantwortung der sozialdemokratischen Partei ansprechen, die bei der seinerzeitigen Puch-Privatisierung auch eine Rolle gespielt hat und das nunmehr dazu geführt hat, dass die Entscheidungsgewalt in einer kanadischen Konzernzentrale liegt und nicht mehr in der öffentlichen Hand. Gefragt sind heute also nun Maßnahmen, die den arbeitenden Menschen direkt zugute kommen und das sind meines Erachtens drei Punkte, die ich hier kurz erwähnen möchte und die sehr eng für mich auch zusammengehören. Das ist erstens eine Erhöhung der Kaufkraft, um die Binnennachfrage zu steigern. Also da sind natürlich auch gerade wieder die Gewerkschaften gefordert. Zweitens, es geht um die Schaffung beziehungsweise den Ausbau und die Stärkung eines öffentlichen Beschäftigungssektors, auch hier wiederum gerade in den Bereichen, die auch vom Antragsteller angesprochen worden sind, Umwelt, Gesundheit, Pflege, also das sind alles Bereiche, wo öffentliche Beschäftigung gefordert wird. Aber ich meine, es geht auch um den Bereich der Industrie und schließlich und endlich es geht meines Erachtens auch um tatsächliche Entprivatisierungen, Entprivatisierungen gerade im Banken- und Versicherungsbereich, aber auch wiederum hier im Bereich der Industrien. Zusammengefasst möchte ich sagen oder bereits vorweg nehmen, wir haben einige Kritikpunkte an diesem Antrag, wir glauben auch zum Beispiel, dass es zu wenig ist, Job-Gipfel und Ideenbörsen zu machen, sondern dass es um konkrete Maßnahmen geht, deren Finanzierung dann ja auch gesichert sein muss. Allerdings werden wir diesem Antrag, wie gesagt, sowohl der Dringlichkeit nach als auch dem Inhalt die Zustimmung erteilen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Die Politik kann spannend sein manchmal. Seitens der ÖVP verwundert mich, dass sie selber diesen Antrag eigentlich nur mit einem schönen Satz hier unterstützen und das nicht näher ausführt. Zur Dringlichkeit möchte ich ganz konkret Bezug nehmen. Ich möchte sagen, dass da einige Widersprüche natürlich klar sind für mich und wahrscheinlich für die Zuseher oder für die Bevölkerung auch. Wir bedauern die Reduzierung der Arbeitsplätze bei Magna oder eben Automobilcluster, wir wissen aber alle, wir selber können mit Ausnahme der einen oder anderen keine Autos bestellen. Die Stadt Graz kann da, sage ich einmal, nachfragemäßig kaum oder gar nichts machen. Wir können seitens der Kommune, wie es auch von den Vorrednern angeschnitten ist, die entsprechenden Rahmenbedingungen überdenken, die wir den Betrieben zur Verfügung stellen und da wurde natürlich richtigerweise genannt die Beschleunigung der Anträge, die bei den Behörden eingereicht werden, um die Betriebsführung zu verbessern oder neue Betriebe überhaupt zu ermöglichen. Ich denke mir aber, dass man sozusagen den großen Rahmen einmal schauen muss, und schauen muss auch hier eine entsprechende Linie, die blaue Linie, nachzuvollziehen, ob das, was eigentlich städtische Politik von Schwarz/Grün geleistet wird, überhaupt diesen Bedenken Rechnung trägt. Ich erinnere daran, und heute ist es ja mehrfach gefallen, der Individualverkehr wird massiv unter Druck gesetzt, die Frau Vizebürgermeisterin Rücker, sie ist leider momentan nicht da, hat auch bereits in einer Gemeinderatssitzung gesagt, dass sie für den Individualverkehr in dieser Funktionsperiode keinen Deut tun wird, ja und dann jammern wir drüber, dass jene produzierenden Betriebe, die Autos herstellen, dass es denen nicht gut geht, das ist doch wohl ein klarer Widerspruch zu dem da, was hier an Politik seitens der Stadt Graz vorgegeben wird (*Applaus FPÖ*). Das setzt sich aber fort im Energiebereich, wo die Grünen zum Beispiel als Koalitionspartner der ÖVP gegen weitere Flusskraftwerke an der Mur sind, gegen günstigen Strom, der sozial Bedürftigen, aber auch in Not geratenen Wirtschaftsbetrieben zur Verfügung gestellt werden könnte, wo jeder weiß, dass Energie eine knappe Ressource ist, wo wir gar nicht ausreichend Energie haben können, wenn wir nämlich, und da decken wir uns ja mit den Intentionen der Grünen, diese fossile Abhängigkeit, weil die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wegkommen möchten oder reduzieren möchten, von Wegkommen ist ja gar keine Rede. Das Dritte ist, bei Clusterbildung hängen wir mit einer Nabelschnur dran an jener Konzeption, die seinerzeit unter Landesrat Paierl

eingeführt worden ist und damals durchaus seine Berechtigung gehabt hat mit dem Automobilcluster; und sämtliche andere Clusterbildungen, die man natürlich zur Unterstützung gebraucht hätte, um eben konjunkturelle Schwankungen auszugleichen, um Arbeitsplätze weiterhin zuschaffen und die Stabilität in der Gesellschaft aufrecht zu erhalten, wurde eigentlich tunlichst verhindert. Ich denke daran, dass wir ohne Weiteres die Möglichkeit hätten, auch im Großraum von Graz, aber natürlich auch in der Obersteiermark einen Wald- oder Holzcluster einzuführen, da kommen dann gleich wieder die Grünen und regen sich auf über Feinstaubbelastungen, wo jeder weiß, das ist ein regenerativer Rohstoff, den man einsetzen kann, der auch der Bevölkerung zugute kommen kann. Es wurde auch seitens der Stadt Graz verabsäumt, hier in entsprechender Initiative mit dem Land Steiermark einen entsprechenden Medizincluster, der schon angeschnitten worden ist, auch entsprechend zu unterstützen, um hier wirklich für den südösterreichischen Raum, ich schließe da durchaus Kärnten und das südliche Burgenland mit ein, wirklich ein Kompetenzzentrum zu schaffen, wo nicht nur Akuttherapie betrieben wird, wo nicht nur Pflege betrieben wird, sondern auch entsprechende Forschung in diesem Bereich betrieben wird, weil wir alle wissen, dass es gerade jene Branche ist, die eines der höchsten Wachstumsraten auch weiter in den nächsten Jahren haben wird. Und was war seitens der Stadt Graz hier immer zu hören, ja eigentlich nur, was den größten Betrieb anbelangt, das LKH Graz, mit über 5000 Mitarbeitern immerhin, ja mein Gott man streitet um die Kanalgebühren ob das, was seitens des Klinikums Graz gezahlt wird, ob das nicht zu wenig ist. Das ist die verfehlte Politik, die jahrelang betrieben wird und wir brauchen uns über diese Zustände nicht wundern. Wir unterstützen aber selbstverständlich diesen Antrag der SPÖ, nicht weil er so stark zum Ausdruck bringt, welche Lösungsansätze hier betrieben werden, sondern einfach, weil er eine Plattform bildet, um über dieses Thema nachzudenken und konkrete Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ich hoffe allerdings auch, dass die Sozialdemokratie über die Jahre und Jahrzehnte hinzugelernt hat und hier wirklich lösungsweisende, zukunftsweisende Ideen mitbringt, wir werden unseren Teil beitragen. Ich erinnere dann, dass es seinerzeit unter Hannes Androsch jene Industriegruppe war, die seinerzeit die Fahrradproduktion an Italien verkauft hat und das sollte nicht diese Wirtschaftstheorie oder Wirtschaftspraxis sein, an der wir in Zukunft in Graz arbeiten möchten. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** zum Antrag: Es ist richtig, wir sehen uns einer Finanzkrise ausgesetzt, die droht, eine Wirtschaftskrise, und es ist Ziel der Grazer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, nicht nur auf den Automobilcluster zu setzen, sondern in die Breite zu gehen. Dazu haben wir im Koalitionsprogramm wirtschaftliche Stärkefälle definiert, Kreativbranche, die Ökotechnologie, die Humantechnologie zusätzlich zum Autocluster. Ich habe es heute schon erwähnt, in der Kreativbranche sind 30.000 Menschen beschäftigt und sie erwirtschaften 1,5 Milliarden Euro im Großraum Graz und stellen damit ein sehr wichtiges wirtschaftliches Potential dar, das wir auch mit der Bewerbung zur City of Design unterstützen wollen. Im Bereich Humantechnologie, in dem Cluster sind 56 Mitgliedsbetriebe mit 7.400 MitarbeiterInnen, vor fünf Jahren waren es erst 6.000, also auch ein sehr stark wachsender Bereich; und ein sehr großes Erfolgsprojekt unter den Stärkefeldern ist die Ökotechnologie, also Ökoworld Styria mit einem kräftigen Umsatzwachstum von 39 % gegenüber dem Vorjahr und Erschaffung von über 1000 neuen Arbeitsplätzen in einem Jahr ist die Ökoworld Styria Österreichs größtes und ein europaweit führendes Netzwerk im Bereich Ökotechnologie. Herr Mariacher, Sie haben wieder Ihr Lieblingsthema angesprochen, mir ist es eigentlich unklar, wieso Sie so auf diese Murstaustrufen stehen, wo Sie doch sonst an sich sehr gegen den Stau sind, was jetzt Verkehr betrifft und so, aber bei diesen Murstaustrufen, die kosten 200 Millionen Euro. Wenn man das in ein Konjunkturpaket investieren würde, in die Energiewende, in thermische Sanierungsoffensive, in Einsparprojekte, das wäre das, wo man wirklich bei den steigenden Energiepreisen entlastet und wo man auch massive Impulse in den heimischen Arbeitsmarkt setzt. Aus all diesen Gründen, weil wir glauben, dass wir sehr gut aufgestellt sind und sehr zukunftsweisende Cluster in und um Graz haben, werden wir dem Antrag inhaltlich nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Frölich**: Hoher Gemeinderat, lieber Antragsteller Willi Kolar! In wirtschaftlich schwierigen Zeiten gilt es, reale Projekte zu unterstützen, reale Produkte zu forcieren, und die Clusterbildung ist hier angesprochen worden. Die Wirtschaftsstrategie der Stadt bekennt sich zu Stärkefeldern, Stärkefeldern im Bereich Automotive, Ökotechnologie, Humantechnologie, es ist angesprochen worden, aber insbesondere auch die Kreativwirtschaft. Gestattest du mir, dass ich auf deinen Antragstext, der wirklich von dir ist, ein wenig eingehe und du nimmst es mir aber nicht persönlich. In der ersten Zeile ist die negative Entwicklung mit den Arbeitsplätze bei Magna erwähnt; ich darf dazu schon festhalten und das ist Faktum, dass von den 900 LeiharbeiterInnen, die hier in der ersten Tranche wieder freigestellt wurden, 90 % nahtlos wieder im Arbeitsmarkt untergebracht wurden, das hat den Aspekt, der Sprecher der Personalleasingunternehmen in der Wirtschaftskammer bestätigt, was 2.600 Kurzarbeitende betrifft, muss man dazu sagen, dass natürlich hier Bundesminister Bartenstein aus dem Arbeitslosenfonds einspringen wird mit fünf Millionen Euro und auch hier entsprechend versucht wird, abzufedern und zu lindern. Das sind natürlich Entwicklungen, wo wir als Stadt mitfahren mit einer überregionalen europaweiten Wirtschaftssituation, die schwierig ist. Und ich denke, wir können trotzdem mit ruhigem Gewissen sagen, dass wir als Drehscheibe, ein Beispiel, Kollegin Pavlovec-Meixner hat es erwähnt, Humantechnologiecluster, da haben wir mit Roche Diagnostics das Zugpferd hier in Graz. Wir bringen in Graz bitte 40 % der Wirtschaftsleistung der gesamten Steiermark, 40 Prozent, also ich kann Graz nicht losgelöst betrachten von steirischen regionalen Entwicklungen. Und der Humantechnologiecluster zusammen mit den Forschungseinrichtungen, und die sind alle in Graz, die TU, die Karl-Franzens-Universität, die Medizin-Uni, Fachhochschulen, Joanneum Research, die Kompetenzzentren, vor allem für angewandte Biokatalyse. Mit Stolz können wir sagen, all die, das sind 14.000 Arbeitsplätze, zwei Milliarden Umsatz wird dort gemacht, das ist eine Standortqualität und eine Standortsicherheit, die abseits des von dir erwähnten Automotivebereiches Sicherheit bietet und ich erwähne noch einmal Ökoworld Styria, weil es mir wichtig ist, auch hier zu sagen, ein Netzwerk, das als Jobmotor ersten Ranges dient. Da gibt es in diesem Netzwerk selbst Rahmenbedingungen, die sicherstellen Zukunftsradar, Jobbörse mit einzelbetrieblichen Unterstützungen, da funktionieren die Systeme, das muss man zulassen, das sind bewährte, reale Projekte, die aufgestellt sind und die genau in solche Zeiten, wie wir sie jetzt erleben, gut funktionieren müssen und von

einer breiten Basis getragen auch zugelassen werden müssen, dass hier gearbeitet wird. Ich möchte aber auch noch eines erwähnen, es ist sicher bekannt, dass wir zwei von drei K2-Superkompetenzzentren in Graz haben. Wir sind Österreichs größter Fachhochschulstandort, die Nachfrage kann in vielen Bereichen, ob ich jetzt bei Personalleasing bin, aber auch im Ingenieurwesen, in vielen Bereichen kann die personelle Nachfrage durch den Markt nicht gedeckt werden. Wir haben wissensintensive Betriebe in Graz als Spinoffs von den TUs, Spinoffs von den Universitäten, da können wir stolz sein. Und wenn ich heute denke, dass Steiermark 45.000 Arbeitsplätze in der Kreativindustrie, 78.000 im Bereich des Werkstoffclusters, da sind Dinge, wo wir zumindest einen 40-%-igen Anteil als Drehscheibe, als Universitätsstadt hier in Graz und im Großraum haben, wo sich ja 500.000 Menschen bemühen, diese Drehscheibe auch im Drehen zu halten. Also, ich glaube, wir sollten jene Instrumentarien, die da sind, und da bin ich auch bei deinem letzten Punkt deines Antrages, diese Serviceorientierung Genehmigungsverfahren, Betriebsansiedlungsmanagement, ja, das ist Thema der Wirtschaftsplattform am 30. September gewesen, da gibt es schon Termine, das ist ausgemacht. Die Dinge sind in Bewegung und die Dinge sind auf Schiene, darauf sollten wir schauen, dass diese Bewegung auch drinnen bleibt, daher keine Zustimmung zum Inhalt des Antrages, das Thema ist sehr wichtig, wie ich vorhin gesagt habe, aber thematisch ist der Antragstext mit versteckten Fakten, die so sich nicht darstellen, bestückt und deshalb stimmen wir dem Antrag so nicht zu. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte auch als Wirtschaftsreferent, der ich jetzt seit dem heurigen Jahr sein darf, auch dem Kollegen Willi Kolar sagen, dass ich schon einmal jetzt einen Kreis begonnen habe, um die Wirtschaftsstrategie der Stadt Graz nicht neu zu beginnen, sondern dort aufzusetzen, wo wir in den letzten Jahren schon erfolgreich auch gemeinsam unterwegs waren. Wirtschaftspolitik in einer Stadt mit über 190.000 Jobs zu betreiben und was zu bewirken, ist nicht einfach. Wir können nur mittel- und langfristig denken und das tut mehr als weh, wenn wir über Kurzarbeit nachdenken müssen. Ich habe Signale auch von anderen städtischen Betrieben, dass Ähnliches drohen kann, wir wissen alle, die Finanzkrise, Lebensmittelpreissteigerungen, Gaspreis, all diese Diskussionen verunsichern

Menschen und gerade dann sollten wir möglichst gemeinsam auch versuchen, den Menschen zu zeigen und ihnen zu erklären, dass wir da schon viel tun. Der Antrag, den du heute stellst, den werde ich nicht als Vorwurf in Richtung, Herr Bürgermeister, mach oder tu, weil wir tun vieles, ich habe auch Termine mit Magna schon vereinbart, versuche auch jetzt die Spitzen von Magna weltweit zu erreichen, das ist im Laufen, auch da wird es einen Termin geben, weil ich auch gerne diesem Gemeinderat und allen Damen und Herren in der Stadt sagen möchte, auf was wir uns da wirklich einzustellen haben. Wie rau der Wind wirklich sein wird, kann hier keiner wirklich abschätzen. Ich habe begonnen einen Wirtschaftsstrategiekurs, wo ich jetzt einmal vor einigen Wochen, gut vorbereitet durch die Wirtschaftsabteilung, moderiert von Mario Weiß, alle die im Wirtschaftsbereich mitgearbeitet haben, werden ihn kennen, er ist in Graz Tourismus ganz stark unterwegs, im Messebereich macht er die Moderation für viele Unternehmen und wir haben gesagt, wir versuchen, die Wirtschaftsstrategie der Stadt Graz nochmals zu überdenken und zu schauen, wo setzen wir Schwerpunkte auch in den nächsten Jahren. Es stimmt nicht, dass wir nur einen Cluster haben, aber wir sollten uns auch nicht nur auf Cluster konzentrieren und spezialisieren, wir sollten nicht vergessen, und da ist die Chance mit diesem Kreativbereich so groß. Man kann ein Unternehmen mit 30.000 Mitarbeitern haben, ich hätte manchmal lieber 2000 Unternehmen mit 15 Mitarbeitern, weil wir dann eben in Krisen auch nicht in dem Ausmaß betroffen sind, wie das jetzt auch kommen kann. Die Zulieferbetriebe, auch die Logistikbetriebe, haben ja immer zeitgleich die Probleme, wenn Magna wächst, wachsen sie auch überdurchschnittlich schnell mit und in die umgekehrte Richtung ist es dann auch dramatisch. Ich freue mich ja, dass wir, was Magna angeht, Ihnen demnächst auch einmal Zahlen präsentieren können, die Stadtregierung ist auch eingeladen bei Magna, damit man auch sieht, dass ein solches Unternehmen sozial verträgliche Maßnahmen sofort immer vorbereitet und auch die Menschen gar nicht kündigt, sondern einmal sagt, wir müssen schauen, wo es lang geht. Was ich mir wünschen würde ist, dass wir auch in der Automobilentwicklung verstärkt mit dem Land Steiermark, mit dem Bund, mit allen Fonds, die es gibt, in die Alternativenergien hineingehen, das Elektroauto in Graz wäre etwas, was da vom Band geht, was wir uns alle wirklich gut vorstellen könnten.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, auch mit Strom, und jetzt darf ich nur sagen, ich habe in der vergangenen Woche die ganzen Feuerwehren von Graz im Unternehmen AVL-List beieinander gehabt, es gibt ein zweimaliges Treffen aller 22 Feuerwehren von Graz, die 21 freiwilligen Feuerwehren und unsere Berufsfeuerwehr und wir haben uns speziell damit beschäftigt.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Freiwilligen, das sind freiwillige Feuerwehren, wir haben eine Berufsfeuerwehr in Graz Stadt und wir haben 21 freiwillige Feuerwehren, das sind die Betriebsfeuerwehren, die sind aber im Freiwilligenverband, sind freiwillige Organisationen. Also diese 21 Betriebsfeuerwehren plus die Berufsfeuerwehr haben gemeinsam nicht nur wieder das AVL-List-Gelände sich angesehen, das ja unglaublich gewachsen ist, und auch einmal wieder geschaut, wie kann man mithelfen, was heißt es wirklich bei einem Einsatz dort, sondern es war interessant, weil wir dort Vortragende hatten, die uns gesagt haben, wo geht die Automobilentwicklung hin, wird beim Löschen oder beim Aufschneiden eines Fahrzeuges wichtig sein hinkünftig, ob man mit der Schere hineinfährt in ein wasserstoffbetriebenes Fahrzeug und, und, und wir haben dort auch interessante Kennziffern bekommen im Vergleich, was bedeutet es, 100 Jahre gibt es das Elektroauto schon oder über 100 Jahre, aber wie schaut das heute aus. Wie viel Energie brauche ich für einen VW-Golf, wie viel Energie brauche ich für das letzte großartige schon angekündigte und hergezeigte Elektrofahrzeug, reines Elektrofahrzeug, und wie schaut es mit den Hybridfahrzeugen aus, und das war für mich schon sehr interessant zu sehen, dass die neuesten Golf-Dieselmotoren, die jetzt auch auf den Markt kommen, vom Energieeinsatz her de facto gleich viel

Energie brauchen wie ein Elektroauto. Dass es dann aber natürlich noch Unterschiede gibt, weil der eine keinen Auspuff hat und der andere schon, Feinstaub, etc. wird uns auch in Hinkunft beschäftigen und es steht fest, dass wir alle gemeinsam noch sehr viel Strom brauchen werden, falls man wirklich die Elektroautos verstärkt im städtischen Gebiet einsetzt. Wo dann der Strom herkommt, müssen wir noch diskutieren. Eines steht fest, wenn diese vielen Mobilitätswünsche auch auf anderen Kontinenten entstehen, haben wir die Antwort gleich auf dem Tisch, es wird leider Gottes und durchaus gegen meinen Willen und den Willen Österreichs noch mehr Atomkraftwerke geben, die diese Energie und diesen Strom auch produzieren werden und wir sollen uns sehr genau anschauen, was wir in Österreich auch noch an Alternativmöglichkeiten finden beziehungsweise auch in anderen Bereichen, Dämmungen und, und, und. Die Debatte beim Gas, die wir auch noch führen werden, da liegt eine große Chance drinnen. Summa summarum wollte ich nur sagen, ich würde mir wünschen, wenn wir mittel- und langfristig auch mit unseren Betrieben so im Gespräch bleiben, wie wir es tun, Cluster haben wir mehrere. Auch die überregionale Zusammenarbeit klappt sehr, sehr gut, weil mit den regionalen Entwicklungsvereinen jetzt im Schwerpunkt Verkehr, aber mit dem Land Steiermark den Schulterchluss zu schaffen, war gar nicht einfach, jetzt läuft es gut auf Schienen, aber im regionalen Entwicklungsverein war zum Beispiel auch gerade ein Arbeitsmarktprojekt sehr stark immer mit Graz-Umgebung, mit dem Land Steiermark, mit dem AMS usw. schon in Arbeit. Ich versuche, wie gesagt, aufzusetzen auf diese erste Strategieklausur, an der ungefähr 12 bis 14 Personen teilgenommen haben, ich habe da vor allem auch unsere städtischen Beteiligungen mithineingenommen, Günter Hirner und Bernd Weiß waren zum Beispiel für die GBG auch dabei und ich möchte diese Strategierunde, ich wollte die erste einmal in einem kleinen Kreis machen, damit ich mir selbst auch ein Bild machen kann. Ich darf jetzt schon alle Wirtschaftssprecher der Klubs einladen, dann auch hinkünftig in dieser Wirtschaftsstrategierunde wieder mitzuarbeiten. Ich werde dann auch auf dich, Herr Gemeinderat, zukommen. Soweit die viele Arbeit, die da auch von der Mag. Keimel und von vielen anderen Institutionen, unserem Handelsmarketing und, und, und geleistet wird, aber es schadet nichts, wenn wir auch in einer Gemeinderatssitzung wieder einmal darauf hinweisen, dass wir da nie müde werden dürfen, weil wir haben ja auch die Sozialdebatte heute schon ausgiebig gehabt und ich habe mir die Zahlen kommen lassen, weil bei dieser Debatte war ich nicht herinnen.

Wenn wir es nicht schaffen, dass Menschen Beschäftigung haben, dann werden uns die Sozialkosten weiter explodieren. Ich möchte Ihnen nur kurz zeigen, ich habe den Herrn Finanzdirektor gebeten, mir einmal die Liste zu geben, wie unsere Sozialkosten in den letzten Jahren explodiert sind. Es geht um die Behindertenhilfe und die Heime und die offene Sozialhilfe und um die Pflegehilfe. Allein in den letzten drei Jahren zwischen 2006 und 2008 haben wir eine Steigerung von 38 % beim Gesamtbudget, da sind nicht nur die verpflichtenden Teile drinnen, bei der Entwicklung der gesetzlichen Sozialausgaben haben wir eine Steigerung in sechs Jahren von plus 42 % gehabt und da wird das schon wahrscheinlich stimmen, ich würde die Zahlen nur gerne auf den Tisch kriegen, was der Herr Mag. Wippel uns und auch die Frau Stadträtin Edlinger heute angedeutet hat, sie hat einen Spielraum von 2,7 Millionen, aber sie weiß noch nicht, ob es ausreichen wird, das kann sowieso heute noch keiner wissen. Ich würde nur ganz gerne auch einmal mittelfristig eine Darstellung haben und bei der Entwicklung der gesetzlichen Rückersätze, und da bin ich dem Dr. Kamper dankbar, sieht man schon, dass wir auch da wieder draufgezahlt haben. Bei allen gesetzlichen Verpflichtungen, denen wir nachgehen, sind wir um 42 % in sechs Jahren gestiegen, der Rückersatz ist aber gesunken, im Jahr 2003 haben wir noch von den Gebietskörperschaften aus den gesetzlichen Sozialleistungen 71 % zurückbekommen, mittlerweile kriegen wir nur mehr 67 % retour. Das heißt, durch Gesetzesänderungen ist es da schon wieder gelungen, die Stadt Graz mit einem Unterschied von vier Prozent mehr zu belasten. Und wenn wir uns das alles sparen wollen, dass das weiter steigt, dass wir Menschen eine sinnvolle Arbeit auch geben und sie damit glücklicher sind, dürfen wir auch im Wirtschaftsbereich nicht müde werden, das heißt, der Wirtschaftsmotor muss weiterlaufen und ich bedanke mich bei allen, die mich dann auch da begleiten werden, dass wir möglichst vielseitig aufgestellt sind (*Applaus ÖVP*).

GR. **Kolar**: Ich gehe jetzt davon aus, dass grundsätzlich mein Antrag falsch verstanden wurde, weil der Antrag hat nicht darauf abgezielt, jetzt eine Aufrechnung, Abrechnung mit den Aktivitäten der Stadt Graz vorzunehmen, die im wirtschaftlichen Bereich laufen. Das war überhaupt nicht der Sinn des Antrages, das ist absolut völlig falsch verstanden worden. Ich weiß auch, und der Herr Bürgermeister hat es zum

Teil angeführt, dass es hier relativ viel Positives gibt und die Stadt Graz war ja noch unter Alfred Edler ein Motor in dem Bereich mit Gewerbe und Industriepark. Damals, wie hier die ersten Initiativen gesetzt wurden, die Stadt Graz hat ja einen guten Weg beschritten, dahingehend. Das war nicht das Thema, das Thema war, meine Damen und Herren, und ich will das jetzt nicht mehr zu ausführlich machen, weil die Entscheidungen sind ja letztendlich scheinbar schon klar. Das Thema ist die Angst, die Betroffenheit, die existenziellen Sorgen der Menschen, und wenn eine Stadtregierung mit diesen Ängsten so umgeht, dass sie letztendlich sagt, ok, wir sind alle gut und wir haben vieles auf Schiene, was ich hier ja unterstreiche, aber das nicht mehr ernst nimmt, was tagtäglich draußen vor der Tür passiert, dann tut mir das absolut weh (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Also, noch einmal, Dinge zu fordern, die wir ja machen, heißt ja nicht, dass wir den Menschen da draußen...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Lieber Wolfgang Riedler, was heißt Bürgermeister redet nicht, um es noch einmal zu erklären, die Dinge finden laufend statt.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Mit der Stadtregierung?

Bgm. Mag. **Nagl**: Nicht mit der Stadtregierung, sondern in erster Linie mit jenen statt, und das sage ich schon dazu, die Arbeitsplätze schaffen können, weil die brauchen

die Rahmenbedingungen und ich habe gerade gesagt, dass es einen neuen initiierten Kreis gibt, in dem hinkünftig auch die Wirtschaftssprecher aller Fraktionen vertreten sein werden. Wenn jeder in der Stadtregierung in seinem Bereich helfen kann, erwarte ich sowieso, dass er das tut, ganz egal, in welchem Bereich er seine Aufgabe hat (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Finanzkrise – Aussetzen des Stabilitätspakts

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute schon sehr viel über die Finanzkrise gehört, über die Wirtschaftskrise und was liegt näher, als auch in diesem Bereich hier einen Antrag einzubringen. Die weltweite Finanzkrise hat auch Auswirkungen auf die Stadt Graz, das haben wir auch heute schon im Finanzausschuss mitbekommen, dass wir durchaus unter Umständen davon betroffen sein können. Aber dass diese gesamte Krise heute noch überhaupt nicht im vollen Umfang abzusehen ist. Vor zwei Tagen plötzlich sind die Börsenkurse wieder in die Höhe gegangen, gestern waren sie wieder tief im Keller, das heißt, die ganze Thematik wird noch sehr lange uns beschäftigen. Es steht aber auch eines fest, dass die Notmaßnahmen des Bundes zu einem Ansteigen der Gesamtverschuldung Österreichs beitragen. Gleichzeitig steigt aber auch die Zinsbelastung in den Kommunen, in den Gemeinden und so auch in Graz.

In dieser Situation bringt ein Festhalten an den Kriterien des Euro-Stabilitätspaktes, dem Vertrag von Maastricht, und des damit verbundenen innerösterreichischen

Stabilitätspaktes schwerste Probleme mit sich, welche die Erfüllung unserer Aufgaben im Interesse der Menschen in der steirischen Landeshauptstadt erschweren.

Der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes Karl Aiginger und andere Experten treten deshalb für ein Absetzen des Stabilitätspaktes ein, damit alle Gebietskörperschaften die Möglichkeiten für Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft und der Konjunktur haben, also passt auch eigentlich zum vorhergehenden Antrag. Der Gemeinderat der Stadt Graz sollte diese Forderung unterstützen.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag :

Die Stadt Graz wendet sich mit einer Petition und der Forderung an den Bundesgesetzgeber, den innerösterreichischen Stabilitätspakt auszusetzen, solange das „Finanzmarktstabilitätsgesetz“ und das „Interbankmarktförderungsgesetz“ mit den darin vorgeschlagenen Notmaßnahmen im Ausmaß von insgesamt 100 Milliarden Euro in Kraft ist (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Gestatten Sie mir, bevor ich auf die Dringlichkeit eingehe einen Satz noch zum vorhergehenden Antrag und diese Worte möchte ich als zuständiger ÖGB-Vorsitzender für Graz sagen, nicht nur als Gemeinderat. Wir brauchen uns nicht wundern, wenn man so mit existentiellen Sorgen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umgeht, wenn dann die Politikverdrossenheit generell und auch in Graz immer größer wird, das nur als Anmerkung dazu (*Applaus SPÖ*). Zur Dringlichkeit dieses Antrages bezüglich Stabilitätspakets kann ich es kurz machen. Wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag zustimmen, wir haben vorab schon gehört, dass wir eine besondere Situation haben mit Finanzmarktkrise, mit der Situation bei Magna. Es geht nicht darum, dass wir eine zügellose Budgetpolitik machen und dem Tür und Tor öffnen, also will ich auch spezielle Wohlfühlprojekte ansprechen, ob mit oder ohne Haus, das soll es nicht sein, aber ich glaube, wir müssen uns ein bisschen einen Spielraum lassen, um für

diese Menschen, die jetzt immer größere Sorgen bekommen, Lösungswege anzubieten (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Wir haben heute Vormittag Finanzausschuss gehabt und natürlich hat das Thema auch dort Platz gegriffen. Was ich allgemein merke in Gesprächen mit Vertretern aus der Politik oder auch von der Gesellschaft allgemein ist, dass die Sorge sehr tief verwurzelt ist bereits, dass das Vertrauen sehr stark erschüttert ist, aber die Dimension der Krise noch in keiner Weise erkannt wird. Die Rettungspakete, die geschnürt worden sind weltweit in Amerika, aber auch in Europa haben zu einer situativen Beruhigung geführt, wenn man sich aber heute die Kurse allein anschaut in Tokio, in Frankfurt usw. wird man sehen, dass die Krise bei weitem noch nicht ausgestanden ist und noch vorgestern eine Umfrage von Lesern des Deutschen Handelsblattes gezeigt hat, dass 60 % glauben, der Tiefstand ist noch nicht erreicht. Das heißt, wir haben hier bei dieser Finanzkrise wirklich eine fundamentale Krise, der wir uns stellen müssen und ich sehe das mit ähnlichen Worten wie der Kollege Haßler. Wir müssen wirklich hier Sorge tragen, dass hier die Eintrübung der wirtschaftlichen Daten nicht nur zu einer Rezession führt, zu einer deutlichen negativen Wirtschaftsentwicklung, die nicht nur eine Nullentwicklung ist des Bruttoinlandsproduktes, sondern sogar ins Negative dreht, sondern dass wir wirklich Gefahr laufen, nicht über Tage, Wochen oder Monate, sondern die nächsten Jahre hier in eine Stagnation einzubrechen. Stagnation würde ich übersetzen allgemein als Kollabierung ganzer volkswirtschaftlicher Bestandteile oder Volkswirtschaften, das heißt nicht nur Auswirkungen im Finanzmarktbereich, nicht nur dass hier Kapital verbrannt wird an den Aktienmärkten, sondern wirklich Auswirkung auf die Realwirtschaft, Auswirkungen auf das täglich Leben der meisten von uns, die wenigen Finanzhaie, die von der ganzen Krise profitiert haben über Jahre, die werden wahrscheinlich ungeschoren davon kommen oder manchmal sogar seitens der Politik angeheuert werden als neue Sanierer, das ist eigentlich das Schäßige. Die Rechnung zahlen die Bürgerinnen und Bürger, die Rechnung zahlen auch die Gebietskörperschaften, sprich der Bund, das Land und die einzelnen Gemeinden. Und das ist eigentlich die Schweinerei, gestatte Sie mir diesen Ausdruck, der dieser Finanzkrise zugrunde liegt, dass hier wirklich die Last überwältigt

wird von einigen wenigen auf dieser Welt auf die breite Masse der Bürgerinnen und Bürger und auch in den Entwicklungsländern, auch die sollte man nicht vergessen, zu einer dramatischen Steigerung, der Hungersnot und des Elends führt. Auch das muss angemerkt werden. Ich denke daher, dass auch das kleine Graz, wenn man das so bezeichnen kann, seinen Beitrag leisten muss, um hier einerseits die soziale Frage nicht dramatischen Auswüchsen entgegenzusehen, dass man hier entsprechend einschreitet mit einem entsprechenden Masterplan, um hier das Allergrößte zu verhindern und zweitens entsprechende Investitionsmaßnahmen setzt, die Arbeitsplätze schaffen, die den Bürgerinnen und Bürgern, die hier in Graz oder im Umland leben, auch wirklich das Brot geben, hier weiterzuleben und existieren zu können und auch als Basis entsprechend die Familien auch zu fördern oder überhaupt ihnen eine wirtschaftliche Existenz zu geben. Dies ist wirklich eine Sondersituation, die das Budget betreffen wird, wo man hier und nicht nur in Graz im gesamteuropäischen Raum dann auch trachtet, die Maastrichtkriterien zu lockern, temporär zu lockern, darauf lege ich besonderen Wert, um hier die entsprechende Sicherung und Konjunkturprogramm anlaufen zu lassen, wie es uns eigentlich schon Bernhard Kenz bereits in den 30er-Jahren eigentlich gesagt hat, wie man es tun möchte. Das Versagen liegt in den vergangenen fünf bis sieben Jahren und das betrifft natürlich auch die letzte Funktionsperiode hier im Gemeinderat, wo eigentlich eine gute Konjunktur, eine gute wirtschaftliche Lage, ein gutes steuerliches Aufkommen nicht genutzt worden ist, um einerseits Schulden abzubauen beziehungsweise sich entsprechende Rücklagen zu bilden, um mit dieser Situation gewappnet zu sein. Schade drum (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Binder**: Dass dieser Antrag von der KPÖ eingebracht wird, zeigt wieder einmal mehr, hier ist einfach..., das sage ich jetzt nicht so locker, ja, wir haben auch in der vorigen Gemeinderatsperiode immer wieder gemerkt, zu diesen Themen gibt es eine Verlässlichkeit. Das nichts übersehen wird, was wichtig ist. Konjunktur und Rezession, das sind Dinge, die kennen wir seit der Industrialisierung, seit der Kapitalismus eben den Siegeszug eingefahren hat, so ist es eben. Aber ich habe zum Beispiel, das ist nicht fatalistisch, sondern das ist einfach eine Gesetzmäßigkeit. Und ich habe selber erlebt, wie die Papierindustrie in die große Krise gekommen ist,

da war ich Kind, bisschen ein älteres Kind und wie meine Eltern immer gezittert haben, die da drinnen gearbeitet haben, ob mein Vater noch seinen Arbeitsplatz haben wird im nächsten Monat als Hilfsarbeiter, damals hat das so geheißen und meine Mutter als Putzfrau. Also insofern muss ich sagen, kann ich diese jetzige Krise nicht nur gut verstehen, sondern sie trifft mich immer wieder und löst auch immer wieder alte Ängste bei mir aus. Allen EU-EuphorikerInnen und all jenen, die die EU ablehnen, möchte ich sagen, erstens einmal, im vorgelegten EU-Vertrag ist der freie ungezügelter Markt, und das ist nicht nur der Gütermarkt, sondern auch der Finanzmarkt, der freie ungezügelter Finanzmarkt festgelegt worden, Auswirkung dessen haben wir jetzt und das Zweite, und trotzdem brauchen wir gerade jetzt die EU. Denn, und da wird es dann ja noch eine inhaltliche Diskussion geben, denn ohne EU-Regelungen und Regelungsmechanismen werden wir diese Krise nicht schaffen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 18.20 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf den Vorsitz an Kollegen Rüscher übergeben und mich namens meiner Fraktion zu Wort melden. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Kollegen! Wir haben da einen dringlichen Antrag vor uns liegen, zu dem ich gerne einiges sagen würde, nachdem ich seit vielen Jahren auch im Finanzausgleich, im österreichischen, immer mitverhandelt habe und mitverhandeln darf, wir haben dieses europäische Stabilitätskriterium und selbstverständlich gibt es dann auch auf ein EU-Mitgliedsland seine Auswirkungen. Und wenn Österreich in der Maastrichtüberlegung einen Gesamtschuldenstand bei diesem Europäischen Stabilitätspakt nicht mittut, dann treffen uns Sanktionen. Dass natürlich auch dann der Finanzminister jeweils in den Finanzausgleichsverhandlungen sagt, wir können das nur als ein Gesamtpaket betrachten, was wir da verhandeln, ist auch klar, weil die Summe der Schulden zählen und nicht nur das, was die Republik Österreich ausgibt. Wir wissen, dass gerade die Gemeinden auch in den letzten Jahrzehnten immer zwischen 70 und 75 % der

Investitionen im öffentlichen Bereich gemacht haben und ausgemacht haben, obwohl der Großteil der Nutznießer dann wieder der Bund war. Wir haben also nie so viel von diesen Investitionen zurückbekommen wie der Finanzminister selbst. Ich persönlich bin aber trotzdem ein großer Anhänger, dass wir dieses Paktum nicht außer Kraft setzen, es gibt in einer Volkswirtschaft unterschiedliche Möglichkeiten einzugreifen. Ich hoffe, dass die Republik Österreich bald eine Regierung haben wird, die kann dann durchaus auch mit neuen Steuergesetzgebungen, mit Entlastungen, mit anderen Konjunkturpaketen helfen, weil das, was mich an der ganzen Finanzkrise schon stört, dass man uns mehrfach oder letzten Endes vieles schon über den Tisch gezogen hat, indem man zuerst einmal gesagt hat, wir haben New Economy, sind lauter Firmen da, die bringen wir an die Börse, zum Schluss stellt sich heraus, dass das nicht new war und schon gar nicht Economy. Das war das erste Mal, das schon einmal viel abgeschöpft worden ist. Das zweite Mal, in dem man uns dann Immobilien verkauft, die Gemeinheit ist ja, wenn man es strategisch betrachtet, was passiert, wenn du bei deinen Aktien, bei deinen Fonds drinnen warst und draufgezahlt hast und sagst, dann gehen wir wenigstens in Immobilien, dann wurden uns Immobilien, die auf Luft gebaut sind, verkauft und da wurden wiederum viele abgeschöpft. Jetzt verkauft man uns dann auch noch Schuldscheine und anderes, die de facto auch nicht zurückbezahlt werden, das summiert sich jetzt, letzten Endes muss auch der mit dran glauben, der gar keine Papier gehabt hat, weil jetzt wird es dann auf den Staat abgewälzt. Und da verstehe ich den Ärger von uns allen, auch den der Bürgerinnen und Bürger auf der Straße, die sagen, wie kommen wir jetzt dazu, dass dann noch vielleicht auch die, die diese strategischen Betrugereien gemacht haben weltweit, nicht einmal mehr zur Kasse gebeten werden oder auch nicht verurteilt oder bestraft werden für das, was sie getan haben, noch dazu in diesen Höhen. Unabhängig von diesen Überlegungen glaube ich oder unter Beibehaltung dieser Überlegung denke ich mir, sollte der Staat jetzt auch etwas nicht tun, nämlich sagen, wir, die wir schon alle so verschuldet sind in Österreich, nimm die Stadt Graz her, nimm das Land Steiermark her oder diese unglaublichen Zahlen, du kannst nicht einmal so weit zählen, jemand hat zu mir gesagt, man braucht, glaube ich, 65 Jahre, wenn man bis 700 Milliarden zählen will, also müsste man das ganze Leben lang nur zählen, damit man einmal eine Vorstellung kriegt, um welche Dimensionen es geht. Jetzt haben wir nicht nur Milliarden, jetzt haben wir Billionen und, und, und, und das Ganze in den neuen

Währungen mal 10 oder 14 oder 12, je nachdem, welche Wechselkurse gerade da sind. Also unglaubliche Dimensionen und wenn wir jetzt auch noch hergehen und sagen, wir machen ohne Ende Schulden und wir lassen wieder allem freien Lauf, dann glaube ich, tun wir was Ähnliches und deswegen bin ich eigentlich nur für die Dringlichkeit, dass wir da was tun müssen, dass wir gemeinsam auch mit dem künftigen Finanzminister oder dem auch derzeitigen Finanzminister, so lange die Regierung nicht da ist, schaut, wo geht das hin. Das 100-Milliarden-Paket in Österreich mit 15 Milliarden Direktfluss und 85 Milliarden als Sicherung möge nicht greifen. Ich weiß nicht, was für Leichen noch im Keller sind, ich weiß nicht, was nach einer amerikanischen Wahl vielleicht noch alles zutage tritt und, und, und, das wissen wir alle nicht, aber wir sollten jetzt einmal dankbar sein, dass dieser erste Schritt gelungen ist und dass zumindest einmal wieder beruhigt wird. Weil eines möchte ich schon sagen, es gibt so etwas wie die selbsterfüllende Prophezeiung, wir können und jetzt auch alle wirklich ganz depressiv verhalten und sagen, die Krise wird noch größer werden, es wird fürchterlich werden, dann wird selbstverständlich auch von allen Bürgern noch mehr Kaufzurückhaltung da sein, wo sie sparen sollen, wissen sie mittlerweile eh schon kaum mehr, ob sie es in Gold anlegen sollen und, und, und, also dieses komplette Krisenszenario will ich nicht dauernd auch in den Mund nehmen, sondern sagen, es gibt aber durchaus auch Anzeigen, dass wir mit einem Wirtschaftswachstum reduziert von nur mehr 0,7 Prozent, glaube ich, jetzt die letzten Werte im nächsten Jahr noch rechnen können, das liegt natürlich hinter Inflationsraten und, und, und, aber ich spreche mich eigentlich mit meiner Fraktion nicht dafür aus, dass wir jetzt ausgerechnet dort den Deckel wegnehmen, wo wir ihn dringend brauchen, das heißt, diesen Stabilitätspakt auszusetzen ist eine Maßnahme, die kommt für mich und für meine Fraktion viel, viel weiter hinten. Es wäre schön, im Vorfeld einmal zu sagen, was kann man konjunkturfördernd noch alles tun, bislang hat es im Übrigen auch ganz gut funktioniert, wir sind weder von der EU zu Sanktionszahlungen aufgefordert worden, wir haben auch immer den innersteirischen gemeinsam geschafft, in der mittelfristigen Finanzvorschau, die wir heute auch noch bereden und zu beschließen haben, sieht man auch ganz, ganz deutlich, wie sich die Maastrichtkriterien in der Stadt Graz entwickeln werden, wenn all das eintritt, was wir geplant haben, wenn alles umgesetzt wird, was wir geplant haben und ich denke mir, dass wir das zumindest in der Steiermark und in Österreich auch bislang fast als Musterschüler gegenüber anderen Staaten in der Europäischen

Union geschafft haben. Also ich plädiere und wir plädieren heute nicht dafür, diesen Antrag zu unterstützen, sehr wohl das Thema eine dringliche Diskussion wert ist (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.25 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. Mag. Dr. **Riedler** zum Antrag: Herr Bürgermeister, deine Ausführungen haben mich dazu veranlasst, doch dazu Stellung zu nehmen, weil meine Fraktion und auch ich eine andere Auffassung haben. Und zwar wirtschaftspolitisch begründbar eine andere Auffassung und wir teilen diese andere Auffassung zum Beispiel mit Prof. Eibinger vom Wirtschaftsforschungsinstitut. Ich glaube nicht, dass es dabei darum gehen kann, einfach politisch sich irgendwie einzugraben und zu sagen, wir denken nicht weiter drüber nach, für uns kommt zum Beispiel eine Aufweichung, und zwar wohlgermerkt, eine zeitlich begrenzte Aufweichung des Stabilitätspaktes nicht in Frage. Und ich möchte auch gerne sagen, warum. Wir stehen offensichtlich vor der größten wirtschaftlichen Herausforderung unserer Lebenszeit, soweit das jetzt absehbar ist und diese größte Herausforderung wird mit den bekannten Möglichkeiten nationalstaatlichen Einflusses nicht bewältigbar sein, das ist völlig klar und deutlich erkennbar, auch nach den unglaublichen Maßnahmen, Kapitalinvestitionen, Garantieübernahmen, die bisher schon in den Vereinigten Staaten, in der Europäischen Union, von anderen Industrienationen getätigt wurden. Die Frage ist, jetzt kann man das Kind nicht mit dem Bad ausschütten, die Frage ist, sind wir bereit, Maßnahmen zu setzen, die uns zweifellos wie jede Form von Verschuldung auch in Zukunft belasten werden, die aber schlimmeres abzuwenden in der Lage ist. Und Schlimmeres heißt, eine nachhaltige und lang anhaltende Rezession, die bedeutet unmittelbar und sofort Arbeitslosigkeit, die bedeutet Vertrauen in den wirtschaftlichen Zustand nicht nur des Primärsektors, sondern weit,

weit, weit hinein in den gesamten wirtschaftlichen Sektor, das heißt, Vertrauensverlust im Konsumbereich, vor allem sinkende Konsumquoten und wir beobachten das jetzt an allen Ecken und Enden. Die Leute, und das, obwohl genug Geld da ist, trauen keiner Institution oder nahezu keiner Institution mehr. Und jetzt möchte ich dich schon erinnern, ich habe es von dir persönlich, Herr Bürgermeister, nicht gehört, aber in deiner Fraktion und von deiner Fraktion ist es in der Vergangenheit sehr wohl immer wieder vertreten worden. Wie war denn das, als wir zum Beispiel den Generationenvertrag aufgelöst haben und die Kapitalwertsicherung als das große Glück der Zukunft beschrieben haben, wie war denn das, als wir behauptet haben, nicht wir, als behauptet wurde, dass die Pensionen nicht mehr sicher wären, wenn eine Generation für die andere sorgt und etwa über die Steuerleistungen ausgeglichen wird und man sollte doch den Märkten vertrauen. Wir wollen doch ein Volk von Eigentümern werden, von Aktionären und Aktionärinnen, von Besitzern, wie schauen denn uns politische Verantwortliche all jene an, die diesen Worten geglaubt haben? Die allermeisten von uns haben ein eigenes Pensionskonto das über Fonds und über Veranlagungen abgesichert wurde, weil wir dorthin gedrängt wurden, vielen wurde die Entscheidung ja gar nicht ermöglicht und wenn die heute drauf schauen, was sie eingezahlt haben und das damit vergleichen, was sie bekommen werden, dann ist natürlich das Entsetzen riesengroß. Wir wollen alle hoffen, dass es wieder positivere Entwicklungen geben wird, aber das, was jetzt zu tun ist aus meiner Sicht, aus sozialdemokratischer Sicht, ist, den Hebel endlich in die Hand zu nehmen und ganz klare Signale der Sicherheit, der Zuwendung, der wirtschaftlichen Aktivität zu setzen und dazu ist im Moment ausschließlich der öffentliche Sektor in der Lage. Wir wissen alle, die informiert sind, was es bedeuten würde, wenn in Österreich auch die Banken wieder krachen würden, wie das schon einmal in den 20er-Jahren der Fall war. Was eine nachhaltige Deflation, eine nachhaltige Wirtschaftskrise, riesige Arbeitslosenzahlen und schlussendlich auch den Zusammenbruch des demokratischen Systems bewirkt hat. Heute glaubt niemand mehr, dass ein Staat alleine hier erfolgreich sich zur Wehr setzen kann, sondern ich gebe dir Recht, es ist das internationale Handeln jetzt gefragt. Trotzdem gehandelt werden muss auch vor Ort und daher sind wir, bin ich auch persönlich ein bisschen darüber enttäuscht, dass du nicht den Jobgipfel einberufst, weil es auch darum geht, Herr Bürgermeister, ein Signal abzugeben, nicht irgendeinen Arbeitskreis, sondern ein Signal an die Beschäftigten bei Magna und bei den Zulieferbetrieben. Und daher

sind wir auch der Meinung, dass dieser Vorschlag, dieser Hinweis, der uns einen größeren Spielraum verschaffen sollte, in der Stadt notwendige Maßnahmen zu setzen, zumindest ein überdenkenswerter ist und wir stehen, ich betone es noch einmal, nicht allein da, auch maßgebliche Teile, auch durchaus konservative und wirtschaftsliberale Teile der Wirtschaftsforschung vertreten eine ähnliche Position. Ich ersuche daher, jetzt weiß ich schon, die Flexibilität in diversen Gemeinderatsklubs ist nicht allzu groß, ihr habt euch entschieden, du hast es schon angekündigt, Herr Bürgermeister, ich nehme das natürlich zur Kenntnis, aber ich bitte dich doch gemeinsam mit deiner Fraktion ernsthaft darüber nachzudenken, ob wir hier nicht ein bisschen in die Tiefe gehen sollten, auch mit Wirtschaftsexperten über die Möglichkeit nachdenken, weil es geht auch um ein Signal der zweitgrößten Stadt Österreichs in den Städtebund hinein. Wir werden ja auch in der Geschäftsleitung des Städtebundes über diese Fragen zu diskutieren haben und wir werden auch über unsere Kolleginnen und Kollegen, die die Regierungsverhandlungen führen, natürlich über diese Dinge zu sprechen haben. Ich bitte dich daher, ganz gleich wie jetzt das Abstimmungsergebnis sein sollte, auf einer möglichst qualifizierten und politisch auch verantwortlichen Ebene diese Überlegungen nicht mit dem heutigen Tag vom Tisch zu wischen, sondern weiter darüber nachzudenken und möglicherweise auch beim nächsten Mal, da wird niemandem ein Vorwurf gemacht werden können, eine andere Entscheidung möglich zu machen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein guter und wichtiger Antrag, der hier gestellt wurde, zumindest was den Motivenbericht angeht, ich komme später darauf zurück. Der neoliberale Geist, der an die Märkte glaubte, ist ein bisschen in der Versenkung verschwunden. Dort, wo er vorhin den Staat haben wollte, so ein bisschen in der Versenkung, sitzt jetzt der neoliberale Geist selbst an Betracht der Ergebnisse der letzten Tage. Ich persönlich hoffe, dass dieser extreme liberale Geist auch dort bleibt, aber das ist jetzt nicht das Wesentliche. Jedenfalls rufen jetzt alle gemeinsam mehr Staat, es ist auch notwendig, dass der Staat in dieser Krise eingreift, das wissen wir alle, das ist nicht neu und es macht auch wirklich Sinn. Gefordert ist natürlich eine Fiskalpolitik, die Schlimmeres verhindert, Schlimmeres in

dem Sinn, wie es der Herr Bürgermeister erwähnt hat, wenn die Leute an die Krise glauben, dann kommt sie selbst, wenn die Leute sich fürchten anfangen, wenn die Leute zu sparen anfangen, kurz gesagt, wenn die Leute nicht mehr konsumieren, haben wir eben diesen bekannten Kaufkraftausfall und dann geht es abwärts mit der ganzen Wirtschaft und der Einzige, der das ausgleichen kann, ist der Staat. Aus diesem Grund hat Kollege Eigner vom Wirtschaftsforschungsinstitut die Aussetzung der Maastrichtkriterien gefordert, Gemeinderat Mariacher hat darauf hingewiesen, dass sie ausgesetzt werden sollen und ich glaube, die KPÖ wollte das auch haben. Mein Problem mit dem ist, dass es im Antrag so nicht drinnen steht, es tut mir leid, aber wenn ich den Antrag anschau, dann steht nur drinnen, den innerösterreichischen Stabilitätspakt auszusetzen, solange diese österreichischen Gesetze in Kraft sind. Da ist, glaube ich, ein kleiner Fehler passiert, weil es macht ja keinen Sinn, wenn alle österreichischen Gebietskörperschaften gemeinsam limitiert sind auf diese drei Prozent Maastrichtkriterium, dass einer sagt, die Stadt Graz darf mehr ausgeben, dafür muss der Bund weniger ausgeben usw. und sofort. Eigentlich ist da ein kleines Versehen nur beantragt worden, die Verteilung der drei Prozent zwischen den österreichischen Gebietskörperschaften aufzuheben, das kann es ja nicht wirklich sein. Was wir gemeinsam wollen, ich hoffe es zumindest, wird sich nachher zeigen, weil ich stelle einen Abänderungsantrag, dass das Maastrichtkriterium aufgehoben wird, dass wir in Zeiten dieser schweren Krise, wenn die Privaten nicht mehr konsumieren und das scheint jetzt ein wenig vor der Tür zu stehen und die Unternehmer nicht mehr investieren, dass wir dann sinnvolle Investitionen des Staates machen und uns nicht diese drei Prozent-Hürde gestalten, die hier einfach von einem Vertrag vorgegeben wurde, der offensichtlich nur für gute Zeiten gedacht war. In guten Zeiten, in Zeiten einer stabilen Entwicklung kann das schon Sinn machen, aber in schlechten Zeiten muss man den Vertrag aufheben und deswegen stelle ich folgenden Abänderungsantrag. Es geht jetzt vor allem darum, dass das mit drinnen ist, was hier, glaube ich, irrtümlich übersehen wurde, der Abänderungsantrag heißt: Die Stadt Graz wendet sich mit einer Petition an den Bundesgesetzgeber, und jetzt kommt ein Einschub, in allen Verhandlungen der Finanzkrise darauf hinzuwirken, dass im Interesse einer stabilen Wirtschaftsentwicklung der europäische Stabilitätspakt und die fiskalpolitisch restriktiven Kriterien des Maastrichtvertrages, konkret Budgetdefizit, Staatsschuldenquoten, bis zur nachhaltigen Stabilisierung der realwirtschaftlichen

Größen, um die geht es ja, um die Realwirtschaft, konkret Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, ausgesetzt werden und in Folge auch, und jetzt schließe ich mich dem Antrag wieder an, der innerösterreichische Stabilitätspakt aufgehoben wird. Es muss ja wohl beides gemeinsam sein, das ist klar, aber es steht nicht drinnen...

Zwischenruf StRin. Kahr: Das ist ja wohl logisch.

Dr. **Wohlfahrt**: Na ja, es ist logisch, ok, ich sehe es auch als logisch, aber was nicht drinnen steht, ist ein bisschen schwer. Also ich glaube, das wird kein Problem sein, das dazu reinzunehmen und in diesem Sinne stelle ich diesen Abänderungsantrag, damit es klar ist, worum es geht; im Motivenbericht steht es eh drinnen, aber ich glaube, es gehört auch unten dazu rein, weil wenn ich es unten durchlese, dann rein innerösterreichisch können wir das Problem nicht lösen, hier bedarf es einer gemeinsamen Aktion aller europäischen Länder und es wird ja wichtig, dass in den anderen europäischen Ländern diese Drei-Prozent-Grenze aufgehoben wird, nicht nur für Österreich, sondern Europa ist hier gemeinsam gefordert, die EU ist gemeinsam gefordert, gut durch diese Krise durchzugehen, wenn die Politik hier sinnvoll eingreift, die Wirtschaftspolitik, dann ist das auch schaffbar. Danke (*Applaus Grüne*)

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte mich zunächst einfach als glühender Verfechter von sozialstaatlich regulierten Marktwirtschaften bekennen und da ist natürlich zu beobachten gewesen, gerade im Laufe des letzten Jahrzehnts, dass sich die Finanzmärkte sehr, sehr viel schneller globalisiert haben, als das die Institutionen, die staatlichen Institutionen und eben die internationalen Institutionen getan haben. Sonst wäre vielleicht diese Krise durchaus zu verhindern gewesen, wenn wir funktionierende eben auch globalisierte und weltweit agierende Regulierungsinstrumente hätten, das vorweg. Jetzt ist es natürlich sehr bedauerlich

und es wird jeden von uns irgendwo wahrscheinlich auch treffen, solange man eben nicht nur Spargbücher hat, dass sehr viele Menschen sehr viel Geld verloren haben und durch die horrenden staatlichen Garantien, die es gibt, kommt der Steuerzahler möglicherweise und die Steuerzahlerin möglicherweise zum zweiten Mal zum Handkuss, nämlich dann, wenn diese Garantien fällig werden oder wenn diese Mittel ausbezahlt werden zur Stützung von Banken. Darum bin ich übrigens, abgesehen davon, durchaus ein Verfechter, dass der Staat, auch die Industriestaaten im Ausmaß ihrer Garantien und ihrer Erträge zu der Krise zu den Banken Verstaatlichungen vornehmen und dann die Banken dann, wenn sie sich erholt haben und wirtschaftlich wieder in Ordnung sind, dann wieder privatisieren, um wenigstens einen Teil der Mittel für die Steuerzahler wieder zurückholen. Zum Zweiten, was ich gerne sagen möchte, das ist, es schließt ein bisschen an das, was der Gerhard Wohlfahrt gesagt hat, obwohl wir dem Antrag, wie gesagt, nicht zustimmen werden, es hat überhaupt keinen Zweck, da österreichisch zu handeln. Nehmen wir nur an die Kurzarbeit von Magna, das sind die 2600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es hilft uns relativ wenig, wenn der österreichische Staat hier, es sei denn eine direkte Unterstützung, aber den Markt belebt, sondern Magna ist ein internationales Unternehmen, die Autos, die hier produziert werden, werden nach Deutschland vertrieben und in Deutschland verkauft, in andere Staaten, da ist einfach eine österreichische Hilfe insofern wirkungslos, sondern es kann, wenn, dann nur auf europäischer Ebene entgegengesteuert werden. Mein Hauptargument eigentlich gegen die Auflösung des Stabilitätspaktes mag vielleicht paradox klingen, aber ich denke, dass dann, wenn von diesen hunderten Milliarden Summen, die gegeben wurden von den Staaten, in Österreich sind es alleine hundert Milliarden Euro, bei einer Gesamtverschuldung aller Gebietskörperschaften von 167 derzeit. Das wird nicht möglich sein, wenn hier tatsächlich Zahlungen entstehen, 85 Milliarden hat der österreichische Staat Garantien übernommen und weitere 15 Milliarden möchte er gerne auszahlen, das wird bei Erfüllung des Stabilitätspaktes gar nicht möglich sein, wenn diese Garantien schlagend werden. Und aus diesem Grunde, denke ich, ist das Problem an und für sich kein spezielles Problem, ich glaube, dass es richtig ist, dass die Staaten das gemacht haben, aber ich würde deswegen nicht zusätzlich auch den Stabilitätspakt auflösen, sofern es nicht dadurch möglich ist. Eine dritte Bemerkung ist folgende. Ich denke, dass wir hier, durchaus nicht aus diesem Anlass, aber aus anderen Gründen mit dem Budgetpfad für die

nächsten Jahre durchaus richtig liegen, wir haben ja intern beschlossen, dass wir vom Jahr 2011 bis zum Jahr 2015 insgesamt 200 weitere Millionen in Investitionen, nämlich über die AOG, freigeben und das sind durchaus Mittel, die insgesamt den Arbeitsmarkt stärken, nicht nur die Bauwirtschaft, aber sicherlich wie immer einen Teil der Bauwirtschaft, aber auch andere Bereiche und wenn man auflistet, welche Investitionsmittel die Stadt Graz von heute bis zum Jahr 2015 hat, dann kommt man immerhin auf die erkleckliche Summe von 550 Millionen Euro. Das sind eben nicht nur die genannten 200 Millionen Euro, die über eine neue AOG von 2011 bis 2015 zur Verfügung gestellt werden, sondern wir haben aus dem laufenden AOG-Programm bis zum Jahr 2010 noch 116 Millionen für Projekte reserviert. Wir haben insgesamt über den Verkehrsdienstvertrag mit der Graz AG pro Jahr 25 Millionen Investitionen, das sind weitere, über fünf Jahre nur gerechnet, 125 Millionen und wir haben noch sieben Millionen Euro im Feinstaubpaket, wenn man das zusammenzählt und auf 215 erweitert, kommen wir auf rund 500 Millionen Euro, die wir im Budget reserviert haben für Investitionen und ich denke, dass dieser Investitionsschwerpunkt sicherlich gerade jetzt unter dem neuen Aspekt zur richtigen Zeit kommt und dass das durchaus die Leistungskraft der Stadt Graz massiv herausfordert, aber jedenfalls etwas ist, was innerhalb der Stadt und für die Grazerinnen und Grazer wirksam wird und ich denke, damit ist auch sehr viel Vorsorge getan (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Ich möchte auf das Gesagte ein bisschen Bezug nehmen. Ich denke, dass die Stadt Graz und sämtliche Gebietskörperschaften auch aufgerufen sind, nicht nur unmittelbar an das eigene Budget zu denken, sondern an die volkswirtschaftlichen Auswirkungen, die die Krise, die jetzt zu erwarten ist, auf die wir uns einstellen müssen, und da bin ich im Gegensatz zu unserem Bürgermeister Nagl, das ist nicht ein Herbeireden einer schwierigen Situation, sondern sie ist latent da und wenn man ihr nicht ins Auge schaut, dann heißt es, den Kopf in den Sand stecken und durchtauchen versuchen. Das kann man bei einer kleinen Welle machen, da bin ich durchaus bei ihm, bei der Welle, die jetzt absehbar ist, ist es wirklich ein Versäumnis, das uns dramatisch auf den Kopf fallen wird. Ich möchte nur sagen, was passiert denn, wenn Arbeitsplätze verloren gehen? Es fehlen Beiträge in

den Sozialversicherungen, weil die Leute keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, Krankenversicherungen, Arbeitslosenversicherungen, Dienstgeberbeiträge fehlen den Sozialversicherungen, wir haben Probleme in den Pensionskassen, wir haben Probleme im Gesundheitswesen, die durch Steuern und durch die Sozialversicherungsbeiträge finanziert werden aus dem sogenannten Mischsystem der Finanzierung, wir haben Probleme im Konsumbereich, weil die Leute, die dann am staatlichen Tropf hängen und die Arbeitslosengeld kassieren, nicht entsprechend konsumieren können. Die Betriebe, die diese Konsumgüter produzieren, werden weniger investieren, Investitionsgüter gehen zurück, Personal muss entlassen werden im Verkauf, im Dienstleistungsbereich und, und, und. Was ich sagen will ist, dass eine Kettenreaktion auftritt, die enorme Probleme verursachen kann in der Volkswirtschaft und wir in der Situation stehen, dass wir zwar eh schon spät dran sind, vom Termin her, aber dass wir Gefahr laufen, wenn wir jetzt nicht agieren, werde wir erst verzögert nach Wochen, Monaten oder gar einem halben Jahr oder Dreiviertel-Jahr sagen, jetzt wäre es reif, jetzt geht es wirklich nicht mehr anders, dass wir dann das Drei-, Vier-, Fünffache an Steuergeld aufwenden müssen, um den gleichen Effekt zu erzielen, den wir jetzt mit der einfachen Menge an Geld erzielen können. Das heißt, wenn einmal die Arbeitsplätze verloren sind, wenn einmal die Betriebe ruiniert sind oder so geschwächt sind, dass sie sich nicht mehr erfangen können und die Menschen ein, zwei Jahre arbeitslos sind und dann schon wieder eine Einschulung brauchen, um auf eine neue betriebliche Herausforderung dafür gewappnet zu sein, um bestehen zu können, dann hat der Staat und somit auch die Gebietskörperschaften und die Stadt Graz enorme Probleme und ein Vielfaches an Lasten zu tragen, was wir jetzt noch vielleicht im letzten Moment abwenden können. Ich warne davor, diese Kopf-in-den-Sand-Politik der ÖVP wirklich zu betreiben, weil wir hier Gefahr laufen, einen viel, viel größeren Schaden für die Stadt Graz einzugehen, als er jetzt noch möglich wäre und eine bessere Zukunft einzuleiten wäre. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat Mariacher! Du weißt, ich höre dir gerne zu, aber wenn du solche Dinge in den Raum stellst, dann will ich und muss ich sie korrigieren. Erstens einmal steckt überhaupt niemand von der ÖVP den Sand in

den Kopf und ich kann dir auch sagen warum. Den Kopf in den Sand, Entschuldigung, du weißt, dass gerade unser Finanzminister Willi Molterer intensive Verhandlungen geführt hat, damit wir in Österreich zu diesem 100-Milliarden-Paket gekommen sind...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Ist eine gefährliche Drohung, wenn der Molterer verhandelt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, jetzt heißt es zusammenrücken und das war ein gutes Verhandlungsergebnis und ich traue mich wetten, dass es letzten Endes von allen geschätzt wird, wenn man es auch politisch nicht zugibt. Da war viel zu arbeiten, das hat er jetzt auch erledigt, das ist das eine. Das Zweite ist, ich rede und ich habe nicht gesagt, dass wir eine Geschichte herbeireden, sondern ich weiß, dass eine Krise da ist. Es hängt nur von uns ab und von unserer Haltung, auch in der Politik als Vorbild, wie wir jetzt mit dem umgehen und wir können diesen Effekt, den du kennst in der Konsumzurückhaltung, auch noch beschleunigen. Ich habe ein paar Punkte, warum ich noch immer nicht davon überzeugt bin, dass das die richtige Idee ist zu sagen, der Staat soll sich weiter verschulden. Im Übrigen möchte ich nur dazusagen, wenn eine so extreme Krise eintreten würde, würde es die Stadt Graz und das Land Steiermark und wahrscheinlich auch die Republik so treffen, weil dann würde in dem Augenblick auf Grund fehlender Steuermittel auch unsere gesamte Sozialgesetzgebung ja nicht einmal mehr möglich sein, weil die Menschen würden sich bei uns anstellen, wenn wir diese Sozialgesetzgebung ausdehnen müssten, ich sage jetzt auf ein Vielfaches, hätten wir auch keine Chance mehr, aber ich möchte mich fragen, wer uns dann auch noch das Geld dazu gibt, das heißt einmal ganz konkret, wir müssen den Blick einmal auf das Ganze bewahren. Wenn wir über einen europäischen Stabilitätspakt reden, dann würde ich es keinem Staat raten, das letzte Beispiel war Deutschland, es kam der letzte deutsche Bundeskanzler damals mit seinem Finanzminister auf die Idee, alles was er hat, in den Markt zu werfen, um die drohende Arbeitslosigkeit in seinem Land zu verhindern. In dem Binnenmarkt wurde

das Geld aufgesogen, so ähnlich wie bei uns, das heißt, selbst die Effekte die du erzielen möchtest, müssen gar nicht hier im Lande bleiben, sondern können woanders hingehen. Das heißt, es kann nur eine europäische gemeinsame Haltung in der Frage geben. Ich glaube, da sind wir, Herr Dr. Wohlfahrt, einer Meinung. Das, wenn die Europäische Union das beschließen würde, wird dann auch den innerösterreichischen Stabilitätspakt verändern können, gar keine Frage. Ich glaube nur, dass es da noch andere Möglichkeiten gibt, die auch konjunkturfördernd sind, die ich zuerst angehen würde und dieses Mittel kommt für mich ganz weit hinten dran. Des Weiteren möchte ich sagen, dass der innerösterreichische Stabilitätspakt ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Finanzausgleichsverhandlungen und damit auch des Finanzausgleiches ist. In dem Augenblick, wo wir den Stabilitätspakt einfordern, dass er aufgehoben wird, mit Maastrichtverschuldungskriterien, sind wir sofort wieder in einer Finanzausgleichsdiskussion. Kann man befürworten, aber auch nicht, ich weiß nicht, ob wir im Moment ein besseres Ergebnis erzielen würden als beim letzten Mal. Ich habe auch versucht, das Papier des Österreichischen Städtebundes jetzt durchzugehen, weil der Österreichische Städtebund sich selbstverständlich schon wieder eingebracht hat, was erwartet er von einer künftigen Bundesregierung und da sehr stark auch Bezug nimmt auf die Krisensituation, die es in dem Lande gibt. Gerade im Kapitel Finanzen sagt der österreichische Städtebund, dass wir es geschafft haben als Städte, diese Maastrichtziele zu erreichen und dass wir immer ein ausgeglichenes Ergebnis halten konnten und dies, obwohl die Kommunen in letzter Zeit sogar überproportional mit steigenden Ausgaben im Bereich Sozialhilfe, Gesundheit sowie zahlreichen Kostenüberwälzungen seitens des Bundes, der Länder konfrontiert sind und das positive Ergebnis der Kommunen darf nicht aufs Spiel gesetzt werden, ist auch ein Satz, der sich da drinnen wiederfindet. Ich würde viel lieber, weil auch Wolfgang Riedler an mich und meine Fraktion appelliert hat, einen Abänderungsantrag so zustande bringen, dass ich sage, erstens einmal, Graz wird in einer Weltkrise die Welt nicht retten können und wir werden auch nicht verschont bleiben, falls sie kommt und falls die Auswirkungen dramatisch negativ sind. Wir können aber eines tun, dass wir, und das schlage ich jetzt auch nochmals vor, unter Umständen einen Abänderungsantrag so gestalten gemeinsam, dass wir sagen, wir wissen uns im Netzwerk der österreichischen Städte und Gemeinden, gemeinsam wollen wir, weil dieser Punkte nicht ausformuliert ist, über alle Maßnahmen nachdenken, die konjunkturfördernd und damit auch wieder

steuereinnahmefördernd und arbeitsplatzsichernd sind und dass wir mit einer solchen Petition über den Städtebund an die nächste Bundesregierung oder an die derzeitige Bundesregierung, je nachdem, wie lang es dauert, gemeinsam herantreten und da kann auch dieser Punkt ein Vorschlag sein. Vielleicht ist das ein Angebot, dass wir das auch noch gemeinsam formulieren. Ich weiß nicht, wie das die anderen Klubs sehen (*Applaus ÖVP*). Das wäre ein Abänderungsvorschlag von mir, dass wir als Stadt Graz an den Österreichischen Städtebund herantreten, ein konjunkturförderndes Maßnahmenpaket von der Bundesregierung einzufordern, in dem letzten Endes auch die Aussetzung des Stabilitätspakts und zwar in ihrem Sinne dann noch drinnen enthalten ist, weil wir können den österreichischen nicht aussetzen, so lange es den europäischen gibt, also der Abänderungsantrag vom Kollegen Wohlfahrt ist inhaltlich richtig, wenn man das will und ich würde sagen, gehen wir es aber über den Städtebund gemeinsam an, nicht eine einzelne Petition, die wahrscheinlich gar nicht erfolgreich sein wird, weil im Moment im Bund viele diese Sorge eh schon kennen. Das ist ein Vorschlag, dein Abänderungsantrag, also der vom Kollegen Wohlfahrt, den Grundantrag inklusive des Abänderungsantrages vom Kollegen Wohlfahrt mit einzubinden als eine der Maßnahmen über den Städtebund.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, erstens einmal finde ich den Zusatzantrag vom Kollegen Wohlfahrt auch vernünftig und richtig, obwohl ich auch meine, natürlich hat es auch einen Effekt, wenn der Stabilitätspakt an und für sich, der innerstaatliche Stabilitätspakt verändert wird, weil das natürlich das Korsett vor allem für die Städte und Gemeinden, die ja auch auf der Einnahmenseite unter Druck geraten werden, in den kommenden Monaten lockern würde und aus meiner Sicht sowieso das Mindeste ist, um irgendwie da einen Spielraum für die städtischen Haushalte zurückzugewinnen. Es hängt zusammen, gebe ich zu, es ist aber, auch wenn nur diese eine Maßnahme stattfinden würde, hätte es Effekte und wir werden uns wahrscheinlich drüber einigen. Das, was der Bürgermeister jetzt vorschlägt, will ich sagen, vermatschgen wir das nicht und vermischen wir das nicht, das sind durchaus unterschiedliche Maßnahmen; Konjunkturpakete zu schnüren ja, wird niemand was dagegen haben, Herr Bürgermeister, wir reden ja von Konjunkturpaketen, nehme ich

einmal an, die gezielt volkswirtschaftliche Effekte setzen sollen und haben sollen, das kann im Großen und Ganzen in dem Zusammenhang, wenn wir nicht über Einlagensicherung reden, nicht über Haftungsübernahmen für kreditgebende Institute usw. nur bedeuten, dass wir Investitionen der kommenden Jahre auf Bundesebene vorziehen. Das ist eigentlich die unmittelbare und erste Maßnahme, mit der man da was machen kann, aber das hat mit dem Stabilitätspakt auch wiederum nur indirekt was zu tun. Mein Vorschlag wäre, wenn man dem folgt, du und ich wir können beide keine Anträge stellen in dem Zusammenhang, das muss eine Gemeinderätin oder ein Gemeinderat machen, dass man sich vielleicht in einer kleinen Arbeitsgruppe jetzt zusammensetzt und eine Formulierung versucht, ich würde nur die Punkte dann trennen wollen, also dass es einen Punkt a) gibt, der dem entspricht, was der kommunistische dringliche Antrag beinhaltet, einen Punkt b), der folgt dann dem, was der Kollege Wohlfahrt ergänzend dazu gesagt hat, das ist ja auch ein Zusatzantrag, wenn ich es richtig verstanden habe, den er in einem Zusammenhang sieht, aber ich glaube, dass das auch getrennte Effekte hätte. Einen Punkt c), der ergänzend dem entspricht, was du meinst, nämlich dass wir auch im Rahmen einer Initiative im Städtebund, und wir sitzen ja beide in der Geschäftsleitung, wir haben also die Möglichkeit, das in der nächsten Sitzung zu machen, das Thema anregt, dass es zu einer Investitions- und Konjunkturbelebungsinitiative kommen soll. Ich halte alle Vorschläge für so auf der Hand liegend, dass man ja gegen keinen im Einzelnen was sagen kann, ich würde das dann aber zusammenfassen, aber getrennt bitte, Punkt a), b), c), damit wir uns auch alle wiedererkennen können, das wäre mir schon wichtig. Ist das so ok?

Zwischenruf StRin. Kahr: Aber Arbeitsgruppe brauchen wir keine installieren.

StR. Dr. **Riedler**: Na ja, weil man noch formulieren muss, die drei.

Bgm. Mag. **Nagl**. Ich denke, wenn alle einverstanden wären, dass man schnell im Bürgermeisteramt von jeder Fraktion einen Vertreter bekäme, um diesen Antrag dann auszuformulieren in allen Punkten. Kollege Rüscher, darf ich auch bitten hinüberzugehen, vielleicht Wolfgang Riedler, dass du auch dabei bist und dass das eine kleine Arbeitsgruppe jetzt gleich erledigt und wir danach noch einmal dann abstimmen und das punktuell. Also nur die Abstimmung jetzt verschieben und in der Zwischenzeit von jeder Fraktion jetzt ein Vertreter im Bürgermeisteramt und da darf ich drum ersuchen, dass die Klubobleute jeweils einen Vertreter hin entsenden und dann kommt vielleicht auch ein gemeinsames Zeichen der Stadt Graz heraus, wäre schön. Wenn alle einverstanden sind, bitte im Bürgermeisteramt. Wir machen bitte Folgendes, wir werden den Gemeinderat nach der Wortmeldung des Kollegen Wolfgang Riedler zur Geschäftsordnung dann unterbrechen für eine halbe Stunde, um dann wieder fortsetzen zu können. Zuvor darf ich aber den Kollegen Wolfgang Riedler bitten.

StR. Mag. Dr. **Riedler** zur Geschäftsordnung: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung und des Gemeinderates! Es hat sich mittlerweile herausgestellt, dass der von Kollegin Fluch vorgebrachte Vorwurf, dass im dringlichen Antrag der Kollegin Meißlitzer Passagen abgeschrieben worden wären von einem internen Papier aus der Verantwortung der Kollegin Fluch nicht haltbar ist. Ich würde bitte ersuchen, dass man diese Anschuldigung sowohl gegenüber der Kollegin Meißlitzer als auch den betroffenen Abteilungen zurücknimmt. Ich verlange ausdrücklich nicht, ich verwende das Wort Entschuldigung nicht oder irgendwas, sparen wir uns das, ich sage, bitte nehmt das zurück, es hat sich als falsch herausgestellt und es ist für die Zukunft und für den Stil in Zukunft in diesem Hause, glaube ich, eine sehr gute Maßnahme, wenn wir das tun, wenn das geschehen würde, Herr Bürgermeister, auch deine Formulierung, wie du meintest oder vermeintest, gehört zu haben, wortident ist erst recht nicht richtig und ich glaube, es fällt keinem ein Zacken aus der Krone, wenn wir diesen Schritt heute setzen und uns dann auch freundlich wieder in die Augen schauen können (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Auch dafür wird die Pause gut sein, ich habe mich dieses Themas ja auch schon angenommen, wir können das auch in dieser Pause uns jetzt noch einmal anschauen und prüfen und dann werden wir uns dazu zu Wort melden. Ich würde sagen, Pause jetzt und danach werden wir beide Themen abhandeln. Eine halbe Stunde Pause, das heißt wir treffen uns wieder um halb acht hier.

Unterbrechung des Gemeinderates von 19.00 bis 19.50 Uhr.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben nach der Unterbrechung jetzt zwei Punkte abzuhandeln, das eine ist, Wolfgang Riedler hat kurz vor der Pause sich geschäftsordnungsgemäß zu Wort gemeldet und darauf hingewiesen, dass er betreffend des dringlichen Antrages der Kollegin Meißlitzer eine Richtigstellung vorbringen möchte und ich darf Frau Stadträtin Eva-Maria Fluch das Wort erteilen.

StRin. Mag.^a **Fluch**: Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe vor ein paar Stunden an diesem Podium mit ehrlicher Empörung ein paar Aussagen getätigt, die sich mit meinem damaligen Wissensstand getroffen haben und sage, dass ich mit ehrlichem Bedauern zurücknehme, was ich formuliert habe, dass sozusagen ein Teil oder auch der Antrag, der gestellt wurde, wortident aus einem internen Papier übernommen worden sei. Ich habe mir inzwischen die Unterlagen, die es gibt, auch genau angeschaut, das sind mehrere Unterlagen, es ist ein internes Papier, es sind Budgetunterlagen, es ist auch das Koalitionspapier von Schwarz/Grün. Klar ist, dass die Inhalte ident sind und das ist in solchen Zeiten, in denen es dann durchaus auch einmal ein bisschen turbulent wird, etwas, was dazu führen kann, dass man sich wundert, wenn Zeitpunkte irgendwie so zufällig zusammenfallen. Ich sage aber ganz ehrlich, aber das weiß Edeltraud Meißlitzer auch, ich habe vorher mit ihr drüber gesprochen, ich bin die Letzte, die nicht zugibt, wenn ich mich einmal vergaloppiert habe, es tut mir leid, wie gesagt, inhaltlich bleibe

ich dabei, dass ich denke, wir sind in Integrationsfragen vorbildlich unterwegs und den Beweis dafür werden wir nächstes Mal antreten beim Gemeinderat mit dem Bericht. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf wieder zurückkommen zu unserem dringlichen Antrag, den wir ausgiebigst diskutiert haben, wo wir dann auch einige Vertreter der Stadtregierung und des Gemeinderates ersucht haben, sich in einer kleinen Arbeitsgruppe zu überlegen, wie man diesen Antrag jetzt vielleicht auch noch gemeinsam gegenüber der Bundesregierung oder dem Städtebund auch vertreten und formulieren kann. Folgender Vorschlag liegt mir nun vor, ich hätte ihn noch gerne mit dem Kollegen Riedler, der dabei war, abgesprochen, er ist nur momentan nicht da, ich sage den Letztstand, den wir jetzt haben und ich glaube, damit können durchaus alle Fraktionen auch leben. Dass wir zuerst über den Abänderungsantrag des Kollegen Dr. Wohlfahrt abstimmen und befinden, dann würde diese inhaltliche Korrektur, dass es eben nicht nur eine innerösterreichische Angelegenheit ist, sondern nur auf der europäischen Ebene in Summe zu lösen ist, einmal erledigt sein und damit auch der Grundgedanke des Hauptantrages damit erfüllt werden und danach soll es noch einen Zusatzantrag geben, den wir abstimmen mögen und der lautet wie folgt: Die VertreterInnen der Stadt Graz in der Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes werden ersucht, die oben genannten Positionen der Stadt Graz in die Geschäftsleitung einzubringen, um insgesamt ein Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Wirtschaft auszuarbeiten und gegenüber der Bundesregierung zu vertreten.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist der Zusatzantrag, aber das ist dann der dritte Teil, ich habe schon gesagt, zuerst stimmen wir über den Abänderungsantrag ab und dieser

Abänderungsantrag vom Herrn Dr. Wohlfahrt lautet: Der Gemeinderat wolle folgende Petition an die Bundesgesetzgebung beschließen: In allen Verhandlungen im Zuge der Finanzkrise ist darauf hinzuwirken, dass im Interesse einer stabilen Wirtschaftsentwicklung der europäische Stabilitätspakt und die fiskalpolitisch restriktiven Kriterien des Maastrichtvertrages (Budgetdefizit, Staatsschuldenquote) bis zur nachhaltigen Stabilisierung der realwirtschaftlichen Größen (Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung) ausgesetzt wird und in Folge auch der innerösterreichische Stabilitätspakt auszusetzen ist. Ich betone nur noch einmal, wenn das passiert, müsste entweder der Bund dann auch gleichzeitig sagen, Finanzausgleich bleibt aufrecht oder wir fangen mit dem Verhandeln dann wieder neu an.

Der Abänderungsantrag von GR. Dr. Wohlfahrt wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Bergmann**: Ich denke, es ist so viel darüber jetzt diskutiert worden, ich möchte die Diskussion nicht mehr in die Länge ziehen. Bedanke mich bei allen Fraktionen für die Kooperationsbereitschaft. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

9) Initiative gegen drohende Schließung von Postämtern in Graz

GR. **Sikora** stellt namens der KPÖ und der SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Gemeinderat! Mein dringlicher Antrag wird zusammen eingebracht vom Gemeinderatsklub der KPÖ und

vom Gemeinderatsklub der SPÖ. Es ist die Initiative gegen die drohende Schließung von Postämtern in Graz. In der Fragestunde hat der Herr Bürgermeister eh schon ausführlich besorgniserregend dem großen Problem Rede gestellt und dieser Dringlichkeitsantrag ist trotzdem wichtig, da es um die postalische Nahversorgung der BürgerInnen der Stadt Graz geht.

Die drohende Schließung von acht Postamtsfilialen im Grazer Stadtgebiet hat im September vor der Nationalratswahl zahlreiche Proteste der Bevölkerung und auch von uns Parteien hervorgerufen. Die Post hält aber nach allen Informationen an ihren Zusperrplänen fest, die eine Folge der vollzogenen Teilprivatisierung und weiterer Privatisierungspläne sind.

Eine gemeinsame Manifestation des Grazer Gemeinderates soll zur Unterstützung der Bevölkerung dienen.

Schließlich bedeutet die Sperre von Postämtern auch einen Verlust an Infrastruktur in den jeweiligen Stadtteilen und bringt vor allem für ältere Menschen große Probleme. Stellvertretend für alle bedrohten Filialen möchte ich zwei von ihnen hervorheben. Das Postamt in der Triesterstraße im Westen von Graz ist für tausende Menschen in der Region, darunter viele GemeindemieterInnen, ganz wichtig. Die Zusammenlegung mit dem Postamt im City-Park würde große Probleme schaffen. Es ist auch zu erwähnen, dass gerade in diesem Gebiet in letzter Zeit einige Infrastruktureinrichtungen, darunter die städtische Büchereifiliale, geschlossen wurden.

Und bei der Filiale Ragnitz im Osten der Stadt Graz würden nach einer Schließung rund 1000 Haushalte und noch dazu einige Hundert aus dem Einzugsgebiet Ruckerlberg, Rieshang, Hart und Kainbach plötzlich ohne leistungsstarke Versorgung dastehen.

Wir dürfen in unserem Protest daher für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nicht lockerlassen.

Deshalb stelle ich namens der Gemeinderatsklubs von KPÖ und SPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich gegen die drohende Schließung von acht Post-Filialen in Graz und fordert den Vorstand der Post AG auf, von diesem folgenschweren Schritt Abstand zu nehmen (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Sikora:** Dann bedanke ich mich recht herzlich für die Zustimmung dieses wirklich großen Problems, das, wie gesagt, in Zukunft noch größer sein wird und ich möchte darauf hinweisen, dass die Problematik insofern noch größer werden wird, als dass die Post AG vorhat, in Graz in Zukunft nur mehr vier Zentralposteinheiten schaffen zu wollen. Darum ist es ganz, ganz wichtig, dass wir gemeinsam hinter diesem Antrag stehen. Danke vielmals (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Danke, Herr Gemeinderat, dem Problem stimmen wir nicht zu, aber wir sind dagegen, dass es in der Form abgehandelt wird, wie es jetzt zumindest einmal angedroht und angedeutet wurde.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10) Kasemattenbühne – Umbau

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Fabisch:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich mit meinem Dringlichkeitsantrag beginnen möchte, möchte ich eine Sache erwähnen, die wir, so

schien es mir, in der letzten Periode eigentlich geklärt haben, die sich aber anscheinend in den letzten Monaten wieder verändert hat und zwar ist es die Art und Weise, wie mit den Anträgen umgegangen wird und zwar wie es mit der Antwort auf diese Anträge aussieht. Ich finde es eigentlich für eine Unart, Abänderungen und Zusätze während der Sitzung einzubringen. Wir haben uns eigentlich geeinigt, die Anträge werden bis 16.00 Uhr an die anderen Klubs gebracht und am Donnerstag, also Mittwoch bis 16.00 Uhr und am Donnerstag, spätestens um 11.00 Uhr sind alle gewünschten Veränderungen oder Zusätze bei den anderen Klubs. Wir haben uns eigentlich darauf geeinigt und es hat meistens funktioniert. Und ich glaube, es besteht eine gewisse Notwendigkeit darin, denn schließlich will man ja klubintern in Ruhe die gewünschten Veränderungen besprechen und dann noch Kontakt mit den anderen Fraktionen aufnehmen. Das geht aber während der Gemeinderatssitzung nicht, also es wäre schön, wenn wir diesen Punkt wieder einführen, der in der letzten Periode eigentlich ganz gut geklappt hat (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Als Ergänzung, wir haben eine Geschäftsordnung und innerhalb der Geschäftsordnung ist natürlich auch eine Veränderung zu diskutieren, ich glaube, wir haben jetzt eh Raum gegeben, damit wir dann auch wirklich eine Lösung finden, aber sonst müsste man das in der Geschäftsordnung ändern. Solange wir das haben, kann natürlich jeder davon Gebrauch machen von diesen Zusatz- und Abänderungsanträgen.

Mag. **Fabisch**: Selbstverständlich ist es schriftlich nicht fixiert, es war eigentlich ein mündliches Übereinkommen in diesem Raum, das funktioniert hat im Sinne unserer eigenen Fraktionen.

Ich komme zum nächsten dringlichen Antrag. Die Kasemattenbühne auf dem Schloßberg hat sich zu einer stilvollen Konzertarena entwickelt, die vom Grazer Publikum gerne angenommen und von internationalen Künstlern sehr gelobt wird.

Nun sollen von der Graz AG über 650.000 Euro für einen Umbau ausgegeben werden, den weder die Veranstalter noch das Publikum für notwendig erachten.

Peter Laukhardt, der stellvertretende Vorsitzende des Schloßberg-Fachbeirates, spricht von einem geplanten Betonklotz, einem schwer wiegenden Eingriff in den Kernbereich des Weltkulturerbes - Probleme mit der Unesco sind wohl zu erwarten. Gertrude Celedin, Leiterin der ASVK, die für das Bauvorhaben ein negatives Gutachten erstellt hat, befürchtet eine Lösung ohne gestalterischen Anspruch in diesem hochsensiblen Bereich.

Ein Überdenken dieses umstrittenen Bauprojektes ist deshalb hoch an der Zeit.

Die gegenwärtige Rathauskoalition hat mit der Wahl der Vertreter der Stadt Graz die Entscheidung getroffen, in die Geschäftspolitik der Stadtwerke sehr direkten Einfluss zu nehmen. Bürgermeister Nagl ist Vorsitzender des Aufsichtsrates, Vizebürgermeisterin Rucker auch dort seine Stellvertreterin.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Die Vertreter der Stadt Graz in der Graz AG sollen auf einen Stopp des gegenwärtigen Projekts des Umbaus der Kasemattenbühne am Schloßberg hinwirken.

Dieses Vorhaben darf ohne das Einverständnis des Schloßberg-Fachbeirates und der ASVK nicht umgesetzt werden. In die Planung des Umbaus sollen auch die sehr bemühten Konzertveranstalter einbezogen werden. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Krampl** zur Dringlichkeit: Meine Damen und Herren! Ich möchte es ganz kurz machen. Die sozialdemokratische Fraktion wird der Dringlichkeit und auch dem Antrag zustimmen. Ich möchte jetzt gar nicht darauf eingehen, ob das jetzt sinnvoll ist, diese Bühne zu drehen, ob die ASVK eingebunden wird, ja oder nein, das überlasse ich den Experten. Für uns als sozialdemokratische Fraktion geht es einzig und allein darum, jetzt auch bei diesem Fall Prioritäten zu setzen. Ich möchte nur Frau Stadträtin Kaltenbeck erwähnen, die das immer sehr bildhaft geschildert hat. Sie hat immer gesprochen von einem Alltagskleid und einem Sonntagskleid, ein

Sonntagskleid kann man sich leisten, wenn man es sich leisten kann, aber ich glaube in der Stadt Graz ist es jetzt soweit, dass wir eine Zeit lang unser Alltagskleid tragen müssen und daher ja zur Dringlichkeit und ja zum Antrag (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn**: Ich möchte mich zur Dringlichkeit und auch zum Inhalt gleich melden. Wir werden, wir müssen leider in dem Fall, und das ist wirklich ein leider, die Dringlichkeit hier ablehnen, da das Problem tatsächlich ist, dass die wesentlichen Entscheidungen schon vor über einem Jahr, eigentlich fast schon vor zwei Jahren, getroffen wurden und wir jetzt leider tatsächlich in einer Situation sind, wo die Dinge bereits soweit fortgeschritten sind, dass sie nur mehr sehr, sehr schwer stoppbar sind und auch unter Bedingungen, von denen wir auch nicht wissen, ob sie uns nicht dann noch teurer kommen als diese Geschichte. Ich denke mir, man kann das Projekt in zweierlei Richtung diskutieren, man kann sagen, es spricht einiges inhaltlich dafür, es spricht auch einiges inhaltlich dagegen; dafür, wir wissen die Beschwerden der AnrainerInnen, die Frage der Lärmreduktion für die betroffenen Bezirke. Es ist ein positiver Aspekt, der sehr sinnvoll auch erklärt wird, warum dieses Projekt, also die Drehung, stattfinden soll. Gleichzeitig auch die Frage der Zulieferung, wenn einfach oben Konzerte etc. veranstaltet werden von den Wegen her es praktischer ist, als auf der anderen Seite zufahren zu können. Dagegen spricht, und da stimmen wir auch der KPÖ zu, natürlich die Höhe der Summe, die hier investiert werden muss zu einem Zeitpunkt, wo die Stadt Graz tatsächlich in einer finanziellen Schieflage ist, also das ist tatsächlich...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Jahn**. Haben wir nie abgestritten, dass das der Fall ist, also ich verstehe die Aufregung nicht, aber bitte sehr, manche Leute können sich über alles aufregen. Das Problem an der Entscheidung ist, dass tatsächlich die Vorverhandlungen über

diese Bühnendrehung unter dem Herrn Stadtrat Riedler damals noch als Liegenschaftsreferent und Finanzreferent stattgefunden haben und das Projekt sozusagen auch eine Altlast noch aus der letzten Regierungsperiode und davor auch ist. Weil die eigentliche Konzeption von Schloßberg neu, was könnte dort neu konzipiert werden, hat eine Vorgeschichte, die bis in das Jahr 2001 zurückgeht. Der Punkt ist der, dass wir die Situation haben, dass die Ausschreibungen und der Projektstart schon erfolgt sind, dass die Ausschreibungen durch sind und dass sogar das Projekt schon an eine Baufirma vergeben ist. Und zwar, das Ganze schon seit September letzten Jahres, also zum Zeitpunkt, auch in Richtung KPÖ, wo wir Grüne leider in diesen allen Gremien nicht vertreten waren und leider auch diese ganze Diskussion darüber nicht hier stattgefunden hat und das ist tatsächlich ein Problem, das wir bei unseren Beteiligungen und bei den Ausgliederungen haben, dass eben hier Dinge passieren, die weit vom Gemeinderat, von gemeinderätlicher Diskussion weg sind. Und ich denke, das ist sicherlich eine Sache, die wir besprechen müssen, wie können wir ein besseres Beteiligungsmanagement zustande bringen und auch hier stärker die strategischen und die politischen Ziele der Stadt Graz in unseren Beteiligungen weiter verfolgen. In dem Fall muss man auch sagen, dass die ganzen amtlichen Genehmigungen, auch die naturschutzrechtlichen und die des Bundesdenkmalamtes, schon bereits seit September 2007 vorliegen und es dafür Genehmigungen gibt. Wir wissen auch nicht, was es uns kosten würde, zu dem jetzigen Zeitpunkt das Projekt zu stoppen. Wir könnten sagen, gut, Stadtwerke Freizeitbetriebe, Theaterholding, wir wollen das jetzt stoppen, müssen wir mit einem Rechtsstreit der ausführenden Firma rechnen, wir müssen mit neuen Planungskosten rechnen, weil tatsächlich die Garderoben im Zuge der Schloßbergrestaurantumgestaltung abgerissen wurden und momentan nicht vorhanden sind, diese aber oben, damit Veranstaltungen und Konzerte überhaupt stattfinden können, müssen so oder so neu gebaut werden. Das heißt, wir hätten neue Planungskosten und natürlich auch neue Baukosten. Ich persönlich bin mir nicht sicher, ob diese Summe dann geringer wäre als die aktuelle Investitionssumme, von der wir jetzt reden, die ohne Frage hoch ist. Deswegen sage ich auch, wir hätten uns sehr, sehr viel früher alle miteinander gemeinsam auch im Sinne eines Beteiligungsmanagements mit dieser Frage auseinandersetzen müssen. Ich denke aber, dass es jetzt leider zu spät dafür ist und wir hinkünftig wirklich mehr über das Beteiligungsmanagement reden sollen, damit unsere

politischen, strategischen Ziele hier besser verfolgt werden können. In dem Sinne muss ich sagen, leider werden wir der Dringlichkeit hier nicht zustimmen können (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Kollegin Jahn, nachdem Sie vor mir am Pult waren, muss ich sagen, Sie reizen mich ja. Aus zwei Dingen, erstens einmal, weil Sie natürlich einen urdeutschen Namen haben, ich glaube, Sie sind nicht die Enkelin vom Turnvater Jahn, auch nicht verwandt wahrscheinlich und das Zweite, die Kollegin schaut schon, meine Kebabfreundin schaut schon, die ist schon ganz böse auf mich und das Zweite ist, Kollegin Rücker wird sich ja noch erinnern daran, immer wieder in fünf Jahren, hat immer wieder gesagt, wir sind nicht dabei, wir haben nichts mitzureden und so, genauso haben Sie jetzt auch gesagt wieder. Damals in den Urzeiten, wo noch die Grünen nicht in der Koalition waren, da haben Sie auch nichts mitzureden gehabt und jetzt auf einmal haben sie vergessen seit, ich weiß nicht wann, das letzte Mal, wie der Gemeinderat damals zur konstituierenden Sitzung zusammengetreten ist und wie sie im März, wie sie an die Futtertröge der Macht gekommen sind, da haben sie leider auch vergessen, auch die Kollegin Rücker hat vergessen, was sie immer wieder in unseren gemeinsamen Ausschüssen gepredigt hat. Aber nur das, weil Sie mich gereizt haben und ich wollte das nur sagen, weil ich bin ja kein Steirer, aber sonst kriege ich, wie gesagt, noch einen steirischen Kropf und das wollte ich damit vermeiden. Jetzt zum Dringlichkeitsantrag, wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen und, Kollege Fabisch, ich muss das natürlich auch begründen, und zwar die Dringlichkeit ist meiner Meinung nach nicht gegeben, weil, wie gesagt, wir haben ja vor eineinhalb Monaten einen Prüfauftrag eingebracht für den Stadtrechnungshof, der in Arbeit ist und ich glaube, es wäre schon ein bisschen merkwürdig, wenn wir, und wie gesagt, ich bin Vorsitzender des Kontrollausschusses, wenn wir, der Kollege Herper hat das ja mitunterschrieben dann, wenn wir einen Antrag einbringen und während dieser Antrag noch läuft, das Spiel läuft noch und es laufen schon andere Leute auf der Spielfläche, also deswegen werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir glauben, es sollte zuerst, und das ist ja heute schon mehrmals erwähnt worden, es sollte Experten

geben und wie gesagt, ich bin der Meinung, dass der Stadtrechnungshof Experten in seiner Mitte hat und Experten sollen uns dann eben sagen, war das sinnvoll oder war das nicht sinnvoll. Wenn es nicht sinnvoll war, dann muss eben, wie gesagt, der Herr Bürgermeister und die Frau Vizebürgermeisterin müssen sich halt dann immer wieder sagen lassen, dass sie dort oben am Schloßberg jetzt mit oder ohne Drehung ein Pratz, Protz oder wie auch immer dort begründet haben und dafür gibt es aber einen Experten, dafür gibt es eben den Stadtrechnungshof, deshalb werden wir die Dringlichkeit ablehnen, weil wir glauben, dass es eben, und das wird in den nächsten Tagen oder in den nächsten Wochen wird dieser Prüfbericht fertig werden und anhand dieses Prüfberichtes werden wir dann unsere Entscheidung treffen, das einmal zur Dringlichkeit. Zum Antrag, zum Inhalt muss ich natürlich auch sagen, und das ist mir natürlich klar, dass die KPÖ ein bisschen Schwierigkeit hat mit dem AG-Gesetz, sich mit einer AG anzufreunden, hat sozusagen den Hort des Kapitalismus, da tut sich natürlich die KPÖ ein bisschen schwer dann, weil wenn sie dort schreiben, dass eben der Herr Bürgermeister und die Frau Vizebürgermeisterin Einfluss in den Stadtwerken haben, bei allem Respekt gesagt, Herr Bürgermeister und Frau Vizebürgermeister, Sie können bei der AG hupfen wie das Rumpelstilzchen, wird Ihnen das überhaupt nichts nützen, weil eine AG ist unabhängig und der Vorstand einer AG ist unabhängig und da können Sie hupfen, soviel Sie wollen und denen noch so viel sagen, Messner und Malik, ich weiß, ob... der Kollege Malik war eh früher da, Sie können dem noch so viele Weisungen geben, das gibt es nicht, bei einer AG gibt es keine Weisungen, die einzige Möglichkeit, die Sie haben, dass Sie in einer Gesellschafterversammlung, die ja hie und da im Salon des Bürgermeisters stattfindet, dass Sie dort die zwei Vorstände abberufen können, aber das wird Ihnen das wahrscheinlich nicht wert sein, das werden Sie wahrscheinlich nicht machen. Also alles andere, glaube ich, dass es eben auch vom Inhalt her der Antrag, so gut ich glaube, und Ihren guten Willen anerkenne ich natürlich, weil Sie können nichts machen dann. Sonst ist es natürlich sicher, wie gesagt, wir haben diesen Prüfauftrag eingebracht, weil wir auch der Meinung waren, dass da viele Sachen offen sind, dass Künstler gesagt haben, das ist nicht das Optimum, die Drehung ist nicht optimal, können wir nicht feststellen, kann von uns niemand feststellen, deswegen haben wir auch den Stadtrechnungshof gebeten, sich diese Sache anzuschauen. Wie gesagt, es gibt ja dort Baufachleute dann, aber wie gesagt, noch einmal zusammenfassend, wir

können der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir glauben, es ist nicht dringlich und dem Inhalt können wir auch nicht zustimmen, weil wir glauben, dass der Inhalt nicht dem Aktiengesetz entspricht. Danke (*Applaus FPÖ*).

Gr. Mag. **Frölich**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Bürgermeister, Herr Antragsteller! Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages auch nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass durch das anstehende und jetzt zur Umsetzung zu gelangende Projekt schlicht und ergreifend einige Dinge gelöst werden. Es werden zeitgemäße Garderoberäumlichkeiten entstehen, es wird eine Bühne, die sich nicht im Freien befindet, sondern überdacht sein wird, permanent überdacht sein wird, entstehen, es gibt dazu zwei Gutachten von unabhängigen Experten, Experten bescheinigen jetzt schon, dass eine Verschlechterung der Akustik nicht eintreten wird. Die ganze Problematik der Anlieferung durch Lkw wird gelöst werden, es wird natürlich auch dieser attraktive Vorplatz, der jetzt auf der Hinterseite des neuen Schloßbergrestaurants entstanden ist, diese ganze Piazzalösung dort miteingebunden werden und die Synergie zwischen dem neuen Schloßbergrestaurant mit der Gastroinfrastruktur und dem Eingangsbereich zu einer schönen neuen Situation führen und da bin ich dann ganz bei dir, Andreas Fabisch, dass das eine stilvolle Konzertarena ist, die durchaus auch ihren Beitrag leistet. Zu dem, was Graz sein will und was Graz seinen Besuchern anbieten will. Insbesondere habe ich auch festgestellt, dass in deinem Antragstext sich die Formulierung findet, dass das Vorhaben ohne Einverständnis des Schloßbergfachbeirates und der ASVK nicht umgesetzt werden soll. Ich darf vielleicht der guten Ordnung halber festhalten, dass in dem Gutachten der ASVK im Auftrag der Freizeitbetriebe und durchaus in Abstimmung mit der Anlagenbehörde zwei Gegengutachten entgegengehalten werden von renommierten Architekten, die dann auch gewürdigt wurden und dann zu den entsprechenden Voraussetzungen der jetzigen Umsetzung geführt haben und insbesondere möchte ich vielleicht bitten, auch zu notieren, dass am 27. 7. des Jahres 2007 im Starcke-Haus um 17.00 Uhr eine Tagung, eine Sitzung des Schloßbergfachbeirates stattgefunden hat. Und die Mitglieder des Schloßbergfachbeirates in Anwesenheit ihres Vorsitzenden Bouvier haben sich einstimmig für die Genehmigung des jetzt zur Umsetzung zu

gelangenden Projektes ausgesprochen. Der Herr Laukhardt als stellvertretender Vorsitzender war bei der Sitzung nicht dabei, das sei der guten Ordnung halber festgehalten. Das heißt, es gibt die uneingeschränkte Zustimmung des Schloßbergfachbeirates aus der Sitzung vom 27.7.2007. Insoweit ist natürlich auch der Antrag in diesem Punkt nicht den Tatsachen entsprechend, deshalb keine Zustimmung zur Dringlichkeit. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Zur Historie für die, die noch nicht so lange im Gemeinderat sind. Wir haben lange und mühsam gekämpft um ein neues Restaurant am Schloßberg, um ein solches zustande zu bringen. Beim Umbau hat sich herausgestellt, dass wir abrücken und dass die Mauer dahinter dann mitzusaniieren war. Kollege Wolfgang Riedler war es damals, der dann auch die finanziellen Mittel über die Graz AG zur Verfügung gestellt hat, dass wir de facto auch die Löwengrube wiederherstellen können. Dann war es aber nur logisch, wenn wir diesen neuen Zugang auch zum Restaurant haben, dass wir auch endlich das beenden, was auch alle Grazerinnen und Grazer und auch die Touristen schon sehr gestört hat und auch die Künstlerinnen und Künstler, die Garderobenräume waren eine einzige Katastrophe, ich habe sie vorher besichtigt, da hat sich schon niemand mehr umziehen wollen und auch aus hygienischen Gründen schon bald nicht mehr umziehen können, wir haben vorne diesen Ticketschalter auch schon vorbereitet und gemacht. Die Lärmsituation wurde schon geschildert, aber diese Containerlösung und das Austeilen der Decken etc. waren bei aller Romantik der Optik mit dem Bogen endlich einmal zu korrigieren. Und als der Kollege Riedler das Stück damals hier eingebracht hat, war uns allen klar, dass nicht irgendjemand die Vorbereitungsarbeiten hier macht, sondern dass der Herr Dr. Nebel, weil ja auch die Überlassung bei den Vereinigten Bühnen ist, der Betrieb wird überlassen den Vereinigten Bühnen, dass wir hier einen Experten haben, der schon weiß, was Bühnentechnik ist. Es gibt einen einzigen Grund, wieso man wirklich dagegen sein kann, das ist, wenn man Veranstalter ist und mehr Gäste unterbringen will, die halt jetzt einfach im offenen Zustand nach hinten Platz gefunden haben, das wird einfach nicht mehr gehen, wenn du die Bühne drehst. Ich freue mich wirklich, wenn wir auch dieses wirklich letzte grobe Kapitel am Schloßberg dann erledigt

haben werden und es wird mich sehr freuen, wenn die Bauarbeiten jetzt möglichst zügig über die Bühne gehen. Ich wollte das nur noch einmal dazusagen, weil zugestimmt haben auch alle Gremien und es ist nicht leicht, am Schloßberg ein Bauwerk zustande zu bringen und wenn das Bundesdenkmalamt, wenn Naturschutz, wenn der Schloßbergbeirat zugestimmt hat, dann sollte man das auch allen noch einmal sagen. Dass es immer wieder Einzelmeinungen gibt, denen es noch nicht gefällt, ist mir klar und auch die beiden Veranstalter, die es wirklich betrifft, denen können wir andere Lokale auch wieder anbieten und ich glaube, dass auch viele neue Veranstalter dann dort oben wieder auftreten werden und das verantworte ich dann gerne, so wie es der Mag. Korschelt auch gesagt hat. Ich glaube, auch diese Bühne wird weiterhin stark, sogar stärker bespielt werden (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganz kurz nur, lieber Klaus Frölich, private Gegengutachten gegen ASVK, das bin ich gewohnt aus der Berufungskommission, du bekommst für jede Stellungnahme der ASVK mindestens ein oder zwei private Gegengutachten in kürzester Zeit, das kenne ich. Die Garderoben sind versäumt worden, das gebe ich gerne zu, schon beim vorigen Umbau hätten sie berücksichtigt werden müssen, nur glaube ich, dass diese acht Millionen Schilling, ich rechne noch immer im alten Geld, besser investiert hätten sein können. Es ist uns klar, dass wir keine Weisung verlangen können an Nagl und Rücker, das ist mir klar, aber es zeigt auch, je mehr Auslagerungen es gibt, umso weniger Einfluss hat der Gemeinderat. Das werden wir auch im nächsten dringlichen Antrag vermutlich merken. Noch einmal, es geht mir aber nicht nur ums Geld, sondern auch um den gestalterischen Anspruch, den die ASVK sehr zu Recht hier erhebt, den sie hier vermisst. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt** zur Geschäftsordnung: Ich bin nicht Verteidiger der KPÖ, aber nur, Kollege Frölich, ich möchte schon fragen zur Geschäftsordnung, wenn Sie etwas sagen, dann müssen Sie sich Ihre Worte sehr wohl überlegen. Sie haben, und

ich glaube, ich habe sie richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, in dem Antrag stehe Unwahrheit, da würde ich Sie schon bitten...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Falsch habe ich gesagt.

Mag. **Korschelt**: Oder falsch, das würde ich schon bitten, dass sie das präzisieren, weil zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Peter Laukhardt, das haben Sie so gesagt, dass der nicht anwesend war, das möchte ich schon, dass Sie das präzisieren, was ist da falsch drinnen in dem Motiventext, das würde ich schon bitten dann (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Ich habe, wenn ich mich richtig erinnere, aber das können wir ja dann nachlesen, gesagt, es ist die Feststellung im Antragstext falsch, dass die Nichteinbeziehung des Schloßbergfachbeirates, wird behauptet, so steht es im Antragstext drinnen und ich habe gesagt, es hat die Einbeziehung insoweit gegeben, als der Fachbeirat am 27.7.07 im Starcke-Haus um 17.00 Uhr eine Sitzung hatte und dort im Beisein des Vorsitzenden, oder wie sich das nennt, des Schloßbergfachbeirates, nämlich des Herrn Bouvier, ein einstimmiger Zustimmungsbeschluss gefasst wurde und damals nach meinen, den mir, ich habe auch nur recherchiert, nach den mir vorliegenden Informationen der Herr Laukhardt an dieser Sitzung nicht teilgenommen hat, das habe ich zu seiner Verteidigung gesagt, dass er dort nicht dabei war. Der Vorsitzende Bouvier war dabei, das sind die Informationen, die meine Recherchen ergeben haben und im Antragstext findet sich die Formulierung, dass der Fachbeirat nicht einbezogen worden wäre, nur das...

Zwischenruf GR. Mag. Fabisch: Das steht nicht drinnen.

Mag. **Frölich**: Ich lasse mir gerne das Gegenteil beweisen, aber das war einfach meine Aussage.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es steht nicht drinnen. Es steht im Dringlichkeitsantrag anders drinnen.

Mag. **Fabisch**: Die Nichteinbeziehung des Fachbeirates habe ich nicht behauptet. Wir fordern es aber trotzdem. Wir fordern auch die Einbeziehung der ASVK, ich habe nicht behauptet, dass der Fachbeirat nicht herangezogen wurde.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Fabisch**: Aber bitte, dann bekomme ich in diesem Punkt ja schon Recht, ich freue mich, aber die ASVK ist trotzdem nicht einbezogen worden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es wird der Eindruck erweckt durch den Dringlichkeitsantrag und dieses Vorhaben darf ohne das Einverständnis des Schloßbergbeirates nicht umgesetzt werden und der ASVK, das Einverständnis des Schloßbergfachbeirates gibt es, damit sollten wir es aus der Welt schaffen und abstimmen. Es wäre falsch, wenn man das so interpretiert.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Erhöhung der Gas- und Fernwärmepreise

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Ich komme noch einmal zu den einleitenden Worten meines früheren Antrages. Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, gab es zu diesem Dringlichkeitsantrag von den Grünen einen Abänderungsantrag, der dann später durch einen anderen Abänderungsantrag abgeändert wurde und das alles in sehr unübersichtlicher Weise. Ich ärgere mich gegen diese Vorgänge, es ist kein Stil, ein Abänderungsantrag, der während der Sitzung dann noch einmal abgeändert wird, ich glaube, jeder Klub hat genug Zeit, nach 16.00 Uhr am Mittwoch bis Donnerstag 11.00 Uhr alle seine Wünsche unterzubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Energie Graz AG will mit 15. November den Gaspreis um 17 Prozent erhöhen, für die Fernwärme ist ein Preissprung von 9,3 Prozent auf den Verbrauchertarif geplant.

An diesem Unternehmen halten die Steiermark und die Grazer Stadtwerke AG je 49 Prozent sowie die Stadt Graz zwei Prozent. Die EGG betreut 16.000 Gas- und 35.000 Fernwärmekunden.

Die geplante Erhöhung stellt eine große Belastung für viele Menschen dar, die angesichts der aktuellen Lage nicht hinzunehmen ist.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert Bürgermeister Nagl und Vizebürgermeisterin Rücker als VertreterInnen der Stadt Graz im Aufsichtsrat der Graz AG auf, die Rücknahme der Gas- und Fernwärmepreiserhöhung der Energie Graz zu erwirken. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, es hat auch beim dringlichen Antrag zum Thema Armut sehr viele, auch sehr gute Wortmeldungen gegeben und da hätten wir jetzt einen weiteren Dringlichkeitsantrag, wo man den Worten gleich einmal Taten folgen lassen könnten, weil wie wir beim Thema Armut gehört haben, ist es Aufgabe der Politik, nicht nur bestehende Armut zu verhindern, es ist auch bestehende Armut zu lindern, sondern es ist auch Aufgabe, die Armut überhaupt nicht entstehen zu lassen und da hätten wir jetzt eine gute Chance bei diesem Antrag. Ich befürchte aber, dass jetzt bald Vertreter von der ÖVP auch herauskommen werden, die uns erzählen werden, dass das eh eine gute Preiserhöhung ist, weil im Vergleich zum Land, wo 26 % sein könnten, sind die 17 % eh noch viel besser und dass es nur dank der guten Leistungen unseres Bürgermeisters gelungen ist, so moderate Preiserhöhung stattfinden zu lassen. Ich finde das Ganze ein bisschen zynisch, wenn wir heute diskutiert haben, dass es schon in vielen Haushalten Automaten gibt, wo die Leute nur mehr mit Euro-Münzen teilweise in der Lage sind, sich Energie für die Haushalte zu nehmen. Aus meiner Sicht ist die Politik oder die Versprechen, die Wahlversprechen des Bürgermeisters und der ÖVP sind aus meiner Sicht gescheitert, ich habe auch, es wird zwar gleich wieder einen Aufschrei geben, weil ich wieder ein Stück mitgenommen habe, ich habe es nur ein bisschen verändert, das gefällt euch wahrscheinlich nicht mehr. Da steht, wir halten Versprechen, ich habe geschrieben „nicht“ dazu. Was noch steht, stabile Energiepreise für die nächsten Jahre; ja, wenn 17 % Erhöhung stabil ist, dann ok, dann würde ich dich bitten, dass du das vielleicht erklärst am Rednerpult, das würde doch sicher alle interessieren, was daran stabil ist. Was für mich auch eine Frage ist, wenn ich an das Land denke, wo euer Klubobmann Christopher Drexler herumzieht und sagt, dass der Herr Landeshauptmann gescheitert ist auf Grund der Erhöhung, dass er als Beteiligungsreferent zurücktreten soll, dann finde ich, habt ihr jetzt eine tolle Gelegenheit, in der Stadt das vorzuleben. Ihr könnt euch

aussuchen, ob der Herr Beteiligungsreferent Rüscher oder der Herr Bürgermeister den Schritt setzen will, aber ich glaube, das wäre ein Signal an das Land, wenn jetzt die Stadt-ÖVP sagt, wir stehen zu dem Wort, das die ÖVP fordert, wir setzen ein Signal und das Land soll diesem Signal folgen. Ich finde, das wäre eine gute Chance, hier mit Vorbildwirkung etwas vorzuleben. Bin überzeugt davon, es wird nicht so kommen. Was uns auch wehtut in dem Zusammenhang ist sicher, hat der Kollege Fabisch schon angeschnitten, der Ablauf beim Zusatzantrag der Grünen, ich glaube, dass ihr eigentlich eine sehr gute Formulierung gehabt habt und sehr gut begründet habt, dass der Gaspreis ja dem Ölpreis folgt und dass seit Jahresanfang bis Mitte des Jahres eine große Steigerung war, aber dass im Vergleich zum Jahresanfang der Ölpreis unter dem Wert am Anfang des Jahres 2008 war und zwar um ein Viertel drunter liegt und der Vorschlag, der am Anfang da war, dass sich die Vertreter im Aufsichtsrat dafür einsetzen werden, also die Frau Vizebürgermeisterin und der Herr Vizebürgermeister an der Spitze, das bis März hinauszuzögern zumindest, um dann die Entwicklung für die Zukunft besser abschätzen zu können, das wäre ein Vorschlag gewesen als Zusatzantrag, dem glaube ich, die Mehrheit im Gemeinderat gefolgt wäre. Leider, muss ich dazusagen, ist es dann so abgeändert worden, dass es jetzt eine Formulierung ist, die mehr als weich ist, weil wenn da steht, einen Prüfauftrag zu geben, welche finanzielle Auswirkungen die Beibehaltung der derzeitigen Tarifstruktur auf die Stadt hat und dass man sich dann an die Energie Graz, an die Graz AG, an die Energie Steiermark usw. wendet für zukünftige...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Haßler**: Nein, da steht Energie Steiermark, um zukünftig ein flexibles Tarifsysteem gestalten zu können, da können wir gleich den Bund und die EU und vielleicht die ölfördernden Länder auch noch dazunehmen, dann hätten wir sicher alle miteinbezogen. Ich glaube, das ist nicht das, was zum Ziel führen wird. Ich kann nur abschließend sagen und nachdem ich ein bisschen einen Fundus habe, habe ich noch etwas mitgebracht, auch von der ÖVP, die Braut, die sich nicht traut, ich

glaube, da drüben sitzt sie momentan. Inzwischen hat die Heirat stattgefunden, sage ich einmal und ich glaube, es ist an der Zeit, dass sich die Braut ein bisschen emanzipiert und vielleicht dem Bräutigam das eine oder andere Mal auch sagt, wo es langgehen soll und das wäre jetzt eine gute Chance, das hier zu nutzen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich ist es für mich als Betriebswirt klar, dass wir uns im kleinen Graz nicht vom internationalen Marktgeschehen, gerade im Bereich des Energiesektors Erdöl-, Erdgasproduktion etc., abkoppeln können. Das wäre illusorisch, das zu glauben. Aber es gibt dennoch ein paar Dinge zu berücksichtigen. Wenn wir uns die Entwicklung anschauen des Preises, des Marktes im Erdölbereich und Sie haben vorhin ja auch vernommen, dass die Preise für Erdgas im Wesentlichen sich anlehnen an die Erdölpreisentwicklung, weil es in den vergangenen Jahrzehnten, letzten zehn, fünfzehn Jahren leider Gottes europäisch nicht gelungen ist, eine Entflechtung des Erdgaspreises vom Rohölpreis zu erreichen, dann sehen wir bei der Preisentwicklung des Erdöls, dass wir in der Spitze des Juli/August, Juli/Anfang August in der Höhe von 145 Dollar pro Barrel, jetzt auf einen Preis heute heruntergefallen sind unter 70 Euro. Das heißt, wir haben nur mehr die Hälfte des Rohölpreises von der Spitze Ende Juli. Nachdem ich davon ausgehen kann, dass diese Preiserhöhung, die ersten sechs/sieben Monate sicher berücksichtigt hat, erscheint mir auch aus sozialer Sicht heraus, aber auch durchaus mit wirtschaftlicher Orientierung im Hintergrund diese Preiserhöhung, die angedacht ist, absolut zu hoch zu sein. Und ich ersuche hier wirklich, wirtschaftliche und soziale Vernunft einkehren zu lassen und diese Erhöhung der Preise für Erdgas und Fernwärme wirklich für jetzt einmal auszusetzen und die weitere Marktentwicklung, die ja auch in Abhängigkeit zur Konjunktur, zur Weltkonjunktur steht, abzuwarten. Es wäre wirklich kein guter Zug, hier überhöhte Preise zu verlangen, nicht für Leute, die mit ihrem Porsche irgendwo herumpletern in der Weltgeschichte und das vielleicht gar nicht sinnhaft ist, sondern weil hier wirklich diese Produkte verwendet werden für die Unternehmen, die eine Fernwärme brauchen zum Beispiel, um ihre Büroräume zu heizen, für die Grazerinnen und Grazer, die daheim einfach es warm haben

wollen und die nicht ausweichen können, weil die haben nur den einen Fernwärmeanschluss. Sie können nicht ausweichen auf andere Möglichkeiten der Wohnraumerwärmung und ich fände das aus sozialer Sicht absolut ungebührlich, das jetzt so durchzuziehen, über das Knie zu brechen bei dieser Marktentwicklung und das Zweite ist, dass wir hier in diesem Sinne auch wirklich einen hellen Kopf und einen kühlen Kopf bewahren müssen, um hier nicht in eine Schiefelage zu geraten, die auch, wie wir wissen, inflationstreibend ist. Wenn wir die Preise erhöhen, steigert das die Inflation, steigert das die Geldentwertung und das ist wohl auch eine Sorge, die uns bei vielen Preiserhöhungen trifft. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Antragsteller! Ich darf ankündigen, dass die Fraktion der Volkspartei dem Antrag, der Dringlichkeit zustimmen wird und darf, um einen Vorwurf vorzubeugen, dass sonst nichts gesagt würde oder gar das Einverständnis gegeben wäre mit dem, was bisher behauptet wurde, zunächst Bernd Schönegger schon ankündigen für den Fall der Annahme der Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Schönegger** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren der Stadtregierung, hoher Gemeinderat! Damit der Abschied vor allem Ihnen nicht ganz so leicht fällt, erlaube ich mir einige Dinge jetzt zu sagen. Also, Kollege Haßler, das ist eine Untertreibung, wenn ich sagen würde, dass das eine besondere Kunst ist, was da passiert ist, wie Sie sich da herausgestellt haben. Ich sage Ihnen, wie es war, weil Sie waren nicht da.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Du bist der Parteiobermann.

Mag. **Schönegger**: Sie waren noch nicht da im November 2007 und deswegen erzähle ich es Ihnen jetzt kurz, wie das war. Ihr Parteivorsitzender, damals noch nicht Parteivorsitzender, sondern Beteiligungsreferent, zuständiger, hat im November 2007 mittels Stimmrechtsermächtigung eine Energiepreis- und Strompreiserhöhung in dieses Haus eingebracht.

Zwischenruf GRin. Krampl: Das haben wir alles schon gehört.

Mag. **Schönegger**: Einzig und allein durch das mutige Einschreiten unseres Bürgermeisters und der Verbündeten... (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Eichberger: Das ist ja wohl ein Witz.

Mag. **Schönegger**: Das ist ein ernstes Thema, weil da werden Dinge behauptet, die Dagmar geht jetzt, da werden Dinge behauptet, und das möchte ich jetzt schon klarstellen. Einzig und allein diesem Einschreiten ist es zu verdanken, dass die damals grob geschätzt, dritte oder vierte Voves-Strompreiserhöhung, die nach Graz hereinzubrechen drohte, verhindert werden konnte...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Gibt's für Schleimer keinen Ordnungsruf?

Mag. **Schönegger**: ...im November 2007 war das. Das ist gar nicht so witzig. Der Grazer Bevölkerung sind demnach ein Jahr lang diese Strompreis- und Energiepreiserhöhungen erspart worden. Das ist einmal was (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Danke, Sigi.

Mag. **Schönegger**: Herr Gemeinderat, Kollege Korschelt bedankt sich persönlich, das ist wunderbar, da habe ich schon Überzeugungsarbeit geleistet, das freut mich, dass ich da am letzten Auftritt Überzeugungsarbeit auch im linken oberen Eck von mir aus gesehen, leisten konnte. Aber jetzt wirklich kurz, das war zur Historie, das muss man wissen, wenn man sich hier herausstellt und irgendwelche Dinge sagt, die so nicht stimmen, das muss man wissen, dass es der eigene Parteivorsitzende war und so weiter und so fort. Damit ist das abgeschlossen, passt. Ich möchte ein paar andere Dinge sagen.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Aber was Gescheiteres.

Mag. **Schönegger**: Die Energie Graz ist ein wirtschaftlich agierendes Unternehmen. Die Energie Graz hat immer wieder durchaus Gewinne zu verbuchen. Nur was passiert denn im Unterschied zur Energie Steiermark mit diesen Gewinnen? Damit wird zum Beispiel der öffentliche Verkehr in dieser Stadt querfinanziert, das es einen ordentlichen Takt gibt und nicht dass die Busse oder die Trams um 18.00 Uhr stehen bleiben und aufhören zu fahren oder dass sie im 20-Minuten-Takt durch die Stadt fahren. Damit werden zum Beispiel Freizeit- und Erholungsräume in dieser Stadt finanziert. Ich nenne als Stichwort die Freizeitbetriebe mit den städtischen Bädern, es hat nicht jeder das Glück, dass er daheim ein Schwimmbad hat oder

eine private Sauna. All das wird für die Grazer Bevölkerung finanziert mit den Überschüssen aus dem Energiebereich (*Applaus ÖVP*). Jetzt waren wir im November 2007 soweit, dass wir gesagt haben, ok, wir übernehmen einmal die vom Land herüberschwappende Energiepreiserhöhung, wir fangen die ab als Stadt Graz, als Energie Graz, nur was passiert denn, wenn wir das dauern tun? Dann haben wir ein Problem mit dem öffentlichen Verkehr, dann haben wir ein Problem mit der Finanzierung der Erholungs- und Freizeiträume.

Zwischenruf GR. Eichberger: Was du für einen Schwachsinn zusammenredest, das ist unfassbar.

Mag. **Schönegger**: Ich weiß schon, Klaus, dass dir das nicht gefällt, aber das ist die Wahrheit. Ich habe einen anderen Vorschlag, vielleicht gelingt es uns, Klaus, gemeinsam, vielleicht gelingt es uns gemeinsam, du beim Kollegen Beteiligungsreferenten Voves mit der Doppelspitze Peter Schachner, ich weiß ja nicht, wer da mehr zu reden hat bei euch, aber wurscht, das werdet ihr wissen, dass man da einmal redet. Nicht dauernd Energiepreise erhöhen und dann wie der Weihnachtsmann durch das Land rennen und Gutscheine verteilen, sondern einmal ordentlich Energiepolitik betreiben. Wenn uns das gelingt, denn eines muss auch klar sein, die jetzt anstehende Energiepreiserhöhung in der Stadt Graz ist nicht aus dem Unternehmen Energie Graz heraus zu veranlassen, sondern das ist einzig und allein die reine Weitergabe der Vorlieferungskosten von der Energie Steiermark, so ist das (*Applaus ÖVP*). Im Grunde hat der kommende und noch vorzutragende Abänderungsantrag der Grünen Fraktion durchaus inhaltlich sehr sinnvolle und ordentliche Aspekte drinnen, daher werden wir diesem Abänderungsantrag natürlich unsere Zustimmung geben. Nur wie vorher gesagt und zum Inhalt des KPÖ-Antrages, den Aufsichtsrat zu beauftragen, irgendwelche Preise zu senken, ist in einer AG, so wie früher auch schon gesagt, etwas schwierig.

Zwischenruf GR. Mag. Haßler: Warum sitzen Sie dann im Aufsichtsrat?

Mag. **Schönegger**: Zum Kollegen Haßler habe ich ausgeführt, stabile Preise, das haben wir gesagt, das stimmt auch so. Nur wenn der Voves andauernd die Energiereise erhöht, was soll denen die Stadt Graz machen, wenn die Stadt Graz der Abnehmer ist der Energie aus dem Lande? Also ich fasse zusammen, wir werden dem Abänderungsantrag der Grünen Fraktion unsere Zustimmung geben, wir werden dem eigentlichen Antrag natürlich nicht die Zustimmung geben, weil er inhaltlich nicht ganz richtig ist. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Lieber Bernd, wir haben ja nicht mehr lange das Vergnügen, deine lichtvollen Äußerungen in diesem Raum und von diesem Podium herunter zu hören, aber einen Tipp darf ich dir mit auf den Weg geben. Bitte bereite dich bei deinen Parlamentsreden eine Spur besser vor, weil dort herrscht einfach ein rauerer Ton. Der Kollege Grosz kann dir das schildern, da ist es wirklich ziemlich brutale Geschichte, wenn man dort so etwas sagt wie du hier, dann wird man natürlich fürchterlich blamiert und aufgeblättelt, vor allem weil man ja diese Sendungen auch im Internet übertragen kann. Es fängt damit an, dass es nicht im November, sondern im Dezember war, diese ominöse Sitzung, ist aber wurscht, soll es im November oder Dezember gewesen sein, passiert ist in Wirklichkeit Folgendes: Da ist keine Preiserhöhung beschlossen oder nicht beschlossen worden, sondern die Stimmrechtsermächtigung für unsere 2 % bezog sich auf einen Wirtschaftsplan. Und dieser Wirtschaftsplan wurde vorgelegt vom Aufsichtsratsvorsitzenden Malik, ist durchgegangen durch den Finanzausschuss mit den Stimmen der ÖVP, die damals alle mitgestimmt haben...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Vorstandsvorsitzender.

StR. Dr. **Riedler**: Warum, weil die Kollegen und Kolleginnen der ÖVP ein bisschen ein Wirtschaftsverständnis haben. Nur der Bürgermeister, dem ich nicht unterstellen will, dass er kein Wirtschaftsverständnis hat, hat aber die Karotte vor seiner Nase gesehen der Wahlen und er hat damals gesagt, was werden die Kommunisten mit mir machen, wenn da rauskommt, dass nämlich die Vorlieferpreise, du hast es dann ganz gut erklärt, steigen und dann möglicherweise eine Preisanpassung sein muss, um, was du auch falsch verstanden hast, zum Beispiel das Unternehmen in der Waage zu halten. Es gibt keine Querfinanzierung, bitte da drüben sitzt der Herr Finanzdirektor, wenn irgendwer in der Europäischen Union hörten sollte, dass es da eine Querfinanzierung gibt, dann wünsche ich dir und der Stadt Graz sehr viel Spaß, da darf man nicht einmal daran denken, mein lieber Freund.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Über den Verkehrsdienstleistungsvertrag.

StR. Dr. **Riedler**: Also warte, ich erkläre es dir ja, ich verstehe,...aber der Verkehrsdienstleistungsvertrag, muss ich euch denn alles erklären, habt ihr überhaupt nichts verstanden? Zu dem Zeitpunkt, als wir das beschlossen haben, der Verkehrsdienstleistungsvertrag bedeutet, wir zahlen dort rüber was.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Und wir kriegen das Geld.

StR. Dr. **Riedler**: Aber jetzt erinnere ich an was anderes. Auch was unser damaliger Finanzstadtrat Nagl gemacht hat, der Finanzstadtrat Nagl hat damals einen Teil der Energie verkauft, die haben einen teuren Preis bezahlt in der Höhe von 300 Millionen Euro, die Energie Graz, und diese 300 Millionen Euro mussten sie

aufnehmen, die haben sie aufnehmen müssen und das bedeutet nichts anderes, als dass sie im Moment überhaupt nicht in der Lage sind, irgendwelche Dividenden auszuschütten oder Beteiligungserträge abzuliefern. Schaut ein bisschen in die Bilanz, ihr sitzt ja alle jetzt supergescheit im Aufsichtsrat drinnen, es ist kein Problem für den Aufsichtstat oder eine Aufsichtsrätin, natürlich auch sich zu informieren (*Applaus SPÖ*) und dann erklärt es dem Kollegen Schönegger, damit er ein bisschen besser Bescheid weiß, wenn er die Interessen der Stadt Graz, was er ja hoffentlich dann tun wird, in Wien vertreten wird. Also jetzt geht es einmal so los. Das Problem ist nur, hätten wir den Wirtschaftsplan, im Jänner war die Generalversammlung geplant nämlich, hätte es damals eine Generalversammlung gegeben, wäre der Wirtschaftsplan beschlossen worden, dann wären wir deutlich besser ausgestiegen als heute, das sage ich euch und das garantiere ich euch und das lässt sich auch nachweisen, das ist nicht von mir erfunden. Das heißt also, in Wirklichkeit ist diese Verzögerung extrem nach hinten losgegangen, die Energiepreise sind um über 34 % gestiegen, zum Beispiel beim Erdgas, die Preiserhöhung beläuft sich auf 17 % beim Erdgas. Ähnlich dramatisch die Situation beim elektrischen Strom. Jetzt hat der Landeshauptmann Voves etwas Grundkluges gemacht. Er hat dafür gesorgt, dass die Einnahmen und die Erträge der Estag zurückgeführt werden an die Strombezieherinnen und Strombezieher, weil, was du auch nicht weißt, war, dass der, ich weiß nicht, bei der ÖVP bei euren Streitereien weiß man es ja nicht, im Gegensatz zu uns, bei uns haben vielleicht mehrere etwas zu sagen, bei euch haben, manchmal weiß man nicht, wer was zu sagen hat, der Paierl jedenfalls war derjenige, der die Energieproduktion der Estag ausgelagert hat und an den Verbund verscherbelt hat um ein paar Millionen Euro, und daher produziert die Estag leider auch nicht mehr, sondern ist Zwischenhändler. Wer das nicht weiß und sich hierherstellt und große Reden hält, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er von nichts eine Ahnung hat.

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

StR. Dr. **Riedler**: Ihnen muss man es leider laut sagen, Frau Kollegin Gesek, weil Sie sonst nichts verstehen können (*Applaus SPÖ*). Jetzt ist das tatsächlich ein Dilemma, das von A bis Z von der ÖVP ausgelöst wurde. Die ÖVP ist verantwortlich, dass es keine Flusskraftwerke mehr gibt in der Steiermark, die uns gehören.

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Unerhörte Behauptungen.

StR. Dr. **Riedler**: Natürlich ist das eine unerhörte Behauptung, weil du das nicht gerne hören möchtest. Ich verstehe dich ja, mein lieber Bernd. Aber, soll ich dir was sagen, noch ein Tipp, ein kleiner Ratschlag. Ich weiß, es hat wieder euer Rajakovics was ausgetüftelt und was rausgefunden, diesmal wird es vielleicht stimmen, vielleicht kommt er irgendwann auf die Idee, genauer hinzuschauen. Aber jedenfalls ist es so, dass von A bis Z die Energiepolitik der ÖVP in diesem Land gescheitert ist und jedes Mal einmal mehr scheitert (*Applaus SPÖ*). Jetzt muss ich sagen, es war meine Initiative, dass die Stadtwerke aus dem Finanzergebnis herausgekommen sind, wenn das nicht passiert wäre und wenn ich das nicht initiiert hätte und vorangetrieben hätte, dann würden wir heute hier stehen, und ich sage das in allem Ernst, und müssten um die Stadtwerke bangen, die Stadtwerke wären ein verlorenes Unternehmen, weil nämlich alle Veranlagungen im Finanzbereich mit dieser Riesenkrise, die wir jetzt zu beobachten haben, verloren gegangen wären und dann hätten wir ganz andere Sorgen als die, die wir hier haben. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, natürlich will man das nicht gerne sehen und nicht gerne hören und natürlich ist es so, dass es eine hervorragende Idee von Voves war, den Menschen wenigstens einen Teil des Geldes zurückzugeben, das sie über die Strompreiserhöhung zahlen müssen. Es war ja auch schließlich eure Idee, die Franzosen in das Unternehmen reinzuholen,...

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher: Was war mit dem Hans-Joachim Ressel?

StR. Dr. **Riedler**: ...das haben alle ÖVPLer ständig vergessen, ihr leidet ja unter politischer Amnesie offenbar, wenn es darum geht, die Wahrheit zu sagen und die Wahrheit ist, wir haben keinen energieproduzierenden Sektor, das hast du richtig auch bei den Stadtwerken bemerkt, einmal hingeschaut vielleicht. Es ist wahr, es gibt eine unglaubliche Energiepreissteigerung und es ist wahr, man muss sich jetzt Gedanken machen, wie die kleinen Haushalte mit diesen steigenden Energiekosten zurande kommen und da hat dann deine Demagogie überhaupt keinen Platz meiner Meinung nach...

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Aber deine schon.

StR. Dr. **Riedler**: Ich fände es ausgesprochen angebracht, wenn Grüne und ÖVPLer, die ja jetzt im Aufsichtsrat sitzen und damit die alleinige Verantwortung für diese Entscheidungen tragen, dafür sorgen, dass wiederum die Vorstände der Grazer Stadtwerke, die wiederum im Aufsichtsrat und als Eigentümerversorger gegenüber der Energie Graz agieren, versuchen sollten, hier zu einer Lösung zu kommen. Das ist nicht wahnsinnig schwer und das ist auch nicht zuviel verlangt. Strengt euch ein bisschen an, denkt nach und arbeitet bitte vor allem mit korrekten Daten, dann wird es gelingen. Wir werden euch jedenfalls den Rücken frei halten dabei (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 20.55 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Stadtrat, betreffend die Lautstärke möchte ich darauf hinweisen, dass wir auch für Schwerhörige eine Induktionsanlage hätten und ich hoffe, dass deine Bemerkung in Richtung Frau Gesek (*Applaus ÖVP*) das nicht inkludiert hat, sonst brauchen wir, glaube ich, nicht so laut ins Mikrofon hineinrufen, irgendwann kann man nicht mehr zurückdrehen. Nach den lauten Ausführungen möchte ich es etwas leiser versuchen, endgültig in diesem Kreise richtigzustellen, weil das letzte Mal im Gemeinderat zur Energiedebatte von dir Dinge behauptet worden sind, die ich überprüfen habe lassen und diese Kennziffern möchte ich jetzt auch dem Gemeinderat hier vortragen. Die Journalistinnen und Journalisten, die sich damals schon dafür interessiert haben, haben das von mir bekommen und man hat dann auch von deinen Ausführungen in den Medien nichts mehr gelesen. Aber ich habe vergleichen lassen die Wirtschaftsplananträge von Herrn Stadtrat Dr. Riedler am 6. 11. 2007, wann es im Gemeinderat war, weiß ich ziemlich genau, weil ich nach, und das hast du richtig geschildert, den vielen Gremien, die das alles schon vorbereitet habt, mir angesehen habe, welche Teuerungen auf die Grazerinnen und Grazer zukommen und ich war der, und das kannst du dreimal anders behaupten, ich war derjenige, der dieses Stück von der Tagesordnung genommen hat und gesagt habe, mir ist es aufgefallen, dass wir hier den Grazerinnen und Grazern etwas vorschreiben, worunter sie leiden werden und da komme ich dann wieder zurück auf Armutsdebatte und all die Probleme, die die Menschen haben. Ich habe es verglichen auch mit der Ferialverfügung, die ich am 29. Juli 2008 dann gemacht habe und da hatten wir dann die Diskussion daraufhin. Dein Antrag vom 6.11.2007 Wirtschaftsplan 2008 mit einem EGT von plus 144.000 Euro, das war das, was du gemeinsam mit dem Unternehmen oder vom Unternehmen als Ziffernwerk bekommen hast und hier in den Gemeinderat einbringen wolltest, eingebracht hast es auch, aber das wir nicht zur Abstimmung gebracht haben. Hätten wir es zur Abstimmung gebracht, hätte es folgende Preiserhöhung gegeben: 7 % ab 1.4.2008 beim Gas, beim Strompreis zwischen 7 und 16 % ebenfalls mit 1. April 2008, Fernwärme 6,3 % Erhöhung beginnend mit 1.1.2008. Keine Anpassung an Vorlieferanten beziehungsweise Partner Estag, sage ich jetzt dazu, ich erkläre dann, was ich damit meine. Der zweite Antrag, Beschluss 29.7.2008, Ferialverfügung, auf meine Kappe genommen, Wirtschaftsplan Ergebnis EGD Minus 4.224.000 fürs Unternehmen, Gaspreis bis dato keine Erhöhung, das heißt, diese 7 % ab 1.4. haben wir den Grazerinnen und Grazern schon erspart.

Strompreis 4,4 % (analog Estag-Modell? sozial gestaffeltes Modell) ist jetzt seit 1.7.2008 in Kraft. Fernwärme bis dato keine, es wurde von der Stadt beschlossen, Erhöhungen ausschließlich als Anpassung an die Vorlieferanten/Partner durchzuführen, das heißt, das was Bernd Schönegger gesagt hat, ist klar, wenn unser Vorlieferant, die Estag, in dem Ausmaß erhöht, dann müssen wir ja auch weitergeben und das möchte ich da schon einmal verdeutlichen. Wir haben im Gegensatz zur Estag im Land Steiermark, und das ist ein Vorwurf, den auch meine Fraktion ganz massiv gegenüber dem Beteiligungsreferenten des Landes, Herrn Landeshauptmann Franz Voves, jetzt ins Rennen führt, wir machen in unserem Unternehmen keine Millionen und hunderte Millionen Gewinn oder zig-Millionen Gewinne, das machen wir nicht. Im Moment geht es sogar pro Jahr über 100 Millionen hinaus. Die Dividende ans Land Steiermark voraussichtlich für das nächste Jahr, von Herrn Schachner schon angekündigt, 20 Millionen Euro kann man sich vorstellen und deswegen ist diese Gesamterhöhung, die da jetzt gekommen ist und die nicht einmal mit den Entwicklungen in irgendeiner Form korreliert mit den Entwicklungen, es geht rauf und es geht runter, eine Erhöhung, die nach meiner Meinung nach den Grazerinnen und Grazern nicht zumutbar ist. Und wir haben in der Energie Graz diese Gesamterhöhung, die es jetzt vom Land Steiermark gibt, nicht einmal beschlossen, Sie haben gehört statt 24 - 17 und zwar diese 17, weil wir in diesem Bereich Gas schon teure Preise gehabt haben und noch einmal, wir horten da kein Geld, das man dann auch irgendwie verteilen will oder ich weiß nicht für welche Zwecke aufhebt, sondern wir haben bei der Graz AG, bei unseren Stadtwerken drüben versuchen wir ein ausgeglichenes Budget zu haben. Das weißt du so wie wir, da werden keine Millionen angespart im Land Steiermark, bei der Estag sehr wohl und da kann man sich auch drüber aufregen, weil an diesen Erfolgen partizipiert zumindest zu 25 %, und das war auch nicht nur der Kollege Paierl, es ist richtigerweise als Zwischenruf schon vom Kollegen Rüscher gekommen, auch ein Finanzlandesrat Ressel, den ich sehr schätze, aber die Franzosen freuen sich über die Mordsgewinne, die dort gemacht werden und die die Grazerinnen und Grazer zu tragen haben. Die Entwicklung für die Energie Graz war zwar nicht erfreulich, Änderungen im Gesellschaftsdarlehen und Entnahme Körperschaftssteuer werden unter diesem Gesichtspunkt geprüft und geplant, weil ich auch gesagt habe, wir sollten alles Erdenkliche noch im Unternehmen tun, um zu schauen, dass wir nicht zu vier Millionen Verlust kommen und da gibt es ein paar

Überlegungen dazu. Neues Energiepreisanpassungsmodell an den Börsenpreis beziehungsweise Vorlieferantenpreise wird entwickelt, das ist das, was im August schon mir damals schon geschickt worden ist. Insgesamt werden für das Jahr 2008 im EGT-Vergleich der beiden Anträge für die Grazer Kunden 4,7 Millionen Euro erspart und letztlich vorgesehene Energiepreiserhöhungen im Frühjahr 2008 an Erhöhungen des Marktes beziehungsweise Vorlieferanten ausdrücklich angepasst. Wir haben mit dem Zurückziehen dieses Antrages im Dezember unter Garantie den Grazerinnen und Grazern, und ich sage das da noch einmal, damit die Zahl jederzeit nachzuprüfen, 4,7 Millionen Euro erspart und das ist mir so wichtig (*Applaus ÖVP*). Zum Kollegen Haßler auch noch was. Ich kenne Sie, ich schätze Sie, aber wenn Sie da vorne hingehen, Behauptungen aufstellen, dass die Volkspartei das und das und jenes meint und dann noch sagen, das ist zynisch, dann möchte ich sagen, Sie stellen eine These auf und sagen dann gleich, das ist zynisch, ich weiß, wie es vielen Grazerinnen und Grazern geht und zwar glaube ich, sehr, sehr gut. Ich bin seit 11 Jahren jeden Tag in Graz unterwegs und ich weiß, wie die Menschen im Moment leiden und deswegen müssen wir das ernsthaft diskutieren, Anträge da herinnen betreffen immer das Unternehmen, das sage ich jetzt auch noch einmal dazu, und es war noch nie gescheit zu sagen, was die da drüben oder nicht, weil wir können es auch nicht unmittelbar als Auftrag, wurde heute hier auch schon gesagt, da drüben 1 : 1 umsetzen. Und wenn das Land Steiermark es jetzt schafft, und ich bin da gespannt, was nächsten, ich glaube Dienstag haben sie den Sonderlandtag, morgen, ich traue mich wetten, dass der Herr Landeshauptmann umdenken wird und dass es diese Erhöhungen nicht geben wird. Zuerst war die Anlage zu laut, jetzt könnte sie zu leise sein und ich bitte jetzt wirklich, lassen wir da auch diese Dinge weg, wer da irgendwem... Ich habe damals nichts anderes getan und gesagt, ich möchte diese Erhöhungen nicht und ich möchte auch, und wir haben es auch hinausgezögert, es war schon einmal der Antrag von Seiten der Energie Graz da, gleich nach dem Sommer noch wesentlich mehr zu erhöhen und ich habe gesagt, bevor ich nicht den Marktpreis kenne, wird es nicht getan, obwohl sie unterschiedlich einkaufen, nämlich laufend, und da ergibt sich dann ein Mischpreis. Also man darf auch nicht nur schauen, was ist gerade jetzt da, sondern wir haben das ganze Jahr über diese Energiebereiche eingekauft. So werden wir das auch in den nächsten Jahren halten, aber, aber noch einmal, wir haben keine großartige Reserven, die wir da anlegen, bei der Estag passiert es, kann jeder auch gerne nachlesen und ich bin

auch gerne bereit, mit jedem die Estag-Bilanz durchzugehen. Das was offiziell bekannt ist, zeigt mir zumindest, dass jedes Jahr dort ordentlich Gewinne gemacht werden, die wir leider nicht machen in dem Ausmaß, dass wir da auf solche Preiserhöhungen verzichten können. Wolfgang, du kannst genauso da wieder dich zu Wort melden und dagegen reden, ich darf dich nur einmal bitten und das kannst du schriftlich haben, wenn du willst, werde ich es gerne auch einmal von einem Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater dann schicken lassen, das ist Faktum, 4,7 Millionen haben sich die Grazerinnen und Grazer erspart und ich habe auch eines nie getan und das bitte, mir auch einmal zu zeigen, auch in diversen Aussendungen oder sonst was, mir zu zeigen, dass ich gesagt habe, dass es mit mir keine Energiepreiserhöhungen geben wird, dass ich das den Grazerinnen und Grazern verspreche, das habe ich nie getan und werde ich auch nie tun. Ich habe einmal auch als Finanzreferent mitgetragen, dass es keine Gebührenerhöhungen in Graz gibt über einen Zeitraum von fünf Jahren, wir haben uns das damals zwischen SPÖ/FPÖ und ÖVP so vereinbart, war fünf Jahre lang ganz, ganz schwierig, weil in manchen Bereichen ist uns was davongaloppiert, in anderen Bereichen sind wir endlich auch auf österreichischen Durchschnitt gekommen, möchte ich auch noch sagen, weil Benchmark auch wichtig ist, vor allem wenn es ums Ansiedeln von Betrieben und ums Zuziehen von Menschen geht. Also das ist nicht mein Weg, ich sage das auch gleich für die Zukunft, wenn man das dauernd behauptet, dann wird es auch nicht richtig. Gut, in diesem Sinne darf ich den Vorsitz wieder übernehmen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.05 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Es ist mir wirklich unangenehm, aber es ist leider so, ich muss mich ein bisschen in den Rosenkrieg, der ja zwischen Rot und Schwarz herrscht...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wir sind nicht verheiratet.

Mag. **Korschelt**: Aber, eben das ist ja das Problem, dass scheinbar die Scheidung ist gar nicht bei einem ordentlichen Scheidungsrichter... jedenfalls ist es irgendwie, glaube ich, für den Bürger, Gott sei Dank, heute sind wir eh überbesetzt, sind eh noch einige Bürger da, aber sonst, glaube ich, ist das genau das, was den Bürger ja unangenehm aufstößt dann. Jetzt haben wir es in der Stadt auch soweit gebracht, dass wir auch diesen Rosenkrieg haben, weil Schwarz ist jetzt ein bisschen fremd gegangen mit Grün, jetzt ist wieder Rot beleidigt, das geht jetzt so hin und her, der Ball wird so hin- und hergeschoben dann, also für mich ist das unvorstellbar, weil ich kann mich noch gut erinnern, ich bin ja begeisterter Zeitungsleser, ich glaube, es war im Dezember des vergangenen Jahres, war in einer Grazer Zeitung, die ja von der ÖVP sehr gut bedient wurde, ist gestanden vom Nagl-Riedler-Plan usw., das ist jetzt alles weg dann, jetzt gibt's nur noch den Nagl-Rücker-Plan und den wird es wahrscheinlich beim nächsten Mal geben, also Scheidungskrieg pur.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Warte nur, zu dir komme ich schon, warte nur. Das lasse ich mir nicht entgehen, dich ordentlich zu verabschieden, lieber Freund, dann. Aber jetzt ist auch das Problem, dass wir das im Land auch haben und das haben wir, wie gesagt, Gott sei Dank haben wir es vom Land übertragen in die Stadt, weil im Land ist es ja auch so, da ist ja Strompreis, die Roten dafür, die Schwarzen dagegen usw. Hypoverkauf, die Roten dafür, die Schwarzen dagegen, also ich bin schon ganz schwindlig, ich kenne mich schon gar nicht mehr aus. Jeden Tag schaue ich schon, um 6 Uhr in der früh in die Zeitung, was ist Neues wieder und das ist das, was dem Bürger ja schon zu denken gibt und sagt, die sind da wie Hund und Katze, dann umarmen sie sich wieder, ich glaube, das ist doch ein Armutszeugnis, wenn man

dem Bürger zeigen kann, und das hat die Politik nicht unbedingt ausgezeichnet in Zeiten wie diesen, wo es wohl andere Probleme gibt dann, wenn man sich jetzt gerade die wirtschaftliche Lage, und wir haben eh heute darüber lang diskutiert, anschaut, dann glaube ich, sollte man doch versuchen, ein bisschen zumindest die Gemeinsamkeiten herauszustreichen. Aber nun zum Antrag, ich freue mich natürlich, Kollege Fabisch, dass Sie sofort lernfähig sind. Und jetzt zu dir, lieber Kollege Parteisekretär. Du bist ja Jusstudent oder hast Jus studiert, beim Handelsrecht musst ein bisschen geschlafen haben, kommt mir vor, weil hie und da, weil diesmal ist der Antrag vollkommen richtig...

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Lass mich einmal ausreden, du bist dann in Wien, dann hörst mich eh nicht mehr reden, also jetzt lasse mich ausreden.

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Was mir ein bisschen leid tut.

Mag. **Korschelt**: Ja, mir auch, einer meiner Lieblingsgegner kommt mir abhanden, habe ich dann nur mehr die Kollegin, die vorne sitzt, sonst habe ich überhaupt niemand mehr, dann tue ich mir wahnsinnig schwer, da muss ich mich auf die Kollegin Jahn verlassen können, aber die wird schon hie und da was sagen, sonst habe ich ja niemanden mehr. Kollege Parteisekretär, in dem Fall ist es vollkommen richtig dann, weil die zwei Aufsichtsräte, die ja von der Stadt nominiert sind oder nominiert wurden, nicht mit unseren Stimmen, aber wie gesagt, ich will mich nicht wieder wiederholen, die Grünen haben ja vergessen, Kollegin Rücker, was sie fünf Jahre gesagt haben, aber steter Tropfen höhlt den Stein, man muss es oft genug

sagen. Dann glauben es inzwischen auch alle schon, aber in dem Fall ist es vollkommen richtig, weil natürlich kann, und du hast gesagt, das ist falsch dann, aber natürlich kann, und deswegen solltest du das vielleicht dir auf den Fahrten von Graz nach Wien, hast ja ein bisschen Zeit im Zug, ich hoffe du fährst als Partner der Grünen, wirst ja sicher nicht mit dem Auto fahren, sondern mit dem Zug, weil du willst ja umweltfreundlich sein, dann kannst das AG-Gesetz mitnehmen, da kannst natürlich lesen und da kann natürlich der Aufsichtsrat und die beiden Kollegen, Herr Bürgermeister und die Frau Vizebürgermeister sind ja Mitglied des Aufsichtsrates, die können sehr wohl Anträge im Aufsichtsrat stellen und das ist in dem Fall ist es komplett richtig. Was meinst du, Herr Beschwichtigungshofrat?

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Aufmuntern können wir sie.

Mag. **Korschelt**: Sie werden ja nur aufgefordert und in dem Fall können sie das dann, weil sie Aufsichtsräte sind und als Aufsichtsräte können sie sehr wohl. Ich glaube, du warst ja sicher auch in einem Aufsichtsrat. Sie können sehr wohl als Eigenperson, wenn sie dem Gemeinderat verantwortlich sind, dann können sie sehr wohl im Aufsichtsrat diesen Antrag stellen, und der Aufsichtsrat hat ja an sich die Mehrheit und kann sehr wohl das beschließen und da möchte ich dem Kollegen Fabisch gratulieren, dass er sofort zwei Anträge später meine Anregung aufgegriffen hat und das fachlich komplett richtig und den Kollegen auch bitten, den Juristenkollegen, ich bin ja kein Jurist, ich bin nur ein einfacher Betriebswirt, aber wie gesagt, AG-Gesetz zu kaufen beim Moser, kostet wahrscheinlich 18 Euro und schon bist dabei. In diesem Sinne, wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag unsere Zustimmung erteilen (*Applaus FPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Zuerst einmal, lieber Herr Bürgermeister, herzliches Dankeschön, du hast es tatsächlich korrekt ausgedrückt, was über die Einnahmen

der Energie Graz zu sagen ist, die werden nicht für Querfinanzierungen verwendet, wie der Kollege Schönegger das gemeint hat, vielleicht solltet ihr im Klub ein bisschen besser euch vorbereiten und auf euren Bürgermeister hören, wenigstens in dieser einen Frage, weil dann kann so ein Ausrutscher nicht passieren, da hat er Recht der Bürgermeister. Es gibt also keine Einnahmen, die für Querfinanzierungen oder was verwendet werden können. Aber mit einem hat er dann schon wieder nicht Recht, das Problem ist ja, dass die Energie Graz ihren eigenen Kaufpreis selbst verdienen muss, das waren die 300 Millionen plus Abspaltungsverlust, der ausgeglichen wurde für die Stadt Graz in der Höhe von 96 Millionen Euro. Und da geht das ganze Geld hin, natürlich nehmen wir was ein, das war ein Vorgriff und dieser Vorgriff ist reingesteckt worden in die Stadtwerke. So herum könnte man es vielleicht erklären. Der Herr Bürgermeister war dann immer ganz stolz, dass die Eigenkapitalquote der Stadtwerke damit aufgemöbelt wurde, das Problem war nur, dass die Stadtwerke begonnen haben, einen nicht unerheblichen Teil des Geldes, eigentlich den ganzen Teil des Geldes dieser 300 Millionen Euro zu veranlagern, und hätte man dieses Konzept des Herrn Bürgermeisters, des früheren Finanzstadtrates, weiterverfolgt, dann wären die Stadtwerke mittlerweile komplett an die Wand gefahren, das war in Wirklichkeit das, was zu sanieren und herzurichten war. Und da kann man jetzt den Kopf schütteln, wie man will, Herr Bürgermeister, du kannst auch den Kopf schütteln bei den Energiepreisen, übrigens die Energiepreiserhöhung ist in dem Stück nirgendwo drinnen gestanden, das kann man nur wissen, wenn man den Wirtschaftsplan sich erläutern lässt. Das hast du offenbar machen lassen, das ist richtig und gut, das zu machen, es ist dabei um eine Vorlaufpreiserhöhung gegangen, übrigens die Preiserhöhung war nicht so, wie du sie genannt hast, ich erkläre es dir ja auch sehr gerne, wenn du mich nur fragst. Es ist richtig, die Energiepreise steigen, aber nicht der Strompreis in der gleichen Höhe und auch nicht der Gaspreis in der Höhe, nur in der Höhe von dreieinhalb Prozent, nicht von sieben Prozent, wie du gesagt hast, weil der Anteil der Durchleitungskosten nicht gestiegen wäre, es wäre also genau die Hälfte von dem gewesen, was du missverständlich oder missverstanden habend hier immer wieder erzählst. Daher kläre ich dich ja in dem Zusammenhang auch sehr, sehr gerne auf. Das, worum es aber jetzt geht, ist kein Rosenkrieg, Herr Kollege, sondern es ist eine fachliche Auseinandersetzung, wir können uns die Zahlen jetzt den ganzen Abend gegenseitigen an den Kopf werfen, man kann dann einen Wirtschaftsprüfer, was ich

dir sehr empfehlen würde, beiziehen, der dir das erklärt, wir können uns das alles gegenseitig erklären lassen. Die Wahrheit ist und ich werde den Beweis, den Nachweis dafür antreten, dass dein Vorgehen die Strombezieherinnen und Strombezieher beziehungsweise Gasbezieher in Wirklichkeit Geld gekostet hat und geschadet hat. Na, du lachst noch, ich würde darüber nicht lachen, das werde ich dir sehr gerne erläutern. Dieses Vorgehen, das eigentlich sehr mutwillig war, weil ich sage noch einmal, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben dem bereits zugestimmt, du hast dann das Stück runtergenommen von der Tagesordnung, das steht dem Bürgermeister zu und hast damit eine riesengroße Verantwortung übernommen. Wir werden darüber noch zu sprechen haben. Schlussendlich ist das nicht das heutige Thema, sondern das heutige Thema...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Der Bernd will das noch hören.

StR. Dr. **Riedler**: Er wird das erfahren, er wird das sicher erfahren. Heute geht es darum, ob es eine Möglichkeit gibt zu überprüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, diese ohnehin große Belastung für die privaten Haushalte abzdämpfen. Zum Glück gibt es den Strombonus und den Energiebonus des Landes, der ja auch für unsere Bezieher gilt, wie du weißt, und du hast sogar damit Werbung gemacht. Du hast es ganz groß verkauft, hier nehmen wir es und weil das so heftig bestritten wird, also eure eigenen Inserate werdet ihr ja wohl nicht bestreiten, da ist gestanden, Storm wird billiger, das habt euch dann auf die Fahnen geheftet, was in Wirklichkeit das Land beschlossen hat auf Initiative vom Landeshauptmann, damit hast du dann Werbung gemacht, das hast du gerne gemacht, auch beim Nagl-Riedler-Kurs, und stabile Strom- und Energiepreise für die nächsten Jahre. Vielleicht brauche ich eine neue Interpretation des Wortes stabil. Vielleicht verstehen wir da darunter ganz was Unterschiedliches, aber jedenfalls für mich und für viele Wählerinnen und Wähler, die heute von dir enttäuscht sind, bitter enttäuscht sind, hat es geheißen, stabil heißt gleich bleibende Preise. Wenn du das anders verstehst, erkläre es doch bitte den

Wählerinnen und Wählern, die Enttäuschung wirst du ihnen damit, glaube ich, nicht nehmen können (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Schade, dass die von dir versprochenen Erläuterungen jetzt nicht möglich sind, da es angeblich jetzt kein Thema ist und wir man das dem Bernd Schönegger dann mit auf die Zugreise geben müssen. Noch einmal, die Berechnungen stammen einfach aus unserem Unternehmen und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Damen und Herren, die das dort nachgerechnet haben, wenn sie es so wörtlich hineinschreiben, insgesamt wurde den Grazer Kunden 4,7 Millionen Euro erspart, dass du irgendeine Konstruktion finden kannst, die das widerlegt, das ist das eine. Das Zweite ist, und das bitte ich noch einmal auch zur Kenntnis zu nehmen, wenn unser Vorlieferant, und die Chance hat der Herr Landeshauptmann morgen, seine enormen Erhöhungen zurücknimmt, dann können auch wir einiges zurücknehmen und wir haben ein Anpassungsmodell am Markt, das entwickelt wird und wir gehen auch heute, wenn wir dem Antrag der Grünen Fraktion folgen, in Zukunft diesen Weg, dass auch abgesichert ist, dass nicht noch einmal, wenn der Preis in die Höhe geht am Weltmarkt, die Grazerinnen und Grazer zur Kasse gebeten werden und das dann dauerhaft bleibt, sondern dass man sich kontinuierlich am Weltmarkt immer wieder anschaut, wo liegt der Preis und dann kann es auch wieder einmal, und das hoffe ich, sein, dass Energiepreise nach unten gehen. Wir sollten uns in Summe aber auch sehr stark anstrengen, und auch da weiß ich, dass Kollegin Lisa Rücker auch in Abstimmung mit dem Land gerade viel vorbereitet und da wahrscheinlich auch noch viel eingebracht werden wird im Grazer Gemeinderat. Wir müssen jetzt raus aus dieser Abhängigkeit gegenüber Putin, wie es der Herr Voves vor zwei Tagen oder glaube ich, gestern, so genannt hat bei der Pressekonferenz,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Landeshauptmann, so viel Zeit muss sein.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja ich tue das oft bei unserem Beteiligungsreferenten und Landeshauptmann Mag. Franz Voves. Er möge bitte auch dann mithelfen mit dem Land Steiermark, dass wir rauskommen aus dieser Abhängigkeit, ganz werden wir das nicht tun können, aber wir können den Grazerinnen und Grazern helfen, indem wir verstärkt auf Wärmedämmung bei Häusern im Wohnbereich usw. eingehen, da kannst du dann auch zumindest bis zu 30 % einsparen, dann kannst du ein bisschen was anbieten, eine gewisse Abhängigkeit bei Fernwärme und im Gasbereich wird es immer geben, weil wir selber diese Vorräte nicht haben.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte mich ganz kurz zu Wort melden, weil ich dann meiner Kollegin den Vortritt lassen will, die unseren Abänderungsantrag einbringt. Aber das, was man hier beobachten kann, und was wir hier verfolgen zwischen Rot und Schwarz, ist das Sittenbild der steirischen Energiepolitik der letzten Jahre und ein deutliches Zeichen und deutliches Signal, warum in der Energiepolitik vorausschauend in den letzten Jahren hier nichts passiert ist. Es ist genau das Sinnbild und das Sittenbild dessen, wie eine gegenseitige Blockadepolitik zwischen den unterschiedlichsten Interessenträgern im Bereich der Energieversorger sich gegenseitig mehr blockiert und hinaufschauckelt. Ein Faktum, möchte ich nur sagen, 116 Millionen Euro operatives Gewinnergebnis bei der Energie Steiermark. Ich denke, alleine diese Zahl braucht man nur in Verhältnis setzen zu unserem Budget und dann kann man sich ausdenken, was das für ein Spielraum wäre im Sinne von einer zukunftsorientierten Energiepolitik endlich eine gescheite Kooperation zustande zu bringen, denn es wird sich nicht so weiterentwickeln, jetzt geht der Ölpreis zufällig eine zeitlang hinunter. Wir sind nicht vorbereitet in der Steiermark auf das, was auf uns zukommt und es wäre höchste Zeit gewesen von den Verantwortlichen auf Landesebene, denn Energiepolitik ist ganz wesentlich vom Land zu gestalten, hier sich vorzubereiten und sich nicht da gegenseitig zu blockieren, das ist nur eine kurze Anmerkung, aber ich würde mich jetzt freuen, wenn der Antrag eingebracht wird, der die Möglichkeit auslotet, die möglich ist, in Richtung Graz AG zu wirken.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe jetzt den Abänderungsantrag ein. Die beantragte Erhöhung des Gaspreises sowie des Fernwärmepreises durch die Energie Graz mit 15. November 2008 erscheint zum derzeitigen Zeitpunkt als nicht gerechtfertigt.

Der Gaspreis folgt dem Ölpreis in der Regel mit einer Verspätung von zirka sechs Monaten. Der Ölpreis stieg von 100 US-Dollar auf 135 US-Dollar im Juni und erreichte im Juli mit zirka 145 US-Dollar seinen Höhepunkt. In den folgenden Monaten kam es zu einem dramatischen Rückgang des Ölpreises von 145 auf 75 US-Dollar.

Obwohl mittelfristig von einem kontinuierlichen Anstieg der Energiepreise auszugehen ist, ist aufgrund der aktuellen Konjunkturaussichten mit einem weiteren Rückgang des Ölpreises in den nächsten Monaten zu rechnen.

Daher ist es nicht notwendig, derzeit den Gas- und Fernwärmepreis zu erhöhen. Durch die Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt würde den Grazer Haushalten unnötig Geldmittel entzogen, das Wirtschaftswachstum weiter abgeschwächt und die Inflation angeheizt – angesichts der Rezession ein unverantwortlicher Schritt. Ich möchte schon festhalten, dass im Motivenbericht sich nichts geändert hat, weil wir uns das sehr genau angeschaut haben, was der Grund ist, warum wir den Preiserhöhungen sehr skeptisch gegenüberstehen. Es war aber so, dass wir auch von rechtlicher Seite und von der Magistratsdirektion darauf aufmerksam gemacht wurden, wie auch teilweise von den Vorrednerinnen und Vorrednern schon gesagt wurde, dass wir gewisse rechtliche Möglichkeiten nicht haben. Daher haben wir versucht, eine Formulierung zu finden, die uns wirklich die Möglichkeit gibt, da auch etwas in diese Richtung realisierbar zu machen.

Der Abänderungsantrag lautet daher:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge den Eigentümerversorger, Stadtrat Dr. Gerhard Rüschi, beauftragen,

- 1.) den Prüfauftrag zu geben, welche finanziellen Auswirkungen die Beibehaltung der derzeitigen Tarifstruktur der Gas- und Fernwärmepreise auf die Stadt Graz hat.
- 2.) mit den zuständigen Stellen, der Energie Steiermark, Graz AG, Energie Graz sowie den politisch Verantwortlichen im Land Steiermark Verhandlungen in Richtung eines flexiblen Tarifsystems aufzunehmen, damit künftige Preissenkungen auf dem Weltmarkt umgehend an die Kundinnen und Kunden weitergegeben werden müssen.

Ich bitte um Unterstützung für diesen Antrag (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 21.40 Uhr den Vorsitz.

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns lange überlegt, ob wir diesen Dringlichkeitsantrag heute hier einbringen sollen oder nicht, weil die Diskussion, wie sie heute hier wieder gelaufen ist, eigentlich fast absehbar war und eigentlich eines uns immer wieder zeigt: Dass dann, wenn es konkret wird, dass dann, wenn es darum geht, das was wir vorher vor Stunden diskutiert haben, nämlich wirklich einzugreifen und zu helfen, dass die Belastungen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Menschen nicht noch stärker werden, man davor kneift. Ich könnte jetzt eine lange Chronologie der unzähligen Anträge und Initiativen nach dem Volksrechtesgesetz, wo wir sogar das Bündnis mit den BürgerInnen draußen gesucht haben, wo wir über 20.000 Unterschriften gesammelt haben, wenn es zur Senkung der Gas- und Fernwärmepreise gegangen ist, als es darum gegangen ist, den Energiebereich bei der Stadt Graz eben nicht zu verkaufen, und dieser Energiebereich ist damals verkauft worden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und leider auch von der FPÖ, auch wenn ihr jetzt eine andere Haltung habt, aber hier haben wir ein entscheidendes Instrument aus der Hand gegeben, nämlich dadurch, dass wir nämlich noch einen Einfluss darauf haben, nämlich einen wirklichen Einfluss und das ist jetzt weg. Auch das Geld, das wir bekommen haben dafür, ist auch weg und jetzt ist es aber nicht an der Zeit zu prüfen und auszuloten, jetzt muss man einen Schritt setzen und ein Signal setzen, dass man wirklich für die Menschen was tun will

und dieses ständige Pingpong-Spiel, hier in der Stadt Graz ist der Bürgermeister dagegen, weil es halt gegen einen anderen Antrag geht, die ÖVP im Landtag, da geht es halt gegen den Landeshauptmann Voves, da sind sie plötzlich dann dagegen. Also das ist eigentlich unerträglich (*Applaus KPÖ*). Und ich muss Ihnen eines sagen, ich frage mich, ich habe da zufällig eine Rückrufliste von zirka 15 Leuten, die muss ich morgen anrufen, die Hälfte davon, weil ich sie mir vorhin angeschaut habe, sind Leute, die Stromrückstände und Heizrückstände haben. Das sind Leute, die zum Teil am Sozialamt keinen Zuschuss mehr bekommen, weil sie halt ein paar Euro drüber liegen. Ich werde künftighin diese Leute zu euch schicken, dann bin ich gespannt, was ihr darauf sagt (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hagenauer:** Ich habe mir ein paar Ergänzungen notiert, die eine ist schon angezogen worden. Herr Stadtrat Riedler, Sie haben in der Hitze des Gefechtes etwas gesagt, wo ich mich schon gewundert habe, weil in der Hitze des Gefechtes passiert manches, aber das dürfte dann doch nicht passieren, nämlich zu behaupten, dass der Verkauf der 25 % der STEWEAG ohne das Zutun der SPÖ und nur ...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

GR. **Hagenauer:** Doch, Sie haben ausdrücklich, das war die Initiative des Kollegen Paieryl, das ist eine Zumutung an den Gemeinderat, es ist ja schon gesagt worden, der federführende Landesrat war Ihr Kollege Ressel. Wenn man auch gerne zugeben muss, dass die treibende Kraft sein Kollege Paieryl war, aber das macht die Sache nur ernster, dass er sich hier hat treiben lassen. Die zweite Anmerkung, es ist richtig, dass der Verkauf der Wasserkraftwerke beziehungsweise der Kraftwerke insgesamt im Zuge der Südpolverträge eine Katastrophe war für die Steiermark. Aber wenn es denn so war, wie Sie richtig sagen und jetzt auch nicken, ist Ihnen jemals aufgefallen, dass von Seiten der SPÖ nicht einmal eine Presseaussendung gemacht wurde,

wissen Sie, das mich das seit Jahren wundert, das ist eines dieser ungelösten Rätsel in der Steiermark, weil das ist wirklich eine Wahnsinnsache, die passiert ist, dieser Deal. Und wissen Sie, wie der Aufsichtsrat und die SPÖ-nahen Mitarbeiter damals abgestimmt haben? Erkundigen Sie sich einmal und vielleicht können Sie dieses Rätsel lösen. Das Nächste, weil Sie sagen, es war so eine grundgescheite Idee dieser Strombonus. Das Wort ist schon gefallen vom Sittenbild durch die Frau Kollegin Rücker. In der Tat ist das also eine Geschichte, die hat gerade noch die Bezeichnung verdient als Notnagel. Das erste Mal wurde dieser Bonus beschlossen vor dem Hintergrund dieser Estag-Affäre und war von daher naheliegend, weil die Volkswut war derartig groß, wie Sie mitbekommen haben, was da an Abfertigungen und anderen Summen und einfach Misswirtschaft in den Sand gesetzt wurde, dass man nicht anders konnte, wenn man nur irgendwie die damals anstehende Landtagswahl lebend oder überleben wollte, dass man diesen Bonus beschlossen hat, das war damals ein Antrag der Sozialdemokratie und dieses Inserat, wenn ich mich richtig erinnere, ist eh gestern oder vorgestern irgendwo in den Zeitungen auch aufgetaucht, nur war derjenige, der es jetzt präsentiert hat, der Herr Klubobmann Drexler, der dann als Revanchefoul, nachvollziehbar, nach geschlagener Wahl wieder seinerseits einen Bonus verlangt hat, nachdem der Herr Landeshauptmann Voves auf diesem Aug blind und auf diesem Ohr taub war. Das heißt, der jetzige Bonus ist keine SP-Initiative, sondern war ein Revanchefoul der ÖVP. Nur wir kommen mit Revanchefouls bei einer derartigen ernsten Materie in der Tat nicht weiter. Der Strombonus, der ist nichts anderes, als das Geld von der einen Tasche herausziehen, nämlich über die Stromrechnung mit einem Riesenbürokratieaufwand, dann umzuverteilen unter erheblichen Streuverlusten und Reibungsverlusten und das dann wieder zurückzugeben zum Teil. Das ist nicht grundgescheit, was grundgescheit wäre und das ist sicherlich eine Aufgabe, die jetzt vor uns steht, ein Tarifmodell zu entwickeln, auf Landesebene ist ja durch Druck der Grünen und Unterstützung der KPÖ ein erster derartiger Ansatz schon passiert, nämlich, dass man diese Erhöhungen im Strombereich nicht so linear gemacht hat, wie ursprünglich geplant, beziehungsweise sogar eine soziale Komponente, das heißt, man hat die ersten Kilowattstunden überhaupt nicht erhöht und man hat zusätzlich für weitere Familienmitglieder dann einen Freibetrag gegeben. Nur diese Grenze ist so niedrig, dass es in Wirklichkeit eine sehr fragwürdige Maßnahme ist und kann bei dem nicht bleiben. Aber immerhin, es ist ein richtiger Schritt in diese Richtung und

auf dieser Welle wird man und auf dieser Schiene werden auch wir hier in Graz weiterdenken müssen in allen Bereichen, Strom, Gas und Fernwärme. Es wird eben nicht gehen, dass man sagt, es darf keine Preiserhöhung geben, das sage ich in Richtung KPÖ. Das war die Debatte auch im Landtag, weil es ist erwiesen, dass die Reichen mehr Strom pro Kopf und mehr Energie pro Kopf verbrauchen und es ist allzu billig und allzu einfach, wenn man sagt, es sind die gierigen Manager, wie ich heute in dem Motivenbericht auch lese. Die gierigen Manager, das ist einfach, weil ich unterstelle Ihnen jetzt etwas, Sie wissen bei Ihren Anträgen, das gilt auch für die Frau Stadträtin Kahr jetzt, Sie sind sich schon bewusst und das ist auch eine ernste Geschichte, vor der wir stehen, weniger Einnahmen heißt eigentlich einen Bedeckungsvorschlag machen hier. Nicht, Frau Stadträtin, sagen, was soll ich denn den Leuten erklären, wenn sie sagen, ich kann die Stromrechnung nicht mehr zahlen. Eine Maßnahme habe ich skizziert, es ist dann auch so, dass weniger Geld eingenommen wird, dass man dann eigentlich einen Bedeckungsvorschlag machen müsste für das, was man weniger Geld bekommt. Und da nutzt nichts, wenn man nur von den gierigen Managern spricht. Richtig, dass deren Gehälter beschränkt werden müssen und werden jetzt auch, aber das alleine ist es eben nicht. Und noch etwas, was man auch an der Stelle, denke ich, sagen muss, wir müssen uns eigentlich, das ist jetzt leicht ironisch gemeint, keine Sorgen machen, dass die Preise für Energie so unbeschränkt steigen, weil die Energie Steiermark verliert im Moment mit großer Geschwindigkeit Kunden und der Energie Graz wird dasselbe passieren. Fatalerweise ist der gefährlichste Konkurrent und der, der die meisten Kunden bereits jetzt absaugt, die Verbundgesellschaft, genau jener tolle Partner, den man sich in den vorhin zitierten Südpol-Verträgen angelacht hat. Also die Zeiten, wo auch jetzt exorbitante Gewinne gemacht werden von der Landesgesellschaft, die werden auch bald einmal und schrittweise jedenfalls zu Ende gehen und noch etwas, diese hohen Gewinne, das sei auch gesagt in Richtung Stadtrat Riedler, diese hohen Gewinne, die sind natürlich nicht nur darauf zurückzuführen, dass hohe Preise oder Erträge erwirtschaftet werden, sondern das hat auch damit zu tun, dass die Kosten gesenkt wurden, weil man also vom Sittenbild und von der Vergangenheit der steirischen und hiesigen Energiewirtschaft spricht, wie weit man da Graz ausnehmen darf, das überlasse ich Ihnen, da kennen Sie sich besser aus, dann soll man auch daran denken, mit welchem Ausmaß hier Geld verwurschtet, verwurschtelt und sonst wohin geflossen ist, auch hier hat sich Gott sei Dank etwas geändert und diese

gestiegenen Gewinne sind zum Teil jedenfalls auch darauf zurückzuführen. Es ist also der Bereich der Energiepolitik in der Tat eine Sache, die, denke ich, sehr viel Verantwortung braucht von allen Beteiligten und die gerade vor dem jetzigen Hintergrund, wo man in eine Schere hineinkommt, wo wir auf der einen Seite jetzt schon in den Jahren, schon fast Jahrzehnten eine Einkommensentwicklung haben, dass die Reichen reicher, die Armen ärmer, kurz formuliert, werden, eine Entwicklung, die sich jetzt nicht zuletzt in der Steiermark und im Raum Graz, wie es aussieht und zu befürchten ist, eher noch verstärken wird, haben wir auf der einen Seite diese Herausforderung, auf der anderen Seite eine Energiepreisentwicklung die zwar auf- und abgeht, aber die längerfristig, das ist auch schon gesagt worden, steigen wird und steigen muss, wenn ich das übereinander lege, dann muss ich mir bewusst sein, dass das auch über die Parteigrenzen hinweg einiges an Ernsthaftigkeit und an Verantwortung verlangt; in diesem Sinne, danke fürs Zuhören (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Energiepolitik ist natürlich nicht nur Preispolitik, geht auch um Nutzung von alternativen Energien und dergleichen, von denen beide Unternehmen, in denen jedenfalls beide genannten Unternehmen ein Player spielen könnten, aber hier und an dieser Stelle geht es um die Preispolitik. Ich bin direkt angesprochen als Eigentümerversorger bei der Graz AG durch den Abänderungsantrag der Grünen und falls dieser Antrag die Mehrheit findet, kann ich mich jedenfalls, ich würde den Auftrag selbstverständlich in jeder Form ausfüllen, aber ich kann mich damit auch sehr gut identifizieren und zwar aus zwei Gründen. Zunächst einmal denke ich, wenn etwa Preiserhöhungen unterbleiben oder auch umgekehrt, wenn etwa aus Dividenden Strombonus usw. bezahlt wird, so ist das, glaube ich schon so, wie es der Peter Hagenauer gesagt hat, es ist sowohl im Hause Steiermark als auch im Hause Graz einfach eine andere wirtschaftliche Darstellung, unterm Strich bleibt es gleich, aber, und das ist sehr wichtig, denn wie gesagt, wenn die Preiserhöhung unterbleibt, dann ändert sich die wirtschaftliche Situation des Unternehmens und die Dividende, die wir beziehen könnten, wird geringer. Aber der wichtige Unterschied ist eben der, man kann damit durchaus Umverteilungspolitik machen und das ist der entscheidende Punkt. Ich bekenne mich durchaus dazu,

wenn versucht wird, wenn die Aufforderung da ist, gemeinsam mit der Steiermark ein neues Tarifmodell zu überlegen, das eben darauf Rücksicht nimmt, dass nicht jeder, ganz egal von seinem Einkommen dieselbe Preiserhöhung hat. Das ist übrigens mit ein Grund, wieso die ÖVP auch auf Bundesebene gegen die Abschaffung der Studiengebühren war und ist und auch gegen die Mehrwertsteuersenkung bei den Grundnahrungsmitteln. Aber Personen und Haushalte mit geringem Einkommen dabei zu unterstützen, denke ich, ist eine sehr gute und sehr wichtige politische Aufgabe und ich werde mich dafür halt einsetzen, soweit das möglich ist. Ich möchte gerne darauf hinweisen und das möchte ich schon gerne hervorheben, damit hier auch keine falsche Erwartung an diese Aktion gesetzt wird. Durch diesen Zusatzantrag wird es der Energie Graz nicht untersagt, das ist kein Auftrag, der Energie Graz das zu untersagen, am 15. November die Gaspreise zu erhöhen, ich bekenne mich dazu und ich glaube auch, dass es in dieser Situation richtig ist und zwar aus folgendem Grund: Die Energie Graz hat, und hier bleibt der Bürgermeister der positive Akteur in der ganzen Geschichte, Strompreise jedenfalls hinausgezögert und sie sind dann auch nicht in dem Ausmaß gekommen, wie zunächst geplant, das heißt, es war eine maßvolle und hinausgeschobene Tarifierhöhung und klar ist natürlich auch, dass sich das im operativen Ergebnis der Energie Graz widerspiegelt und das operative Ergebnis der Energie Graz wird im heurigen Jahr jedenfalls Minus sein durch diese hinausgeschobene maßvollere Preispolitik und das muss man übrigens wissen, seit der Wirtschaftsplan auch schon vom November da war und aus diesem Grunde glaube ich, ist es durchaus richtig, zwar diese Tarifierhöhung zu ermöglichen, aber dafür zu sorgen, dass sie eben auch bezüglich der Treffsicherheit auf Haushalte mit niedrigem Einkommen wirkt. Die Fernwärmeerhöhung ist übrigens bereits abgesagt, hier hat ja das Land die Möglichkeit, ist das Land Preisbehörde und Preisgestalter und diese Preiserhöhung ist bereits abgesagt. Ich möchte noch etwas dazu sagen, es wurde immer wieder gesagt, es ist ein Chaos in der Energiepolitik, in der Preispolitik zwischen Stadt und Land, das sehe ich überhaupt nicht, liebe Elke, und zwar einfach aus dem Grund...

Zwischenruf StRin. Kahr unverständlich.

StR. Dr. **Rüsch**: ...weil eben, das ist sehr konsistent und zwar deshalb, weil die Estag auf Grund ihres Betriebsergebnisses, und ich glaube, das ist auch von Peter Hagenauer sehr fair gesagt worden, das ist auch durch Kostenreduktion, aber die Estag hat eben über 100 Millionen allein aus dem operativen Geschäft Gewinn, das ist eine andere Situation, eine ganz andere Situation, um auf die Preispolitik Einfluss zu nehmen als wie bei einem Unternehmen, das das in letzter Zeit kontinuierlich macht und deshalb eben auch nicht diese Gewinne ausweisen kann. Das ist aus meiner Sicht ein ganz konsistenter Unterschied zwischen Forderungen auf Landesebene und auf städtischer Ebene. Also ich denke, dass der Abänderungsantrag durchaus in die Richtung geht, in der jetzigen wirtschaftlichen Situation zu versuchen, eine größere Entlastung, jedenfalls nicht eine entsprechende Erhöhung bei den unteren Einkommenschichten zu erwirken. Sie ist damit sehr treffsicher, sie kann damit treffsicher gewährt werden und ist damit eben neben der betriebswirtschaftlichen Situation in der Energie Graz, die uns ja, nachdem wir eben Miteigentümer sind, ja genauso am Herzen liegen muss, eine sehr gute Maßnahme, um abzufedern und zwar sozial gestaffelt abzufedern, wenn eben, das muss ich noch dazusagen, wenn es eben gelingt, diese Verhandlungen über neue Tarifmodelle auch positiv zu einem Abschluss zu bringen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich möchte es ganz kurz machen. Ich gebe dem Kollegen Hagenauer in einem Punkt Recht, es ist ja schon sehr interessant, was man so alles zu hören bekommt, wenn man länger zuhört. Es hat also der neue Finanzstadtrat zugegeben, dass durch eine Maßnahme des Bürgermeisters wir ein negatives Ergebnis in einer Tochtergesellschaft der Stadt haben. Ich frage mich nur, warum ist denn ein entsprechender Antrag, wenn er vom Herrn Bürgermeister Nagl nicht kommt, sondern er etwas verhindert, gegen die wirtschaftliche Vernunft des Unternehmens, weil die kommen ins Minus, weil die Energiepreise gestiegen sind, nur zu eurer Erinnerung. Warum ist das dann gut und warum ist es ganz, ganz pfui, wenn das von den Kommunisten kommt und ein entsprechender Antrag da ist? Das hat mir noch niemand erklären können. Also ich glaube, die Debatte sollten wir jetzt wirklich einmal vor Publikum führen, weil das wird sehr spannend sein, wie das dann argumentiert wird auch von den Grünen, die jetzt zugegebenermaßen, das hat auch

der Herr Finanzstadtrat klargelegt, einen Alibiantrag einbringen, mit dem überhaupt nichts passieren wird und der keine Hilfestellung bringt, daher auch völlig nutzlos ist und nur zur Abdeckung der ÖVP dient, ok, das ist inzwischen eure Rolle. Wir kennen moralinsaure Reden inzwischen schon in dem Zusammenhang zur Genüge. Dem Herrn Hagenauer möchte ich nur eines sagen und das sozusagen pars pro toto, das Einzige, woran ich mich im Zusammenhang mit Ihnen und Estag erinnere, ist eine schlechte Recherche, bei der Sie mir, Wolfgang Riedler, unterstellt haben, oje das war peinlich für Sie vor allem, mir unterstellt haben, dass ich bei einem Gespräch im Aufsichtsrat der Estag anwesend gewesen wäre, öffentlich und ich bin hier an den Pranger gestellt worden dann dafür. Und dann haben Sie es gleich zurücknehmen müssen und sind ein bisschen zerknirscht da draußen gestanden, als sich herausgestellt hat, dass Sie nicht gut recherchiert haben. Vielleicht auch Ihnen der Rat, schauen Sie einmal ein bisschen genauer hin, bevor Sie irgendwas da verkünden, das ist in Wirklichkeit der Eindruck den Hagenauer im Zusammenhang mit der Estag hinterlässt (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Auch meinerseits ganz kurz. Ich glaube, seitens der Grünen ist eine zukunftsorientierte Energiepolitik nicht zu erwarten.

Zwischenruf GRin. Binder: Wieso bitte?

Mag. **Mariacher**: Einerseits werden wirklich regenerative Energieprojekte, die wir hier im Lande haben, verhindert, ich sage noch einmal, die Flusskraftwerke südlich von Graz, die der Energie Steiermark erstmals ermöglichen würde, eigene Kraftwerke zu besitzen und nicht irgendwelche Anteile beim Verbund, wo man de facto nur Kapitaleigner ist, aber kein eigenständiger Betreiber und auch damit kein entsprechendes Instrumentarium in der Hand hat, die Preise zu gestalten. Was wir zuvor erlebt haben, ich muss das leider sagen, atmosphärisch zwischen Stadtrat

Riedler und Bürgermeister Nagl war ein Sittenbild, wie es eigentlich jahrelang in der Steiermark und dem Bund zugegangen ist zwischen Rot und Schwarz und ich denke, dass dieses System der „Zusammenarbeit“, unter Anführungszeichen, hat sicher keine Zukunft. Was sich hier aber abzeichnet, ist ein Zusammengehen der ÖVP mit den Grünen. Zum Abänderungsantrag der Grünen, ich finde das äußerst bedauerlich, weil hier, außer dass ein Prüfauftrag ins Auge gefasst wird, nicht allzu viel drinnen ist. Ich denke mir, die Fakten sind klar auf der Hand, man braucht wirklich nur die Preisentwicklung anschauen am Erdöl- und am Erdgasmarkt, wir haben derzeit ein Preisniveau von September 2005 beziehungsweise September 2004 und da sage mir einer, warum jetzt wirklich die Notwendigkeit da ist, eine Preiserhöhung durchzuführen, ich habe bis heute in der sehr, sehr langen Diskussion keine Antwort gefunden und kann eigentlich dem Kollegen Fabisch nur gratulieren zu diesem Antrag und sagen, ein Abgehen von diesem Antrag ist wirklich ein besonderes Zeichen einer schwarz/grünen menschlichen Tragödie, die sich hier abspielt und ich bin eigentlich entsetzt. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne eine Facette der menschlichen Tragödie ergänzen, die bezieht sich diesmal auf meinen Kollegen Wolfgang Riedler. Du hast...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Ich habe es mir gedacht.

StR. Dr. **Rüsch**: Das muss ich kurz ausdrücken, weil du gesagt hast, aha, so wird das Betriebsergebnis der Energie Graz aussehen. Jetzt weiß ich, dass das kein Thema ist, wo sich jeder gleich informieren kann, aber wenn du hier als Spitzenvertreter der SPÖ über Preiserhöhungen redest, die ein Unternehmen treffen, ein Unternehmen, das der Stadt Graz größtenteils gehört und gleichzeitig dokumentierst du damit, dass du keine Ahnung hast, wie das Unternehmen derzeit dasteht, dann halte ich das durchaus für sehr verantwortungslos. Ich hätte mir von dir auch als

Beteiligungsreferent bis März jedenfalls durchaus erwartet, dass du über die betriebswirtschaftliche Situation der Energie Graz Bescheid weißt.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

StR. Dr. **Rüsch**: Offensichtlich nicht, sonst wärst du vorhin nicht so überrascht gewesen und das finde ich, das ist schon beachtlich, das muss man sich schon durch den Kopf gehen lassen. Denn nochmals, das ist ein Unternehmen von uns und das Unternehmen hat Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gegenüber denen wir, glaube ich, genauso eine Verantwortung haben und dann kann man nicht ausschließlich über politische Preisbildungen reden, sondern das muss man, glaube ich, mitberücksichtigen, das war auch mein Grund, wieso ich die Situation vom November anderes bewerte als wir heute.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Dann kennst du dich nicht aus, entschuldige.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Bist du zu Wort gemeldet?

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das war ein Zwischenruf.

GR. Mag. **Fabisch**: Nur noch ganz kurz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon sehr spät, das meiste hat Frau Stadträtin Elke Kahr vorweg genommen, was ich sagen wollte. Es zeigt sich hier, dass Auslagerungen und Verkauf nichts gebracht haben und nichts bringen. Wir verlieren hier unseren Einfluss, die Bevölkerung wird an der Nase herumgeführt, die Teuerungen kommen. Sehr amüsant habe ich gefunden, dass hier wieder die Studiengebühren verteidigt wurden, als Nächstes kommt als sozialpolitische Maßnahmen, als Nächstes kommt die ÖVP daher und wird in der Volksschule noch das Schulgeld verlangen, um den ärmsten Familien dann wieder Nachlässe zu gewähren, Umverteilung schaut anders aus, das möchte ich festhalten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Grazerinnen und Grazer werden das in wenigen Wochen in den Geldbörseln spüren und ich hoffe, sie werden eine Antwort darauf wissen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit angenommen.

12) Aufrechterhaltung der Brauchtumsfeste in städtischen Kindergärten

GRin. **Benedik** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der November steht vor der Tür und damit auch die vorweihnachtlichen christlichen Brauchtumsfeste.

Bereits im Kindergartenjahr/Schuljahr 2007/2008 zeigten sich Eltern und AlleinerzieherInnen besorgt, dass Brauchtumsfeste wie z.B. das Martinsfest oder das Fest zum Hl. Nikolaus in manchen städtischen Einrichtungen fallengelassen wurden, da angeblich die Gefühle Angehöriger anderer Religionsgemeinschaften durch derartige Feiern verletzt werden.

Dieser sehr bedenklichen Entwicklung ist aus Sicht der FPÖ unbedingt entgegenzusteuern.

Wir Freiheitlichen vertreten, ebenso wie eine Reihe besorgter Eltern, die Ansicht, dass bestimmte Brauchtumsfeste solcherart gefeiert werden sollten, wie sie im Jahreszyklus vorgesehen sind. Hierin liegt weder eine Missachtung oder Diskriminierung anderer Kulturen, vielmehr ist darin aber ein Bekenntnis zur eigenen Identität und Kultur zu erkennen. Sowohl das St. Martinsfest als auch das Fest zum Hl. Nikolaus wollen ihrem Inhalt nach zur Nächstenliebe und zur Toleranz aufrufen. Derartigen Festen wohnt also durchaus ein tieferer Sinn inne, der unseren Kindern neben christlichen auch unsere sozialen Werte vermitteln soll.

Solche Traditionen dürfen nicht falsch verstandener Toleranz gegenüber MigrantInnen zum Opfer fallen. Jährlich wiederkehrende, dem Jahreszyklus folgende Brauchtumsfeste vermitteln Sicherheit, sind ein Teil unserer heimischen Kultur und müssen daher Teil unseres Alltags bleiben.

In verschiedenen städtischen Kindergärten, insbesondere in Gruppen mit hohem MigrantInnenanteil sind in der Vergangenheit christliche Feste ausgeblieben oder umbenannt worden, um vermeintliche Konflikte zu vermeiden.

Aber gerade in dieser Form des vorauseilenden Gehorsams liegt ein wesentlicher Trugschluss, auf den wir Freiheitlichen nun schon zum wiederholten Male aufmerksam machen.

Integration kann nämlich nur erfolgen, wenn beiderseitig Toleranz geübt wird und die Kinder von MigrantInnen schon im Kindergarten mit wesentlichen Elementen und Bräuchen unserer Kultur vertraut gemacht werden.

Dies bedeutet nicht, dass Kinder nicht christlichen Glaubens bereits im Kindergarten missioniert werden sollten, wohl aber, dass rechtzeitig die Kultur, das Brauchtum und somit auch die Wertewelt der aufnehmenden Gesellschaft vermittelt werden sollen.

Zudem haben Kinder christlichen Glaubens ein Recht darauf, schon in früheren Jahren ihren Glauben wahrzunehmen. Aber auch Kinder anderer Religionszugehörigkeit sollen diese Feste erleben können und lernen, sich mit der Kultur, in der sie aufwachsen, zu identifizieren.

Wir Freiheitliche stehen dafür ein, dass heimische Kultur, Brauchtum und Traditionen erhalten und gepflogen werden. Integration bedeutet nach unserer Ansicht keinesfalls die völlige Aufgabe eigener Identität bei gleichzeitiger grenzenloser Toleranz gegenüber den Befindlichkeiten fremder Kulturangehöriger. Vielmehr funktioniert Toleranz, als Voraussetzung für Integration, auf dem Prinzip der Wechselseitigkeit und muss daher auch von MigrantInnen eingefordert werden können.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass der zuständige Stadtrat der Landeshauptstadt Graz aufgefordert wird, den zuständigen untergeordneten Stellen eine Weisung zu erteilen, dass christliche Brauchtumsfeste in städtischen Kindergärten weiterhin abzuhalten sind.

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Ja, auch das Steiermärkische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz widmet sich ja diesem wichtigen Bereich. Im § 6 steht unter religiöse und ethische Bildung Folgendes: In den Kinderbetreuungseinrichtungen ist die Erziehung der Kinder nach ethischen und religiösen Werten im Einvernehmen mit den Eltern (Erziehungsberechtigten) insbesondere bei der Gestaltung der Feste im Jahresablauf und nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit den jeweiligen gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften in einer dem Alter angemessenen Weise zu pflegen. Auch im interkulturellen Leitbild der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen, das von unseren MitarbeiterInnen erstellt wurde, wird dem Ganzen Bedeutung beigemessen. Hier darf ich zitieren aus diesem interkulturellen Leitbild, das selbstverständlich auch gerne zur Verfügung gestellt wird. Unsere Kinderbetreuungseinrichtungen sind Orte, wo interkulturelle Kompetenz tagtäglich eingeübt werden kann, Orte, wo kulturelle Vielfalt sichtbar und spürbar gemacht wird, Orte, wo die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Kulturen sich nicht in Folklore erschöpft, sondern Alltag ist, und Orte, wo die individuelle Situation

des jeweiligen Kindes und der Eltern im Mittelpunkt steht. Im Sinne dieser gesetzlichen Regelung, aber auch im Sinne des Leitbildes werden also die christlichen Feste in den städtischen Kindergärten sehr wohl gefeiert und dazu gehören natürlich auch die Feier des Heiligen Nikolaus oder des Heiligen Martin oder des Laternenfestes (*Applaus ÖVP*). Darüber hinaus werden aber auch entsprechend diesem Gesetz und entsprechend unserem Leitbild die Feste anderer Religionsgemeinschaften begangen, je nachdem, wie die Gruppenzusammenstellung beziehungsweise die kulturelle Zusammensetzung der Gruppe ist. Wie die Feste in den Kindergartengruppen begangen werden, welche inhaltlichen pädagogischen Schwerpunkte gelegt werden und wie diese organisiert werden, das ist Sache, autonome Sache der Kindergärten vor Ort und daher kann ich festhalten zur Dringlichkeit, die Dringlichkeit ist aus unserer Sicht nicht gegeben, weil das Beantragte in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen tatsächlich stattfindet. Aus meiner Sicht in einer sehr sensiblen und umsichtigen Art und Weise und zweitens kann ich auch dem Antrag insgesamt nicht näher treten, weil eine derartige Weisung, würde sie von mir ergehen, aus meiner Sicht auch dem Kinderbetreuungsgesetz widersprechen würde, weil da steht ganz deutlich und klar drinnen, im Einvernehmen mit den Eltern (Erziehungsberechtigten). Würde eine zentrale Stelle oder ich als Person eine Weisung mit diesem Inhalt, wie er beantragt ist, geben, könnte ich kein Einvernehmen mit den Eltern herstellen, wie auch, das kann nur draußen vor Ort in den Kindergärten passieren und so ich es wahrnehme, passiert es in einer sehr guten Art und Weise (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer**: Danke, Herr Stadtrat, auch für diese gesetzlichen Ausführungen und für das Vorstellen des Leitbildes; in den städtischen Kinderbetreuungsrichtungen werden die Feste im Jahreskreis sehr wohl sehr sensibel und pädagogisch gut durchdacht und in Zusammenarbeit mit den Eltern gestaltet, durchgeführt; wie sie durchgeführt werden, ist Sache jeder einzelnen Einrichtung und auch gut so, denn überall sind die Kinder in einer anderen Zusammensetzung und überall sind andere Bedürfnisse, die auch notwendig sind, und im Sinne einer Vielfalt unserer Gesellschaft werden diese Feste in den Betreuungseinrichtungen sehr wohl

hervorragend durchgeführt und daher darf ich im Namen meiner Fraktion die Dringlichkeit ablehnen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Eine kurze Geschichte zur Kultur, weil das so etwas Statisches zu sein scheint für einige Gruppen hier herinnen. Gerade der Nikolaus ist ein sehr gutes Beispiel, wie die Nuray noch besser weiß als ich, aber leider jetzt nicht mehr zu Wort kommen kann, der Nikolaus, der kommt aus der Türkei und der Nikolaus, der hat ja seine Gaben nicht verschenkt damals an die Guten, sondern an die Hilfsbedürftigen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), soweit zum Nikolaus. Die katholische Kirche hat die Religion, die christliche Religion hat den Nikolaus aufgegriffen, hat ihn sozusagen in ihren Festkreis einbezogen und das ist es, was ein gutes Kulturverständnis ist, nämlich, dass Kulturen unterschiedlicher Art auch unterschiedlich aufnehmen und Kultur ist etwas, was sich eben ändert und nicht so statisch zu sehen ist. Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg hat es gesagt, wir gehen weder mit der Dringlichkeit noch mit dem Inhalt mit (*Applaus Grüne*).

GRin. **Benedik**: Also muss sagen, ich bin wirklich ganz erstaunt, dass der Heilige Nikolaus aus der Türkei kommt, ich werde mich da genau erkundigen. Ich habe nämlich Gespräche mit Eltern geführt und ist mir gesagt worden, dass gerade der Heilige Nikolaus, gerade bei Anteilen mit türkischen Kindern, nicht erwünscht ist. Also frage ich mich an dieser Stelle, warum der Heilige Nikolaus dort dann nicht erwünscht ist, das ist nur zu dieser Wortmeldung von der Frau Klubobfrau Binder zu sagen. Ich hätte vielleicht für die Frau Binder auch eine Buchempfehlung, das heißt „Die falsch verstandene Toleranz“, das ist von der Alice Schwarzer und Alice Schwarzer gehört bekanntlich nicht dem freiheitlichen Lager an. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Umweltbelastung durch Verkehrsmaßnahmen

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Zuhörer! Kommen wir zurück zu einem Verkehrsthema. Einige Verkehrsmaßnahmen in dieser Gemeinderatsperiode wurden durch Vizebürgermeisterin und Verkehrsreferentin Lisa Rücker bereits umgesetzt, weitere Vorhaben hat sie bereits angekündigt. Dazu zählen etwa eine Verlängerung beziehungsweise Dauerschaltung der „Grün-Phasen“ bei Fußgängerampeln, die Auflösung einer hohen Anzahl von Parkplätzen bei den Schienentrassen der Straßenbahn, die Ausdehnung der Gültigkeit von Busspuren auf den ganzen Tag sowie Sperrzonen vor Schutzwegen, denen heuer an nahezu 51 Kreuzungen mehrere Parkplätze zum Opfer fallen werden. Dass das nicht ganz widerspruchlos abgeht, ist ganz verständlich. Hier äußert sich zum Beispiel auch der ÖVP-Koalitionspartner, muss ich heute den Kollegen Schönegger wieder ansprechen, der Nationalrat in spe, da vorne sitzt er, der hat selbst gesagt in der Grazer Woche vom vergangenen Sonntag, Grazer, Entschuldigung, beziehend auf die Parkplatzstreichungen im Bezirk Geidorf, es ist ein grober Unfug der Frau Vizebürgermeister. Er ist sicher nicht der Einzige, die Anrainer haben hier auch schon großen Protest deponiert und ich bitte den Kollegen Schönegger, vielleicht kann er in Wien die Frau Vizebürgermeister der grünen Partei empfehlen, dass sie vielleicht auch nach Wien weggelobt wird, damit die weiteren Verkehrsmaßnahmen den Grazer Autofahrern erspart bleiben (*Applaus FPÖ*).

Zurück zum Thema, im zweiten Bezirk fallen ja auch Parkplätze weg, da kann ich die ÖVP nicht ganz aus dem Schneider lassen, in der Leonhardstraße und in der Sparbersbachgasse werden wegen der Bim eine unzählige Zahl an Parkplätzen gestrichen. Die ÖVP deshalb, weil sie in den 80er-Jahren, hier liegt mir eine

Information vor, hat sie verhindert, dass trotz der Vorschläge von der APCOA, das ist die Parking Austria GmbH, bei sämtlichen neuen Universitätsgebäuden in den Tiefgeschossen die Parkplätze errichtet wurden und die ÖVP hat das damals verhindert. Unter dem Motto, dass diese Parkplätze noch einen zusätzlichen Verkehr hervorrufen. Also heute würden wir uns diese Parkplätze wünschen.

Zurück zu den Maßnahmen der Frau Vizebürgermeisterin. Laut ihren Aussagen soll als Ziel die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs sein. Beweise für eine Zielerreichung sind bisher allerdings schuldig geblieben. Im Gegenteil. Es ist illusionär zu glauben, dass mit den oben genannten Mitteln eine merkbare Anzahl an Autofahrern dazu bewegt wurde, auf ihr Auto zu verzichten. Viele Fahrten erfolgen nämlich nicht freiwillig, sondern sind beruflich bedingt. Ich erinnere hier an verschiedene Dienstleister, die per Pkw zum Kunden fahren oder an Lkw Fahrer, die Waren zu den verschiedenen Geschäften liefern.

Durch die großzügige Auflösung von Stellplätzen werden die Autofahrer gezwungen, mehrere Kilometer im Kreis zu fahren, um eine der raren Abstellflächen zu finden. Durch die Bevorzugung von Fußgängern und Radfahrern bei Ampeln hat der Kfz-Verkehr eine längere Rotphase und damit Wartezeit vor den Ampelanlagen in Kauf zu nehmen. Auch das Durchqueren der Stadt mit Pkw und Lkw dauert merkbar länger. Das Grazer Stadtgebiet wird insgesamt eine längere Zeit mit Emissionen belastet.

Dazu zählen hauptsächlich Feinstaub- und CO₂-Ausstoß sowie andere Abgase. Eine Erhebung über die zusätzlichen Staustunden des Kfz-Verkehrs und die damit eingehende Emissionserhöhung ist dringend durchzuführen, da alleine im Bereich der Feinstaubemission ab 2009 neue Richtlinien durch die EU gelten. Der Stadt Graz drohen bei dem Überschreiten Bußgeldzahlungen. Das gezielte Ausspielen zweier Gruppen von Verkehrsteilnehmern gegeneinander haben die Grazerinnen und Grazer jedenfalls satt.

Nur ein gedeihliches Miteinander zwischen Individual- und öffentlichem Verkehr führt zu breiter Akzeptanz. Nur positive und sinnvolle Anreize könnten die Grazer dazu bewegen zu einem Pkw-Verzicht.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, die Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker im Sinne des obigen Motivenberichtes zu ersuchen, umgehend die zuständigen Stellen zu beauftragen, eine Erhebung und Messung vornehmen zu lassen, wie viele zusätzlichen Stautunden beim Kfz-Verkehr und welche Mehrbelastung an Emissionen (CO₂, Feinstaub,...) durch ihre umgesetzten Verkehrsmaßnahmen im Grazer Stadtgebiet anfallen, um in der Folge dem Gemeinderat unverzüglich hierüber Bericht zu erstatten (*Applaus FPÖ*).

GR. **Mayr** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Lohr, ich schätze dich sehr, du bist immer sehr sachlich und auch sehr bemüht bei deinen Anträgen. In dem Fall muss ich leider sagen, Motivenbericht passt nicht zum Antrag und sonst wird da auch einiges vermischt und zusammengefügt, was wirklich nicht zusammenpasst. In einem kann ich dir allerdings zustimmen, das ist, im letzten Teil deines Motivenberichtes sagst du, das Ausspielen zweier Gruppen von Verkehrsteilnehmern gegeneinander macht keinen Sinn, das ist ganz in unserem Sinne auch, da können wir uns hundertprozentig anschließen, da kann sich die ganze Regierungskoalition, glaube ich, auch anschließen, das erfolgt aber auch nicht. Eines muss uns klar sein, es muss ein faires Miteinander geben gerade in einer Stadt mit knappen Ressourcen im Bereich des Verkehrs und das ist ja der entscheidende Punkt. Wir haben nicht genug Platz, dass wir jede Art von Mobilität beliebig und wann auch immer nutzen können, wir haben weder die Umweltressourcen dafür etc. Das Ziel muss es sein, Mobilität zu ermöglichen, aber den Modal Split entsprechend anzupassen in Richtung Umweltverbund. Ein zweiter Punkt ist auch ganz entscheidend. Wir wollen das, und das soll ja auch ein gewisser neuer Stil sein in der Politik, wir wollen das nur unter der Beteiligung aller Betroffenen durchführen, das ist, glaube ich auch ganz wesentlich. Dazu möchte ich mich auch für unsere Fraktion ganz entschieden dazu bekennen und natürlich kann es vorkommen, dass da und dort Maßnahmen vom Straßenamt, von der Verkehrsplanung, auch kleinere Maßnahmen durchgeführt werden, die wirklich nicht sinnvoll sind. Ein Beispiel haben wir ja heute schon bei meiner Anfrage gebracht,

Bernd Schönegger hat das gezeigt, dieses eine Beispiel, das im Prinzip der Verkehrssicherheit dienen soll: Humboldtstraße/Ecke Grillparzerstraße, das lässt sich auch anders, nämlich besser, lösen, so dass da auch für alle Beteiligten auch jene, die dort parken möchten, eine Variante gefunden wird. Aber insgesamt muss man sagen, knappe Ressourcen, Modal Split verändern, das ist der entscheidende Punkt und in den Maßnahmen, die du aufführst, geht es ja gar nicht darum, sondern hier geht es um Verkehrssicherheitsmaßnahmen. Du führst an die Grünphase bei Fußgängerampeln, wir haben hier ein Probemodell, eine Probeampel für so ein Modell einer Dauergrünphase für Fußgänger, das bedeutet ja nicht, dass die Autos dauerhaft rot haben, sondern sobald Autos kommen wird hier für den Autoverkehr auf Grün geschaltet. Nur, wenn sozusagen der Verkehr nicht fließt, haben die Fußgänger Grün. Das dient der Verkehrssicherheit. Zweiter Punkt, das Thema der Parkplätze an gewissen Schienentrassen ist ein ganz heikles und wir haben das heute schon diskutiert, wir werden uns natürlich intensiv darum kümmern und es ist ja noch keine Rede davon, dass diese Parkplätze wirklich fallen müssen. Aber auch hier geht es ja nicht darum, irgendwelche Verkehrsteilnehmer auszuspüren, sondern das sind unter Umständen gesetzliche Vorschriften und Sicherheitsmaßnahmen, an die wir uns halten müssen. Der dritte Punkt, für die Sperrzone bei Schutzwegen gilt Gleiches, es gibt hier gesetzliche Vorgaben, die Arbeitsgruppe der Verkehrssicherheit versucht dem nachzukommen; ich gebe zu, meiner Meinung nach nicht immer mit den richtigen Mitteln, aber im Prinzip geht es auch hier um die Sicherheit. Und eines muss uns in einer Stadt wie Graz schon klar sein, wenn es die Konkurrenz verschiedener Verkehrsteilnehmer gibt, dann muss man sich schon dazu bekennen, dass man die Schwächeren schützen muss und die Schwächeren sind nun einmal die FußgängerInnen und die RadfahrerInnen. Und ich gebe dir Recht, dort wo es nicht sinnvoll ist, dort wo es vielleicht übertrieben ist, muss man sich das anschauen, aber auf jeden Fall sind das alle Sicherheitsmaßnahmen, die natürlich nicht aufzuwiegen sind mit CO₂-Kilos oder CO₂-Tonnen und Feinstaubbelastungen, das eine kann man gegen das andere nur schwer ausspielen. Insgesamt geht es natürlich darum, auch im öffentlichen Verkehr Verbesserungen und Beschleunigungsmaßnahmen durchzuführen, auch, würde ich sagen, in Abstimmung mit allen Betroffenen, dort wo es sinnvoll ist, aber gerade das wird ja dazu führen, dass man eher zum Umsteigen auf den ÖV ermutigt und insgesamt natürlich auch eine Einsparung bei CO₂ und Feinstaub erreichen könnte. Also aus unserer Sicht ist

dieser Antrag in sich nicht logisch und so für uns nicht nachvollziehbar. Wir bekennen uns dazu, dass wir Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausspielen wollen...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das passiert aber.

GR. **Mayr:** Nein, das passiert nicht, wir bekennen uns auch dazu, dass man natürlich alle Betroffenen einbinden muss, aber man muss auch sagen, wir haben das Ziel zu verfolgen, den Modal Split entsprechend zu verändern und Sicherheit hat natürlich Priorität. In diesem Sinne lehnt die ÖVP-Fraktion auch die Dringlichkeit dieses Antrages ab (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hagenauer:** Ich schließe hier gleich an. Es kann ein in sich völlig un schlüssiger Antrag nicht von uns als dringlich anerkannt werden und möchte das gleich kurz begründen. Es ist hier ausdrücklich angeführt in der Begründung als Anlass für diesen Antrag unter anderem die Dauerschaltung der Grünphasen bei den Fußgängerampeln. Diese würden also eine Beschleunigung für den öffentlichen Verkehr bewirken beziehungsweise eine Behinderung des Individualverkehrs. Die Dauerschaltung, Herr Kollege, ich vermute Sie haben irgendwas mitbekommen von dieser Sache beim Edegger-Steg. Dauerschaltung der Grünphasen für Fußgänger, wenn ich das klarstellen darf, ist nicht gemeint, dass den ganzen Tag dort Grün ist. Dauerschaltung ist nur dort so geregelt, dass die Ampel auf Grün steht, bei Herannahen von Autos über eine Schleife dann die Autos Grün bekommen und wenn die Autos drüber sind, nach einer gewissen Zeit automatisch wieder die Fußgänger Grün bekommen. Interessanterweise hat diese Schaltung Folgendes bewirkt. Es ist nicht nur so, dass jetzt die Fußgänger dort die längste Zeit stehen müssen vor einer Rotphase, obwohl gar kein Auto kommt und sich grün oder blau ärgern können, sondern es kommen bei dieser Ampel Fußgänger besser dran und Autos, einfach weil man in Wirklichkeit hier Intelligenz eingesetzt hat, nicht mehr und

nicht weniger. Das nächste Argument, Sie sagen, durch die Bevorzugung von Fußgängern und Radfahrern bei Ampeln hat der Kfz-Verkehr eine längere Rotphase. Das was hier passiert ist bei den Ampeln zuerst war einfach nichts anderes, als dass man die Fußgänger nicht länger warten lässt. Nicht die Phasen sind verlängert worden und daher die Autos jetzt unendlich angehalten worden, sondern die Fußgänger müssen jetzt nicht mehr so lange warten auch, es gibt x Beispiele in Graz, Gott sei Dank, inzwischen, wo man sich gefragt hat, ja warum warte ich da, das ist nicht einmal eine Phase gewesen, die im Zuge von mehreren Kreuzungen in Serie geschaltet war, sondern da war links und rechts weit und breit keine Kreuzung und trotzdem ist man ewig gestanden. Die Frage ist zulässig, warum war das bisher so, aber das ist jetzt gar nicht unsere Sorge aus grüner Sicht. Gott sei Dank wird das jetzt geändert. Eine kleine Spekulation, wenn Sie mir gestatten, und das kommt in Ihrem Antrag eben auch vor, Sie reden vom gedeihlichen Miteinander, wissen Sie was, in Graz, Sie kennen die Statistiken, was die Folgen sind des Kfz-Verkehrs, Sie begründen es sogar damit ironischerweise, gedeihliches Miteinander würde ich das, was da bisher sich jetzt entwickelt hat im Hinblick auf die Feinstaubtoten und – kranken nicht unbedingt bezeichnen. Unter gedeihlich,...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt unverständlich.

GR. **Hagenauer:** Herr Kollege Korschelt, ich bin der deutschen Sprache einigermaßen mächtig. Unter gedeihlich verstehe ich etwas anderes. Sie sind der Spezialist, deshalb habe ich Sie apostrophiert. Was in der Tat notwendig ist und das wäre, dazu bekennen wir uns auch gerne und jederzeit und da komme ich zum nächsten Punkt, Sie schreiben, auch nicht, ich weiß es nicht, es ist nicht einmal Absicht, das halte ich Ihnen jedenfalls zugute, dass Sie das nicht einmal ernsthaft realisiert haben, was Sie hier schreiben. Sie reden davon, dass an 51 Kreuzungen jetzt die übrigens gesetzlichen Zustände hergestellt werden nach der Straßenverkehrsordnung, dass unmittelbar an der Kreuzung bei Fußgängerübergängen nicht geparkt werden darf, das ist jetzt passiert. Sie sagen bei

51, das ist ein besonderer Skandal, dass jetzt der gesetzliche Zustand zum Schutz von Fußgängern an 51 Kreuzungen hergestellt wird und Sie beklagen den Verlust von mehreren Parkplätzen in dem Zusammenhang. Das braucht es gerade noch, was ist den mit der viel strapazierten Gesetzestreue der freiheitlichen Partei, was ist denn hier mit Recht und Ordnung, da rede ich noch gar nicht vom Einsatz für Schwächere. Letzte Woche, es wird Ihnen nicht entgangen sein, hat das Kuratorium für Verkehrssicherheit seinen Bericht vorgelegt und genau diese Maßnahmen ausdrücklich begrüßt, ja na net, wenn hier Menschen zu Tode kommen, nicht zuletzt Schwächere. Man fragt sich in der Tat, was Sie sich dabei eigentlich denken. Das Prinzip, dass der Stärkere, und das ist kein gedeihliches Miteinander, das Prinzip, dass sich der Stärkere durchsetzt und der Schwächere soll bleiben, wo er ist, ist eines, aber ist nicht unseres. Der Herr Kollege Korschelt hat das heute schon apostrophiert im Zusammenhang, dass manche Leute mit dem Porsche herumpledern, pledern weiß ich nicht, ob das ein deutsches Wort ist, aber Sie haben das so formuliert.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Porsche habe ich...

GR. Hagenauer: Doch haben Sie. Im Antrag ist weiter enthalten, dass es illusionär sei zu glauben, dass die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs dazu führt, dass irgendjemand auf das Autofahren verzichtet. Dazu muss man festhalten, Sie sollten die Zahlen kennen. Das Verhältnis des Flächenverbrauchs von einem Auto zum Autobus beziehungsweise auch zu einem Radfahrer ist ungefähr 1 : 8 oder 1 : 6. Das heißt, wenn ich eine beschränkte Quadratmeterfläche in einem städtischen Straßensystem habe, dann kann ich im öffentlichen Verkehr sechsmal so viele Menschen dort durchbringen als mit dem Auto und mit dem Rad übrigens achtmal so viel. Daher ist übrigens auch der Ausbau von Radwegen, wenn ich den Individualverkehr beziehungsweise den Wirtschaftsverkehr, den Sie hier ansprechen, Sie sagen, in Wirklichkeit wird niemand auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, weil das in Wirklichkeit Wirtschaftsverkehr ist, weit überwiegend, ein überwiegender Teil,

das ist grundfalsch, es ist eben schon lange nicht mehr ein überwiegender Teil, das ist schon alles Mögliche, aber nicht mehr der Wirtschaftsverkehr, der heute die Straßen verstopft. Sie wissen wahrscheinlich, dass satte acht Prozent der Autofahrten in Graz nicht weiter fahren als einen Kilometer und satte 24 Prozent fahren nicht weiter als 2,4 Kilometer und 46 Prozent, also fast die Hälfte, nicht weiter als 4,8 Kilometer. 4,8 Kilometer ist ungefähr die Distanz, wo man mit dem Rad noch immer schneller ist als mit dem Auto. Wenn Sie also mit wenig Geld und sehr schnell und effizient tatsächlich den Straßenverkehr entlasten wollen und dem Wirtschaftsverkehr etwas Gutes tun wollen, dann setzen Sie sich für den Ausbau der Radwege ein zu allererst und dann für den öffentlichen Verkehr und Sie schaden den Wirtschaftsverkehr mit keiner Maßnahme mehr als mit genau Ihrer Linie, die Sie verfolgen, nämlich noch mehr Verkehr auf die Straße, noch mehr Verkehr, der dann tatsächlich den Wirtschaftsverkehr behindert und entsprechende volkswirtschaftliche Schäden verursacht. Und zum Abschluss, wir sollten auch, wenn wir in die Zukunft schauen, uns bewusst sein, dass vor den jetzt durchaus aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, vor den schon länger anhaltenden demographischen Entwicklungen auf die ich heute schon einmal eingegangen bin, dazu führen, dass die Städte und die Stadträume insgesamt, die Stadtregionen in einen immer stärkeren Wettbewerb kommen werden, Standortwettbewerb untereinander, das hat nicht nur mit Wirtschaftsstruktur zu tun, sondern eben auch mit dem Rückgang der Bevölkerung. Es wird ein Wettbewerb eintreten und ist schon eingetreten um qualifizierte Mitarbeiter. Der Standort, auch der Standort Graz wird sehr stark davon abhängen, wie weit er als hochwertiger, urbaner, auch kulturell orientierter Lebensraum sich darstellen kann. Kann er das nicht, wird er auch auf die Dauer wirtschaftliche Nachteile bekommen und von da her ist es noch einmal sehr bedenklich und auch durchaus wirtschaftsfeindlich durch und durch, wenn man also ein derartig kurzfristige Strategie und einen kurzsichtigen Ansatz verfolgt, so wie Sie das tun. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Eichberger:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Bernd, du wirst es verschmerzen, in zwei Wochen schaut die Welt ganz anders aus, da unterhältst du dich mit anderen Kollegen in einem anderen Hohen Haus. Aber zum Ernst der

Sache. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man dem einen oder anderen hier heute zugehört hat, dann weiß man nicht, kann man von Eiertanz reden oder soll man lieber von Oberlehrergehabe reden (*Applaus SPÖ*). Vielleicht fällt es der ÖVP und Grünen Fraktion gar nicht mehr auf, mit welcher Arroganz, mit welcher Überheblichkeit, mit welcher Wichtigtuerei hier Anträge von Kollegen madig, mies gemacht werden, heruntergewürdigt werden, zum Teil falsch interpretiert werden, verschiedene Abhandlungen und, Herr Ex-Abgeordneter Hagenauer, ich schätze Sie als Experte, brauchen wir überhaupt nicht debattieren darüber und es stimmt sicherlich das vom Inhaltlichen her hundertprozentig. Nur auf der anderen Seite in deiner Wortmeldung vier- oder fünfmal darauf hinzuweisen,...

Zwischenruf GRin. Jahn: Und was hat Wolfgang Riedler vorher gemacht?

GR. **Eichberger:** ...dass das ganz mehr oder weniger falsch, dass das ein Blödsinn ist, dass er falsch liegt, dass er falsch gelagert ist und, und, und, dann finde ich das gegenüber einem Kollegen des Gemeinderates nicht fair und nicht angebracht, der sich sehr wohl Gedanken gemacht hat, hier diesen Antrag einzubringen (*Applaus SPÖ*). Liebe Kolleginnen von der Grünen Fraktion, ich verstehe eure Nervosität, es kribbelt in euch und wir haben Verständnis. Nur eines, Gott sei Dank, wird ja nicht passieren, auch wenn euch das das Liebste wäre, dass ihr beiden Fraktionen, Schwarz und Grün, glaube ich, am liebsten einen Antrag einbringen würdet, um den anderen Fraktionen vorzuschreiben, zu welchem Thema sie reden dürfen, zu welchem Thema sie nicht reden dürfen, welche Anträge sie einbringen dürfen, weil sobald, liebe Freundinnen und Freunde (*Applaus SPÖ*), das Thema Verkehr von den Oppositionsfraktionen angesprochen wird, gibt es eine krampfartige Zurückziehung und jeder versteht nichts und jeder ist ein Lobbyist in irgendeine falsche Richtung. Und das Gleiche bewegt sich bei anderen Themen, ob das jetzt Migration ist, ob das Umweltthemen sind, auch wir, glaube ich, sind in der Lage, hier unsere Beiträge zu bringen und die Weisheit hat nicht nur jetzt die Grüne Fraktion und nicht nur die ÖVP-Fraktion hier in sich und mit dem Löffel geschluckt und ich bitte euch, das

endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass wir auch in den nächsten viereinhalb Jahren zu wichtigen Themen, die die Grazerinnen und Grazer bewegen, Anträge einbringen werden und uns zu Wort zu melden und wir werden uns von euch das nicht verbieten lassen (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GRin. Binder: Das brauchst du uns nicht sagen. Das ist eher umgekehrt.

GR. **Eichberger:** Dass die Frau Vizebürgermeisterin, und das hat sie ja das letzte Mal auch hier auf Grund meiner Frage im Rahmen der Fragestunde bewiesen, ein etwas gestörtes Verhältnis zum Individualverkehr hat und zum Thema Verkehr überhaupt, sich diese Woche geoutet hat und gemeint hat, sie ist zwar keine Autohasserin, aber wortwörtlich das letzte Mal auf Grund meiner bescheidenen Frage und ehrlich gemeinten Frage, welche Maßnahmen gedenkt sie als Verkehrsreferentin zu setzen, um die eine oder andere Staubildung zu verhindern, hat sie gesagt, das ist als Verkehrsreferentin nicht meine Aufgabe, das Autofahren in der Stadt bequemer zu machen und allein das sagte schon diese einseitige Behandlung dieses Themas.

Zwischenruf GRin. Binder: Gott sei Dank gibt es einen anderen klaren Weg.

GR. **Eichberger:** Radfahrreferentin, sondern sie ist Verkehrsreferentin und zur (*Applaus SPÖ*) Verkehrsreferentin gehört einfach mehr. Und liebe Freunde von den Grünen, ich verstehe eure Nervosität insofern, dass ihr heute aus Gründen der Solidarität anscheinend mit der ÖVP, wobei ich ja die auch nicht verstehe, wenn der eigene Mann aus der Wirtschaftskammer, nämlich der Geschäftsstellenleiter hier der

Wirtschaftskammer Graz, gewisse Maßnahmen verurteilt und sagt, mit uns läuft das nicht, dass ihr hier aus einer gewissen Treue eures Koalitionspartners diesen dringlichen Antrag ablehnt, wo nichts anderes drinnen steht, und lest euch einmal den dringlichen Antrag durch. Der Kollege Ing. Lohr hat nur gefordert in seinem dringlichen Antrag, dass diese Maßnahmen, die gesetzt werden sollen hinsichtlich der Umweltbelastungen und, und, und hier geprüft werden und dass es hier Ergebnisse geben wird und die mögen dem Gemeinderat vorgelegt werden. Da ist nichts davon gestanden, das oder das soll nicht passieren oder das ist verwerflich, sondern er will, und das ist ja bitteschön das gute Recht, dass die Grazerinnen und Grazer und dass wir im Gemeinderat wissen, wenn Maßnahmen kommen, welche Folgerungen hat es. Dass die Grünen das jetzt auf einmal nicht mehr interessiert, ob das vielleicht gesundheitsschädlich sein kann, ist natürlich schon ein Grund, dass die Grünen jetzt nervös sind, wenn sie so einem Antrag, wo man nämlich feststellen soll, welche Auswirkungen hat das auf die Gesundheit, auf die Sicherheit und, und, und auf die Immissionen, einfach hier dagegen stimmen. Aus diesem Grund, wir wollen wissen, was diese Maßnahmen bringen, sowohl in positiver Hinsicht als auch in Form der zusätzlichen Belastungen und aus diesem Grund wird unsere Fraktion dieser Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Also nervös, ich weiß nicht, wenn ich so zuhöre, wer da nervöser wirkt, kann sich jeder selbst ein Bild machen.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Also die ÖVP, da lasst sich ja ein bisschen, eine Einsicht spürt man ja, leider dürfen sie nicht zustimmen, werden vom Koalitionspartner zurückgepiffen. Ich schließe noch ein bisschen beim Kollegen Eichberger an, sage einmal Dank bei der SPÖ, dass ihr mitgeht und da muss man schon sagen, dieses Oberlehrerhafte von den Grünen, da muss ich ihm ganz Recht geben, ihr lebt halt weiterhin in der illusionären Welt, wir wissen, dass 48 % der Wege in Graz mit dem Auto zurückgelegt werden, das wird noch längere Zeit so bleiben. Der ÖVP und den Grünen steht es frei, die Autofahrer

weiter zu knebeln und ihnen Ärger zu bereiten, sie werden es euch bedanken bei den Wahlen. Auf jeden Fall möchte ich eines noch der ÖVP mitgeben, weil das wird ja die nächste Maßnahme sein, die Umweltzonen, und da will ich die ÖVP heute schon warnen, weil der ÖAMTC hat das ja schon in einem Zeitungsartikel veröffentlicht, ÖAMTC kritisiert, Umweltzonen wären ohne jede Wirkung. So äußert jetzt der ÖAMTC ernsthafte Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Zone. Graz sei als Stadt gänzlich ungeeignet, das ist jetzt ÖAMTC-Sicht.

Zwischenruf unverständlich.

Ing. **Lohr**: Das ist Landesebene, ich rede jetzt als Stadtvertreter und da sind ja die Grünen die großen Verfechter. Jedenfalls meint dort der ÖAMTC-Jurist Hoffer, zum einen ist der Innenstadtbereich sehr überschaubar, zum anderen hat man in der Vergangenheit ohnehin verstärkt auf Verkehrsberuhigung gesetzt. Also er plädiert weiters für konsequente Straßenreinigung und für grüne Wellen, aber da sind die Wellen für die Autofahrer gemeint. Also ich bitte um Zustimmung zu meinem Antrag (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Petition an den Bundesgesetzgeber zur Verschärfung des Strafrahmens bei sexuellem Missbrauch von Minderjährigen

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich hoffe, dass die Emotionen ein bisschen verfliegen sind jetzt, weil ich denke, es handelt sich da doch um ein sehr ernsthaftes Thema. Leider haben aktuelle österreichweit erschienene Pressemeldungen in jüngster Vergangenheit deutlich aufgezeigt, dass sowohl Gewalt gegen Minderjährige als auch der sexuelle Missbrauch von Minderjährigen in erschreckender Häufigkeit vorkommen.

Die Dunkelziffer ist in vielfacher Weise leider aber noch weit höher als die offiziell bekannten Zahlen. Die Dunkelziffer wird von Experten so bezeichnet, dass jedes dritte Mädchen und jeder fünfte Bub in irgendeiner Form Missbrauch erleiden muss und diese Tatsache ist in mehrfacher Hinsicht erschreckend, da zum einen die schwächste und schützenswerteste Gruppe unserer Bevölkerung, nämlich unsere Kinder, davon betroffen ist und weil zum anderem die Täter sehr häufig aus dem vertrauten Umfeld des Kindes kommen und hier ihr Machtverhältnis in gewisser Weise leider Gottes ausnutzen.

Der Schutz unserer Kinder, die Zukunft unserer Gesellschaft, muss die oberste Maxime unseres politischen Handelns sein und darf keinesfalls, und das ist wichtig, in irgendeiner Weise politischer Kleinkrämerei zum Opfer fallen. Ein wirksames Durchgreifen kann aber nur dann erfolgen, wenn jeder in seinem persönlichen Umfeld diese Verantwortung auch wahrnimmt. Keinesfalls kann eine Lösung des Problems ausschließlich, das möchte ich hier auch betonen, der Bundesgesetzgeber erledigen beziehungsweise kann das auf den Bundesgesetzgeber abgewälzt werden.

Hier sind die Städte wie unser Graz, die Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger im Einzelnen aufgefordert, auf dieses Problem aufmerksam zu machen und in jeglicher Stunde wachsam zu sein.

Die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates bei der Gewährleistung des Schutzes grundlegender Rechtsgüter hängt von der Entschlossenheit ab, wirkungsvolle Instrumente zur Verbrechensbekämpfung einzusetzen. Aber auch die Strafandrohungen, und das ist entscheidend, müssen stärker an die Bedeutung der zu schützenden Rechtsgüter angepasst werden. Im konkreten Fall gilt es hier, die sexuelle Integrität und die Unversehrtheit unserer Kinder zu schützen. Die Strafandrohungen für Tathandlungen gegen die leibliche Unversehrtheit sind im

Verhältnis beispielsweise zu Vermögensstraftaten eindeutig zu gering. Hier gilt es aus unserer Sicht, entscheidende Korrekturen schlussendlich vorzunehmen.

Im Bereich des Strafrechts bedeutet dies das Anheben der Strafsätze sämtlicher Straftatbestände gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit oder gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung, welche gegenüber Minderjährigen verübt werden. Weiters fordern wir in diesem Zusammenhang den Entfall der Verjährung der Strafbarkeit bei Straftaten gegen die Freiheit oder gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung, in jenen Fällen, in denen die Opfer Minderjährige sind, sowie wir auch das Verbot der vorzeitigen Entlassung in den oben genannten Fällen verlangen.

In Österreich gibt es leider Gottes keine Statistiken über die Rückfallsquote bei Sexualstraftätern. Der Leiter der Berliner Charité Prof. Klaus Michael Beier hat allerdings Zahlen einer von ihm durchgeführten Studie veröffentlicht. Demnach liegt die Rückfallsquote bei Sexualstraftätern bei 80 %. Er kommt in weiterer Folge zu dem Schluss, dass die Begutachtung von Sexualstraftätern völlig unzureichend sei. Dies betreffe hauptsächlich Männer mit einer „pädophilen Hauptströmung“.

Tatsächlich ist auch in Österreich der Umgang mit Straftätern, deren sexuelles Verlangen sich gegen Kinder richtet, nicht an deren besondere Gefährlichkeit angepasst. Angesichts einer derart hohen Rückfallsquote helfen auch die gut gemeinten Resozialisierungsmaßnahmen nicht weiter.

Wenn wir beispielsweise einen Kinderschänder eine Tischlerlehre absolvieren lassen, haben wir nachher keinen Kinderschänder weniger, sondern einen Kinderschänder mit einer Tischlerlehre.

Hier muss also gesetzlich, und das ist das Anliegen dieses Antrages, entgegengesteuert werden, um die Gesellschaft und vor allem ihre schwächsten Mitglieder, die Kinder, vor derart gefährlichen Straftätern zu schützen, frei nach dem Motto „Ja, wir schützen die Kleinsten“.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, auf dem Petitionswege an die zuständigen Stellen der Bundesregierung und des Parlamentes heranzutreten, um eine Änderung des Strafgesetzbuches in folgenden Punkten zu erwirken:

- 1.) Anhebung der Strafsätze bei sämtlichen Straftatbeständen im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger.
- 2.) Entfall der Verjährung bei den oben genannten Straftatbestandsgruppen sowie ein Verbot der vorzeitigen Entlassung in diesem Zusammenhang.

(Applaus FPÖ).

GR. **Baumann:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Stadtregierung oder umgekehrt! Wir von den Grünen werden diesem Antrag in der Dringlichkeit nicht zustimmen. Das überrascht wahrscheinlich niemanden, dieser Antrag ist auch geprägt von verachtenden Wörtern drinnen, also allein das würde genügen,...

Zwischenruf GR. Sippel: Wo ist da ein verachtendes Wort drinnen?

GR. **Baumann:** Dazu komme ich vielleicht noch später. Allein das reicht, um diese Dringlichkeit abzuerkennen. Zum Inhalt werde ich mich, und das leider später, weil eine Partei auch diesem Antrag die Dringlichkeit gibt und zustimmt, wo ich wirklich kein Verständnis dafür habe und deswegen wird dieser Antrag nach der Abstimmung zur Dringlichkeit noch einmal diskutiert, dann werde ich mich noch einmal zu Wort melden. Danke *(Applaus Grüne)*.

GR. Mag. **Schöneegger:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Frau Stadträtin, Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat! Es handelt sich bei diesem Thema um ein

wahrlich schwieriges Thema für uns alle, ein beklemmendes Thema für uns alle. Es gehört zu den wahrscheinlich schwersten Verbrechen unserer Gesellschaft, das man Kindern antun kann, die hier beschrieben sind. Daher, und das haben wir uns nicht leicht gemacht, dazu komme ich aber später, werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt dieses Antrages folgen. Ich habe vorher gesagt, wir haben uns das nicht leicht gemacht, wir haben lange darüber diskutiert, nicht weil die beiden unten genannten Forderungen sinnlos wären oder nicht verfolgenswert wären, sondern weil der Motivenbericht in einem sehr diskriminierenden Stil gehalten ist, weil der Motivenbericht in vielen Passagen an Niveau einiges vermissen lässt. Das hat es uns wirklich schwer gemacht, diesem Antrag inhaltlich, aber auch in der Dringlichkeit zu folgen. Ich bitte um Verständnis, dieses Thema ist sehr, sehr wichtig, es gab eine Reihe von parlamentarischen Initiativen bereits im Nationalrat zu diesem Thema, die Justizministerin Berger ist ein wenig säumig, dabei belasse ich es auch, dieses Thema eignet sich nicht, um politisch Kleingeld zu wechseln. Eines kann ich, und mache ich auch hier, versprechen, ich werde am 27. November im Nationalrat angelobt und mit mir, Herr Kollege Korschelt, das ist jetzt nicht der Punkt, um von der Ecke da hinten lustige Dinge zu sagen. Mit mir auch der Kollege Grosz und die Kollegin Stadträtin Winter und vielleicht gelingt es uns gemeinsam dieses Thema auch von Graz aus als starke Grazer Abgeordnete zu verfolgen und in Wien eine Änderung der bundesgesetzlichen Lage herbeizuführen. Uns ist dieses Thema sehr, sehr wichtig, der Schutz der Kleinsten ist uns wichtig, wir distanzieren uns, und das für das Protokoll, wirklich sehr, sehr stark von diesem Motivenbericht, wir folgen inhaltlich dem Antrag und auch der Dringlichkeit. Danke.

StRin. **Edlinger**: Ganz kann ich ja der Argumentation meine Vorredners nicht folgen, du hast den Nationalrat angesprochen, dem du zukünftig angehören wirst, eine der ersten Dinge wird sein, dass du dich mit aller Umsetzung der geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Gewaltschutzpaket auseinandersetzen wirst. Das ist eine sehr lange Diskussion, die über Monate, noch länger, de facto geführt wurde auf Bundesebene, es gibt bereits einen Beschluss im Ministerrat vom 17.9., glaube ich, da ist vieles bereits in großer Übereinstimmung dann letztendlich vorgesehen und es

wird eines der ersten Dinge sein, wie gesagt, mit dem der neue sich konstituierende Nationalrat befasst sein wird, von daher ist für uns die Dringlichkeit nicht gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Baumann** zum Antrag: Ich möchte einige Dinge da herinnen, also einige Passagen aus diesem Antrag vorlesen und kommentieren, wobei ein Teil dessen, was da herinnen gefordert wird, inhaltlich nicht nur auf meine und unsere Ablehnung stößt. Ja, die Dunkelziffer beim sexuellen Missbrauch von Minderjährigen und, wenn man diesen Tatbestand § 201 StGB noch mitnimmt, auch der Vergewaltigung ist sehr hoch. Genau da trifft ja Ihr Vorschlag der Anhebung der Strafsätze ja eigentlich überhaupt nicht. Also nicht die Dunkelziffer wird dadurch nicht heller, wenn wir einen höheren Strafsatz für diese Delikte fordern. Zweitens, der Schutz unserer Kinder, wie da steht, der Zukunft unserer Gesellschaft, muss die oberste Maxime unseres politischen Handelns sein und darf keinesfalls politischer Kleinkrämerei zum Opfer fallen. Ein wirksames Durchgreifen kann aber nur dann erfolgen, wenn jeder von uns, jede meinen Sie wahrscheinlich auch, in seinem und ihrem persönlich Umfeld diese Verantwortung täglich wahrnimmt. Dieser Satz wird von mir und von uns vollinhaltlich mitgetragen, genau um das geht es beim sexuellen Missbrauch und bei der Vergewaltigung. Eingreifen in Situationen, die uns sichtbar werden, da ist es notwendig einzugreifen. Ihr Vorschlag, Anhebung der Strafsätze sämtlicher Straftatbestände in diesem Bereich, das ist nicht eine Lösung auf das, was Sie vorher beschreiben, eingreifen heißt, dass wir, Sie wie wir, unsere Kinder und unsere Verwandten und unsere Nachbarn, dass wir denen ein Handwerkszeug zur Verfügung stellen, in solche Situationen einzugreifen, den Kindern zu lernen, dass sie nein sagen, dass die Menschen in der Nachbarschaft, wenn sie einen Verdacht auf sexuellen Missbrauch haben, dass sie den melden, dass sie da direkt mit den Eltern oder mit der Polizei oder mit den Kinderschutzzentren und den Gewaltschutzzentren in Kontakt treten, das ist eine Lösung darauf auf diese Fragestellung, die Sie da auf Seite 1 umschreiben. Drittens, ein Verbot der vorzeitigen Entlassung in diesen Fällen, Sie meinen diese Fälle des sexuellen

Missbrauchs und der Vergewaltigung, lehnen Sie ab. Genau die bedingte Entlassung aus einer langen Freiheitsstrafe bietet erst die Möglichkeit, einen Straftäter außerhalb der Haftanstalt zu kontrollieren und sein Wohlverhalten, wie es im Gesetz steht, das zu kontrollieren und da Maßnahmen zu setzen, dass die Handlungen, die kriminellen Handlungen, das betrifft im Übrigen nicht nur Sexualdelikte, abgestellt werden. Dieses Verbot einer vorzeitigen Entlassung würde heißen, dass Menschen, die wegen Sexualdelikte verurteilt werden, ihre Haftstrafe im Ausmaß von bis zu 15 Jahren derzeit absitzen und dann, ohne dass sie den Check im freien Leben draußen machen können, wieder in diese Gesellschaft ohne Resozialisierungsmaßnahmen und ohne Kontrolle herausen eventuell auch auf Kinder losgelassen werden. Ich finde gerade diesen Punkt als kontraproduktiv, wenn man vom Schutz der Kinder und vom Schutz der schwächeren Personen redet. Viertens, es gibt Untersuchungen auch in Österreich zur Rückfallsquote der Sexualstraftäter. Ja, es ist richtig, dass die Rückfallsquote bei Sexualstraftätern gerade im pädophilen Bereich eine sehr hohe ist. Wir können auch fast davon reden, dass diese, in dem Fall Pädophilie, als Krankheit zu bezeichnen ist und diese Krankheit unheilbar ist. Wenn ich Ihrem Schutzbedürfnis nachgehe, würde das heißen, dass wir diese Menschen, Männer, wegsperren für ihr ganzes Leben, das wäre eine Option. Dieser Option kann ich nur bedingt oder gar nicht folgen. Wenn es in einer Gerichtsverhandlung, jetzt reden wir aber schon von denen, die nicht in der Dunkelziffer verankert sind, und es in der Gerichtsverhandlung auch bei einem mehrmaligen Vorfall zur Festhaltung kommt, dass dieser Straftäter ein geistig abnormer Straftäter ist, dann wird so quasi auch eine Maßnahme verhängt und diese Maßnahme kann über den Strafrahmen hinaus, der Straftäter kann über den Strafrahmen hinaus in einer diesbezüglichen Anstalt angehalten werden, auch lebenslänglich. Wir wissen auch, dass in Betreuung stehende Sexualstraftäter, da kommt es zu einer Rückfallsquote, die weit unter 40 % liegt, so lange sie in Betreuung, in Beratung, Therapie oder/und Kontrolle sind. Diese Maßnahmen, wie sie unter anderem in der Männerberatung oder den Männerberatungen in Österreich angeboten werden im Rahmen eines Täterarbeitsprogramms, diese Maßnahmen sollten unterstützt werden. Wenn Sie ihr Ziel, nämlich den sexuellen Missbrauch von Minderjährigen, die eine erschreckende Häufigkeit aufweist in Österreich, wenn Sie diese verringern möchten. Fünfter Punkt, und der lässt mich nicht ganz emotionslos diesen Punkt beschreiben. Wenn Sie vorher richtig, so ganz schön aus dem Gesetz auch zitiert, sexueller Missbrauch von

Minderjährigen, im Übrigen § 207 oder 206 StGB und dann in Ihrer, und da kommt sozusagen ein Instinkt durch, so ein menschenverachtender Instinkt, der in diesem Antrag auch drinnen ist. Wenn beispielsweise, ich lese vor, ein Kinderschänder, und mir fällt das Wort schon schwer, das zu beschreiben, weil Sie haben sich noch nicht beschäftigt damit, was das heißt, wenn Kinder geschändet werden für das Opfer, welche Schande das für Kinder bedeutet und diese Schande hat nicht der Täter zu tragen und diese Schande machen Sie allein, indem Sie dieses Wort verwenden, für die Kinder. Vielleicht haben Sie sich damit nicht beschäftigt, aber die Kollegen und Kolleginnen der Kinderschutzzentren und der Gewaltschutzzentren weisen ganz eindeutig darauf hin, dass dieser Begriff, den Sie da verwenden, eine weitere Diskriminierung und fast eine weitere Schändung des Kindes darstellt, die mit schwierigen therapeutischen Maßnahmen überhaupt in den Griff zu bekommen sind. In diesem Zusammenhang zu sagen, alle Resozialisierungsmaßnahmen, die in der Justizanstalt oder in den Justizanstalten passieren, als Tischlerlehre zu bezeichnen, wo dann ein Kinder...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Was ist der richtige Begriff?

GR. **Baumann:** ...ein Missbraucher oder Vergewaltiger, so wie Sie es auch am Anfang auch gesagt haben. Also wir dürfen nicht das Kind zum Opfer machen in dem Fall, sondern wir müssen den benennen, der diese Tat setzt, das ist der Vergewaltiger oder der Missbraucher von Minderjährigen. Aber diese Maßnahmen, die in den Justizanstalten gesetzt werden, zum Beispiel, dass jemand eine Tischlerlehre machen kann, dies hat mit einer Resozialisierung, einer Auseinandersetzung mit seiner Tat nur bedingt etwas zu tun. Diese Alltagsarbeiten in den Justizanstalten, und Kollege Sikora kann ja vielleicht noch einiges dazu sagen, die sind wichtige Arbeiten, die Aufarbeitung und die Behandlung dieser triebhaften oder krankhaften Eigenschaften des Täters bedürfen ganz besonderer psychotherapeutischer und psychiatrischer Interventionen, die zum Teil auch in den Gefängnissen angeboten oder in Anspruch genommen werden müssen. In einem

Punkt gebe ich Ihnen, was den Antrag angeht, noch Recht, die Verjährung dieser Straftatbestände, vor allem was den Missbrauch und die Vergewaltigung angeht, die sollte entfallen. Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, ob das im Gesetzesentwurf, in dem neuen Gesetzesentwurf auch beinhaltet ist und zweitens, die Tilgungsfristen, die jetzt bei 15 Jahren nach der Entlassung beginnen, diese Tilgungsfristen könnten meines Erachtens auch ein wenig verlängert werden. Da, in diesem Punkt könnte ich mich Ihnen doch mitgehen. Ansonsten glaube ich, dass ich jetzt lange genug geredet habe und eindeutig bewiesen habe, auch wenn es jetzt wieder oberlehrerhaft sein sollte, dass diesem Antrag in keinem Fall aus christlich-sozialen und aus grün-alternativen Gründen zuzustimmen ist. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Elke Edlinger bereits ausgeführt hat, wurde das Gewaltschutzpaket am 17.9.2008 im Ministerrat beschlossen. Und es ist klar, dass es auch zu einer, auf Grund der großen Zustimmung zu den Maßnahmen, die hier zusammengefasst wurden, auch im neuen Nationalrat eine Mehrheit geben dürfte, sodass am 1.1.2009 die Gesetzesvorlage auch in Kraft treten könnte. Dabei ist vorgesehen die Schaffung einer Sexualstraftäterdatei, Verlängerung der Tilgungsfrist bei Sexualstraftätern beziehungsweise Entfall bei besonders schweren Taten, Verschärfung der Strafdrohungen, Etablierung einer gerichtlichen Aufsicht; Sexualstraftäter können in Zukunft mit Berufstätigkeitsverboten belegt werden und zwar durch das Gericht. Außerdem kommt es zu einem Ausbau der Opferrechte. Die Strafdrohungen für bestimmte Sexualdelikte werden jedenfalls heraufgesetzt, überdies gibt es auch neue Straftatbestände, wie zum Beispiel fortgesetzte Gewaltausübung. Zum Thema Ausbau der Opferrechte, nicht nur wie bisher in Strafprozessen, sondern auch im Zivilverfahren soll es demnach möglich sein, Opfer und Täter getrennt zu vernehmen und auch in Zivilverfahren soll es künftig psychosoziale und juristische Begleitungen geben. Zum Berufsverbot: Im Strafgesetzbuch soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass das Gericht ein Berufsverbot ausspricht, also einem Sexualstraftäter wegen eines drohenden Gelegenheitsverhältnisses die Ausübung einer konkreten Beschäftigung untersagt. Unter bestimmten Voraussetzungen insbesondere im Hinblick auf besonders schwere Delikte soll das Gericht sogar verpflichtet werden,

ein solches Berufsverbot zu verhängen. Das Gericht soll weiters über die Verlängerung der Tilgungsfrist und über die Ausweitung des Kreises von Einrichtungen, die aus dem Strafregister wegen einer Sexualstraftat Auskunft erhalten, entscheiden. Bei besonderer Gefährlichkeit ist die Verlängerung der Tilgungsfrist verpflichtend. All das ist also bereits beschlossen und ich brauche nicht zu betonen, ganz gleich, ob es sich um Mütter oder Väter in diesem Kreis handelt oder andere verantwortliche Politikerinnen und Politiker, dass uns der Schutz der Kinder ein besonderes Anliegen ist, wir aber meinen, dass dieses neue Paket so umfassend ist und bereits tatsächlich eine politische Beschlussfassung hier vorliegt, dass eine weitere Petition, die noch dazu in einzelnen Punkten weniger weit greift, nicht beschlossen werden müsste und daher werden wir diese Zustimmung auch nicht geben (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Es ist die ganze Problematik des Sexualtäterstrafrechtes, was Minderjährige betrifft, ein einziger Blick in Abgründe einiger menschlicher Seelen. Es ist ein trauriges Kapitel, wir müssen auch mit dem menschlichen Versagen, wir müssen, so gut es geht, es anerkennen, aber nicht zur Kenntnis nehmen, sondern entsprechend regeln und sanktionieren. Das Strafrecht ist überhaupt ein ganz sperriges Gebilde im Bereich der Ordnung, die die Parlamente in die Hand nehmen müssen. Und ich danke auch namentlich meinem Kollegen Baumann, er hat uns auch Licht in einen Bereich gebracht, ein Licht, das auch in der Hektik der Abläufe einfach trotzdem notwendig ist, gebracht zu werden. Ich mache es kurz, ich möchte mich bei ihm bedanken, es hat bei uns auch jetzt hier herinnen einen heftigen Diskussionsprozess gegeben. Ich stelle den Antrag auf getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2, dem Punkt 1 werden wir zustimmen und dem Punkt 2 nicht.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Aus unserer Sicht bringt die getrennte Abstimmung überhaupt nichts, weil es ja bereits ein entsprechendes Maßnahmenpaket gibt, das von der

Bundesregierung beschlossen werden muss. Daher halten wir nach wie vor daran fest, dass es in beiden Fällen zu keiner Zustimmung kommen wird.

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Stadtrat Riedler! Das stimmt, mit dem einen Unterschied, dass die Frau Justizministerin Berger einen entsprechenden Vollzugsbericht seit zirka eineinhalb Jahren dem Österreichischen Nationalrat nach Beschluss schuldig geblieben ist in dieser Materie und man auch nach der Wahl feststellen muss, dass sie in diesem Bereich vollkommen versagt hat. Und daher man durchaus auch seitens des Grazer Gemeinderates noch einmal den Druck erhöhen sollte auf die Bundesregierung, denn ich glaube, wir dürfen in Zukunft es nicht zulassen, dass Babys, die Luca heißen, als Fälle durch die österreichischen Tagesmedien gehen, dass Tragödien sich nicht zuletzt durch den bekannt gewordenen Inzestfall in Amstetten, aber vieles mehr sich eigentlich sehr oft leider Gottes in unserem Land in der sogenannten Dunkelheit von Familien, von Einfamilienhäusern etc. abspielt. Dass das eigentlich einer Zivilgesellschaft unerträglich ist und es für mich auch unerträglich ist, dass wir als politisch Verantwortliche den Täterschutz in den Mittelpunkt stellen und auch in den Mittelpunkt unserer Ausreden, dass wir nicht handeln sollen, und nicht den Opferschutz. Ich glaube, gerade unmündigen Minderjährigen, die sich selbst nicht verteidigen können, müssen wir in Zukunft verstärkt den Schutz der Zivilgesellschaft und des Gesetzgebers angedeihen lassen, damit wir solche Fälle verhindern. Das BZÖ wird daher beiden Punkten des Antrags zustimmen. Nicht zuletzt auch deswegen, und das überrascht mich sehr, Klubobmann Piffel-Percevic, da beide Punkte wortident aus der Programmatik der ÖVP entnommen sind, aus einem Gewaltschutzpaket der Frau Bundesminister Fekter, aber offensichtlich auch in diesem Punkt, und das muss ich leider sagen, die ÖVP von ihren eigenen Grundsätzen abweicht, nur um offensichtlich einen Koalitionsfrieden in irgendeiner Form aufrecht zu erhalten. Kein Koalitionsfrieden der Welt wäre mir wichtig genug, wenn es darum geht, Kinder zu schützen. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

StRin. **Edlinger**: So sehr wir es uns alle wünschen würden, dass Strafen und die Höhe von Strafandrohungen eine ganz, ganz umfassende generalpräventive Wirkung entfalten, gerade in diesem Punkt, dass quasi sehr, sehr lange Haftstrafen wirklich potentielle Täter abschrecken würden, müssen wir trotzdem der Realität ins Auge sehen und das wissen wir aus vielen anderen Bereichen, dass dadurch allein der Schutz der Kinder und Jugendlichen, aber auch der Frauen, und manchmal sind es auch Männer, die von sexueller oder sexualisierter Gewalt betroffen sind, leider nicht gegeben ist. Deswegen dürfen wir auch in der Diskussion da herinnen uns nicht nur beschränken auf den Bereich der Strafhöhen, Straflängen und auf Verjährungsfragen, sondern es fehlen einfach ganz wichtige Bereiche, die wir einfach brauchen, um den Schutz von Opfern im Vorfeld zu gewährleisten einerseits im Präventionsbereich, aber andererseits geht es auch darum, dass ganz, ganz wichtig ist, dass die Opferschutzrechte ausgebaut werden, die sehen wir zumindest in sehr guten Schritten jetzt mit dem in Bälde hoffentlich beschlossenen Gewaltschutzpaket, auch auf Nationalratsebene beschlossenen Gewaltschutzpaket gut verfolgt (*Applaus SPÖ*).

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.